



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Minderheiten in China und Auswirkungen chinesischer
Minderheitenpolitik unter genauerer Betrachtung der Mon-
golen, Tibeter und Uiguren“

Verfasser

Christoph Ermischer

angestrebter akademischer Grad

Magister der Naturwissenschaften (Mag.rer.nat.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 445 456

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Lehramt UF Biologie und Umweltkunde

UF Geographie und Wirtschaftskunde

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. i.R. Dr. Heinz Nissel

Erklärung

Hiermit versichere ich,

- dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, 03.05.2014

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
1. Einleitung	7
2. Forschungsfragen	9
3. Begriffserklärungen	10
3.1. Ethnizität	10
3.2. Minderheit	12
3.3. Nation und Nationalität	14
3.4. Chinesen	15
3.5. Assimilation und Sinisierung	16
4. Wichtige Ereignisse in Chinas Geschichte mit Bedeutung für das Umgehen mit Minderheiten und anderen Völkern im heutigen China	17
4.1. Anfänge und Ursprünge der chinesischen Kultur	18
4.2. Kriege, Auseinandersetzungen und die Abneigung gegenüber dem „Fremden“ im Laufe der Geschichte.....	20
4.3. Die Ära des Mao Tse Tung (1949 – 1976)	24
4.4. Ursachen für die „Furcht“ der KPCh vor Erneuerung und Einmischung von außen	25
5. Religionen in der VR China	27
5.1. Anerkannte Religionen	27
5.2. Religionsfreiheit in China	30
6. Unterschiede für Han-Chinesen und Angehörige der Minderheiten in der Bevölkerungszusammensetzung und der Bevölkerungspolitik Chinas	33
6.1. Bevölkerungspolitische Maßnahmen als Reaktion auf die Bevölkerungsproblematik und Bevölkerungsentwicklung in China	34
6.2. Regionale Bevölkerungsverteilung seit 1949 im Vergleich	38
6.3. Altersstruktur der chinesischen Bevölkerung im Vergleich	40
7. Das politische System der VR China	42
7.1. Die Gründung und die Anfänge der Kommunistischen Partei Chinas	42
7.2. Staats- bzw. Parteienorganisation der VR China	43
7.3. Die (un)begrenzte Macht der Kommunistischen Partei Chinas	44
7.4. Überwachung der Bevölkerung	46
8. Minderheiten- und Nationalitätenpolitik in China	49
8.1 . Minderheitenpolitik vor Gründung der VR China	49

8.2. Minderheitenpolitik unter Mao Tse Tung (1949-1976)	51
8.3. Minderheitenpolitik nach der Ära Mao bis heute	54
8.3.1. Verbesserungen der rechtlichen Grundlagen für die Minderheiten nach 1980	54
8.3.2. Positive und negative Auswirkungen der heutigen Minderheitenpolitik	59
8.4. Minderheitenpolitik und Minderheitenrechte in der Verfassung und die Realität	66
8.4.1. Der große Streitpunkt über die Gewährung von Autonomie	66
8.4.2. Problematik in weiteren Bereichen der Minderheitenpolitik: Vergleich der Darstellung aus dem „Weißbuch – Nationalitätenpolitik“ Chinas mit Fakten und Belegen westlicher Autoren	70
9. Die Minderheiten der Volksrepublik China – Ein Überblick	77
9.1. Die nationalen Minderheiten	77
9.2. Die Verbreitungsgebiete der Minderheiten.....	81
10. Drei Minderheiten genauer betrachtet: Mongolen, Tibeter und Uiguren.....	84
10.1. Die Mongolen	84
10.1.1. Historische Hintergrundinformationen	85
10.1.2. Konfliktbereiche, deren Ursachen und Wirkungen: Die chinesische Bevölkerungspolitik und deren Auswirkungen auf die Innere Mongolei	86
10.1.3. Resümee und die Lage heute	91
10.2. Die Tibeter	95
10.2.1. Historische Hintergrundinformationen	96
10.2.2. Konfliktbereiche, deren Ursachen und Wirkungen	100
10.2.2.1. Die Unabhängigkeitsfrage Tibets und die Interessen Chinas an Tibet	100
10.2.2.2. Die Folgen der Ära Mao	103
10.2.2.3. Fortsetzung der Unterdrückung und der Missachtung der Menschenrechte auch nach der Kulturrevolution	106
10.2.3. Resümee und Lage heute	109
10.3. Die Uiguren	114
10.3.1. Historische Hintergrundinformationen	115
10.3.2. Konfliktbereiche, deren Ursachen und Wirkungen	117

10.3.2.1. Chinesische Bevölkerungspolitik und deren Auswirkungen auf Xinjiang	119
10.3.2.2. Mangelnde Minderheitenrepräsentanz in den Regierungsämtern und die Unterdrückung des Islams	124
10.3.2.3. Xinjiang während der Ära Mao	125
10.3.3. Resümee und Lage heute	126
11. Menschenrechte in China	130
11.1. Situation der Menschenrechte in China	130
11.2. Exemplarische Dokumentation einzelner Unruhen und Gegenbewegungen in den Minderheitsgebieten	134
11.2.1. Widerstandsbewegungen im frühen China	134
11.2.2. Eskalation der Unruhen in Tibet im März 2008	135
11.2.3. Heftige Unruhen in Ürümqi/Xinjiang im Juli 2009	136
11.2.4. Die gegenwärtige Situation anhand der Fallbeispiele Innere Mongolei, Tibet und Xinjiang.....	137
11.2.4.1. Lage in der Inneren Mongolei	138
11.2.4.2. Lage in Tibet	139
11.2.4.3. Lage in Xinjiang	141
12. Die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten und internationalen Bedeutungsmöglichkeiten der VR China	145
13. Resümee und Ausblick	148
14. Literatur- Abbildungsverzeichnis	151

Vorwort

China wird in weiten Teilen der westlichen Welt hinsichtlich seiner Nationalitäten und Ethnizitäten oft als ein einheitliches Land angesehen, wobei meist angenommen wird, dass hier nur die „klassischen Chinesen“, die der westlichen Bevölkerung der „Han-Chinesen“ gleichkommen, leben. Dass diese Annahme aber nicht richtig ist, zeigt folgende Analyse: Zurzeit leben in China circa 1,3 Milliarden Menschen, von denen wiederum 1,2 Milliarden den Han-Chinesen, die sich als offizielle Nationalität bzw. ethnische Chinesen ansehen, angehören. Sie machen damit etwa 92 Prozent der chinesischen Gesamtbevölkerung aus. Die restlichen 106 Millionen Einwohner gehören verschiedenen Minderheiten an, wovon 55 offiziell anerkannt sind. Deshalb ist China als „Vielvölkerstaat“ zu bezeichnen, auch wenn es so nicht wahrgenommen werden will bzw. sich nicht als solcher identifiziert.

In der Arbeit werden vor allem drei Minderheiten näher erforscht und betrachtet: die Mongolen, die Tibeter und die Uiguren. Ausgesucht wurden diese Minderheiten, da sie in den letzten Jahrzehnten jene waren, die am stärksten von Unruhen und Konflikten mit dem Staat bzw. der Regierung betroffen waren. Sie sind kulturell und religiös teilweise sehr verschieden, was aber wiederum von besonderem Interesse ist, da anhand dieser Unterschiedlichkeiten analysiert werden kann, welche Vorwände die Kommunistische Partei Chinas als Rechtfertigung für ihr brutales Vorgehen und die starke Überwachung diesen gegenüber angibt (z.B.: der muslimische Glaube der Uiguren, der gleichzeitig eine terroristische Gefahr darstellt).

Abschließend möchte ich mich sowohl bei meinem betreuenden Professor Dr. Heinz Nissel bedanken, der mich beim Verfassen dieser Arbeit sehr unterstützt hat, und genauso bei meinen Studienkollegen und Studienkolleginnen und Freunden, die mich vor allem in den letzten Wochen unterstützten und motivierten, sodass diese Arbeit hoffentlich sehr interessante und auch lehrreiche Informationen für Leser und Leserinnen enthält. Schlussendlich gilt ein ganz großes Dankeschön meinen Eltern, die es mir durch ihre Unterstützung in vielerlei Hinsicht ermöglichten, die Studienjahre zu einer schönen Zeit zu machen, an die ich mich wahrscheinlich immer wieder gerne zurück erinnern werde.

1. Einleitung

In der folgenden Arbeit sollen die Probleme der chinesischen Minderheiten analysiert und genauer betrachtet werden, wobei das Hauptaugenmerk auf den drei Minderheiten Mongolen, Tibeter und Uiguren liegen soll. Dabei soll ein kleiner Einblick in die Lage der Minderheiten der Volksrepublik China gegeben werden um zu erkennen, wie der Staat mit ihnen umgeht bzw. sie behandelt.

Immer wieder liest man in den Medien von friedlichen Demonstrationen in den autonomen Gebieten der Minderheiten (in letzter Zeit vor allem in Xinjiang), die auf Befehl der Regierung brutalst niedergeschlagen und aufgelöst werden. In westlichen Medien wird aber nur sehr wenig über die Ursachen der Demonstrationen berichtet, oft wird dem Leser bzw. der Leserin gar nicht bewusst, gegen wie viele Menschenrechte die chinesische Regierung mit ihren Vorgehensweisen verstößt. Warum einige der Minderheiten in so heftige Konflikte mit der Regierung in China verwickelt sind und wie sich diese Konflikte auf beiden Seiten auswirken, soll mit Hilfe dieser Arbeit erläutert werden.

Weiters soll die chinesische Minderheitenpolitik als solche näher betrachtet werden, wobei einerseits die Vorteile, primär aber die Nachteile, die die Minderheiten durch diese Politik erfahren, aufgelistet werden. Ferner erfolgt eine Darstellung der historischen Entwicklung der chinesischen Minderheitenpolitik im Laufe der Jahre, ehe die Darstellung in den einzelnen Fallbeispielen (Innere Mongolei, Xinjiang und Tibet) erfolgt.

Das finale Ziel dieser Arbeit soll dabei nicht nur ein Aufzeigen der Unterschiede zwischen den einzelnen Minderheiten und deren Lage in China sein. Leser und Leserinnen sollen ein Verständnis für die ungerechte und schwierige Lage der Minderheiten in der Volksrepublik bekommen. Im Rahmen dieser Arbeit wird es zwar nicht möglich sein, alle Probleme und Konflikte der Minderheiten zu thematisieren und zu bearbeiten, da dies den Umfang sprengen würde, der Inhalt der Arbeit soll aber einen Überblick über das große Problemfeld der chinesischen Minderheiten schaffen und dabei die Ursachen und Folgen dieser Problematik aufzeigen

Als Arbeitsmethode wurde eine herkömmliche Literaturrecherche gewählt, wobei versucht wurde, die auf der nächsten Seite aufgelisteten Forschungsfragen, mit Hilfe von Büchern, wissenschaftlichen Berichten und wichtigen Quellen aus dem Internet möglichst ausführlich und zufriedenstellend zu beantworten.

2. Forschungsfragen

Folgende drei Forschungsfragen sollen im Rahmen dieser Arbeit eine zufriedenstellende Beantwortung erfahren:

- 1) Was sind die Ursachen der Konflikte und Unruhen zwischen den Minderheiten und der Kommunistischen Partei Chinas bzw. dem Staat China? Welche Folgen haben diese Konflikte und die chinesische Minderheitenpolitik für die Minderheiten und für China selbst? Sind die Folgen der chinesischen Minderheitenpolitik durchwegs negativ oder erfahren die Minderheiten auch Vorteile gegenüber der Han-Bevölkerung? Und: Woher kommt diese negative Einstellung der chinesischen Bevölkerung gegenüber allem Fremden bzw. „dem Anderen“ (also den Minderheiten) überhaupt?
- 2) Welche Zusammenstöße zwischen Minderheiten und Polizei bzw. Armee konnten in den letzten Jahren beobachtet und dokumentiert werden? Wie sieht die aktuelle Lage aus, sind derzeit Unruhebewegungen zu beobachten? Welche Kontrollmechanismen und Überwachungsmethoden wendet die Kommunistische Partei Chinas an, um Unruhen und Demonstrationen vorzubeugen bzw. um die Bevölkerung zu kontrollieren? Welche Ursachen hat die Angst der Kommunistischen Regierung vor Meinungsäußerungen und Demonstrationen?
- 3) Bezugnehmend auf die verstärkten Bemühungen Chinas, international eine Führungsrolle neben den USA, Europa und Russland zu spielen: Wie hält es China dabei mit den Menschenrechtsverletzungen und der Menschenrechtssituation? Ist hier in den letzten Jahren eine Besserung erreicht worden bzw. ist eine Besserung in Sicht? Ist eine Beruhigung der Konfliktsituation mit den Minderheiten zu erwarten und werden ihnen mehr Rechte, vor allem bzgl. Unabhängigkeit oder größerer Autonomie, zugeschrieben, oder wird weiter auf Eskalation und Unterdrückung gesetzt bzw. sieht China überhaupt ein Problem im Bereich der Minderheitenpolitik?

3. Begriffserklärungen

Bevor mit der eigentlichen Thematik dieser Arbeit begonnen werden kann, sollen an dieser Stelle wichtige Begriffe, die nicht jedem Leser bzw. jeder Leserin im Vorhinein bekannt sind bzw. für die es unterschiedliche Interpretations- und Deutungsweisen gibt, definiert werden, um Unklarheiten während des Lesens der Arbeit vorzubeugen.

3.1. Ethnizität

Zu Beginn ist es wichtig, den Begriff der Ethnizität zu definieren, der in gewisser Weise einen Überbegriff darstellt. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass es eine allgemeingültige bzw. anerkannte Definition dieses Begriffes nicht gibt. Es muss außerdem darauf geachtet werden, welche Person diesen Begriff verwendet. In der Soziobiologie versteht man unter Ethnizität beispielsweise Verwandtschaftsgruppen, die nicht nur eine gemeinsame Kultur haben, sondern vor allem gemeinsam vererbte Gene besitzen. Hier werden also vornehmlich biologische Begriffe und Faktoren verwendet, um zu erklären, wie das Zusammengehörigkeitsgefühl und somit eine Ethnie entsteht (vgl. Dittrich & Lentz 1995: 27).

In der Geographie ist die Interpretation und Herangehensweise an den Begriff eine - zumindest teilweise - andere: Ethnizität kann als ein sozial- und kulturwissenschaftlicher Begriff beschrieben werden, der versucht, Menschen und Bevölkerungsgruppen einer ethnisch definierten Gruppe zuzuschreiben. Dies erfolgt aufgrund bestimmter Merkmale (z.B. Sprache, Herkunft, Traditionen und Rituale). Da es bei der Fragestellung um Ethnien immer um die Suche nach Unterscheidungsmerkmalen geht (hinsichtlich Rasse, Kultur, usw.), kann der Begriff auch als eine Art Konzept angesehen werden, der all diesen „Merkmalsbegriffen“ übergeordnet ist (vgl. Schmidt-Lauber 2007: 32).

Hervorzuheben ist, dass dieses Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe einerseits durch die Minderheit selbst gelebt werden kann, es kann aber auch andererseits eine Zuschreibung der Gruppenzugehörigkeit von Außenstehenden geschehen, etwa von anderen Bevölkerungsgruppen, die von der betroffenen Ethnie eventuell auch nicht akzeptiert wird.

Kößler und Schiel sehen Ethnizität als etwas, das erst durch den Prozess der Bewusstseinsentwicklung entsteht. Dieses Bewusstsein besteht nicht von Anfang an, sondern die Begründung muss erst entdeckt und erschaffen werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Begründung, die Kößler und Schiel heranziehen um zu erklären, warum es überhaupt zum Entstehen einer Ethnizität kommt: Sie wird als politische Strategie gedeutet, da sich Ethnizität nur dann entwickelt, wenn Gemeinsamkeiten bzw. Besonderheiten als Abgrenzung zu anderen Völkern oder Ähnlichem als wichtig und bedeutungsvoll angesehen werden, wodurch das kulturelle Eigenleben verstärkt von den Individuen wahrgenommen wird. Es erfolgt somit ein Versuch, sich von anderen abzuheben bzw. andere auszugrenzen, da diese nicht zur ethnischen Gruppe zugehörig sind (vgl. Kößler & Schiel 1995: 3 ff.).

Nach Gingrich gilt es folgende sieben Thesen zu beachten, die den Begriff „Ethnizität“ definieren und abzugrenzen versuchen:

- Ethnizität bezeichnet ein Verhältnis zwischen zwei oder mehreren Gruppen, unter denen die Auffassung herrscht, dass sie sich kulturell voneinander unterscheiden. Diese Unterschiede sind angenommene oder reale/tatsächliche Unterschiede, durch Selbst- oder Fremdzuschreibung, hinsichtlich Lebensweise und Weltbild der betroffenen Gruppen, wobei sich diesen eine Ethnie oder auch ethnische Gruppen, ausmachen.
- Wie Individuen tendieren auch ethnische Gruppen unter bestimmten Voraussetzungen zum Ethnozentrismus: Eine Gruppe hat eigene Vorstellungen und Meinungen über sich selbst. Gleichzeitig existiert auch wieder die Fremdzuschreibung von außen mit dem Ergebnis, dass Ethnizität in den meisten Fällen stärker von Fremd- als von der Eigenzuschreibung geprägt wird.
- Der Begriff „ethnisch“ darf nie mit dem Begriff „rassisch“ verwechselt werden: Rasse ist ein biologischer Begriff, und wird heute von der großen Mehrheit der Ethnologen und Ethnologinnen als unwissenschaftlich und unangebracht angesehen.
- Ethnizität und Nation sind keine identen Begriffe: Nationen sind politische Gemeinschaften, die dauerhaft im selben Staatsverband leben. Ethnizitäten hingegen überschreiten oft nationale und/oder staatliche Grenzen.
- Ethnizität ist auch nicht mit dem Begriff „Kultur“ ident, sie erfasst nämlich immer nur Teilbereiche der Kultur einer Gruppe, wie etwa die gemeinsame Sprache und

Abstammung, nie aber die Gesamtheit dieser.

- Eine Ethnizität erlebt im Laufe der Zeit gewisse Veränderungen: So wie sie aktuell ist und erscheint, so wird sie nicht (dauerhaft) bleiben. Dies wird durch politische, wirtschaftliche, soziale und auch demographische Veränderungen und Prozesse ausgelöst, die eine Veränderung der Ethnie hervorrufen können.
- Ethnizität variiert je nach Umständen: So wie sie hier, an dieser Stelle bzw. an diesem Ort erscheint und ist, so erscheint sie nicht überall. Die Grenzen ethnischer Gruppen sind und waren nie geschlossen. Dies gilt vor allem in der heutigen Zeit in verstärkter Form, hauptsächlich bedingt durch Prozesse der Globalisierung, die weltumfassend sind. Die Folge ist, dass durch solche Grenzüberschreitungen neue, hybride Gruppen entstehen können.
(vgl. Gingrich 2008: 102 ff.)

Vereinfacht und zusammenfassend kann Ethnizität nun als Resultat von Klassifikations- und Identifikationsprozessen gesehen werden, die von der ethnischen Gruppe selbst erfolgen, oder von „außen“, von Fremden also, zugeschrieben werden, und zwar aufgrund Unterschiedlichkeiten zu anderen Gruppen (vgl. Dittrich & Lentz 1995: 34).

3.2. Minderheit

Ganz eng mit dem Begriff der Ethnizität im Zusammenhang, steht der Ausdruck „Minderheit“: Auch dieser Begriff ist nicht einfach zu definieren, wiederum gibt es keine allgemein akzeptierte Definition. Ein Problem besteht darin, dass etwa in Europa, in den rechtsverbindlichen völkerrechtlichen Dokumenten des Europarates, keine einheitliche Definition niedergeschrieben ist. Das Resultat daraus: Jeder einzelne europäische Staat kann eine eigene Definition des Begriffes Minderheit anwenden. Eine Minderheit die etwa in Deutschland anerkannt wird, muss somit in Frankreich nicht als solche gelten (vgl. Toggenburg, Rautz 2010: 263).

Hoch beschreibt eine Minderheit folgendermaßen: „Es hilft uns – im Sinne der wissenschaftlichen Analyse – wenig, wenn wir die Minderheit nur im quantitativen Sinne als Gruppe verstehen, deren Mitglieder zahlenmäßig geringer sind. Die Minderheit war gegenüber der „Mehrheit“ nicht nur numerisch unterlegen, sondern in mancher Hinsicht

auch benachteiligt. Der Grad und die Form solcher Benachteiligung variierte allerdings von Fall zu Fall stark. Schon aus diesem Grunde sollte man vor allem die typologisch konkret definierbaren Situationen in Betracht ziehen, in denen sich Minderheiten geformt haben und in denen sie lebten bzw. leben.“ (vgl. Hroch 1999: 9). Es ist also wichtig zu bedenken, dass eine Minderheit nicht nur zahlenmäßig einer Mehrheit unterlegen ist, sondern dass sie gegenüber dieser Mehrheit auch mehr oder weniger Nachteile erfährt, die sie in ihrem Leben beschränken und beschneiden.

Eine andere Definition des Begriffes Minderheit, die im internationalen Vergleich sehr oft verwendet und angenommen wird, ist jene vom UNO Sonderberichterstatter Francesco Capotorti. Er definiert Minderheiten anhand folgender vier Kriterien:

Eine Minderheit ist demnach eine Gruppe,

- 1) die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung numerisch unterlegen ist,
- 2) die eine nicht dominante Stelle im Staat einnimmt,
- 3) deren Mitglieder Staatsangehörige im Aufenthaltsstaat sind und
- 4) die ihre ethnischen, religiösen oder sprachlichen Gemeinsamkeiten solidarisch zu pflegen beabsichtigt

(vgl. Toggenburg, Rautz 2010: 260)

An dieser Stelle sei noch im Speziellen die Problematik der Definition von Minderheiten China erwähnt. In China erfolgt keine Unterscheidung zwischen Begriffen wie Volk, Nation, Ethnie oder Minderheit, da alles unter dem chinesischen Begriff „Minzu“ (was so viel wie „Nationalität“ bedeutet) zusammengefasst wird. Heberer versucht aber eine chinesische Definition des Begriffs „Minderheit“ zu geben und meint dabei, dass in China eine Minderheit eine ethnische Gruppe ist, die gegenüber der größten Nationalität (also den Han) zahlenmäßig kleiner ist und sich weiters durch charakteristische, nationale Merkmale von der Mehrheitsbevölkerung abhebt (vgl. Heberer 1984: 17 f.).

3.3. Nation und Nationalität

Für diese Arbeit ist es weiters von Bedeutung, den Begriff der Nation, aber vor allem auch jenen der Nationalität, zu erklären und zu definieren, da Ethnizität und Nationalität fälschlicherweise oft als bedeutungsgleich angesehen werden. Deshalb gilt es an dieser Stelle, den Begriff Nation bzw. Nationalität von der Ethnizität abzugrenzen.

Nation leitet sich vom lateinischen Begriff „natio“ ab, was so viel wie „Abstammung“ oder „Geburtsort“ bedeutet und dabei der Bezeichnung einer Verwandtschaftsgruppe innerhalb eines bestimmten Gebietes dient (vgl. Jansen & Borggräfe 2007: 10).

Der größte und wahrscheinlich auch wichtigste Unterschied zwischen Ethnizität und Nationalität ist, dass unter Nationalität Menschen verstanden werden, die mit einem Staat verbunden sind. Nationalität ist dem Begriff der Staatsangehörigkeit sehr ähnlich, da er die Zugehörigkeit eines Menschen zu einer Nation bezeichnet. Anders die Ethnizität: Ethnien sind Individuen ohne (zugeschriebenen) Staat, sie können also in verschiedenen Staaten leben (vgl. Bommes 1995: 183).

Die Begriffe Nation und Nationalität unterscheiden sich auch insofern von Ethnizität, als das Zugehörigkeitsgefühl und die Art und Weise, wie bestimmt wird, ob man zu einer Nation gehört, stärker und teilweise auch „extremer“ sind, als dies bei der Ethnizität der Fall ist. Die Mitglieder einer Nation/Nationalität bekennen sich freiwillig zu dieser und besitzen auch eine starke innere Überzeugung, dass sie zusammengehören, man spricht von ausgeprägten „Volksgeist“ und „Nationalstolz“. In extremen Formen werden auch rassische Bestimmungsformen, etwa über Blutsbestimmung und Blutsverwandtschaft, durchgeführt, um zu klären, ob man einer Nation bzw. Nationalität angehört ist (vgl. Jansen & Borggräfe 2007: 11 ff.).

Zu erwähnen ist auch die Ansicht von Hans-Ulrich Wehler, der als Nation jene Völker bezeichnet, die zur Herausbildung eines Nationalstaates geführt haben, während die Völker, die innerhalb des Nationalstaates eine sprachlich und/oder kulturelle abgrenzbare Einheit bilden und dabei einen eigenen Nationalstaat anstreben, als Nationalitäten anzusehen sind (vgl. Jansen & Borggräfe 2007: 16).

3.4. Chinese

In der westlichen Welt wird China bzw. Chinas Bevölkerung sehr oft als ethnisch einheitlich gesehen, was aber nicht den Tatsachen entspricht. Wie in der Arbeit später noch ausführlich behandelt wird, gibt es in China eine große Anzahl an Minderheiten, zumindest 55 werden offiziell anerkannt. Etliche von ihnen leben in Gebieten, die ohne jegliches Einverständnis bzw. Übereinkommen mit der dort ansässigen Bevölkerung von China beansprucht wurden und werden. Es handelt sich dabei um Gebiete mit Völkern, die mit China und der chinesischen Kultur nichts gemein haben, sie haben eine eigene Sprache, Religion usw. . Die meisten Minderheiten haben sich mit ihrem Schicksal, ein Teil bzw. Volk Chinas zu sein, abgefunden, sprechen oft nur noch Chinesisch und leben ihre Kultur, Bräuche und Sitten oftmals bloß noch zu touristischen Zwecken. Einige wenige, wie vor allem die Tibeter und die Uiguren, sehen sich aber nicht als Chinesen bzw. als Teil Chinas, lehnen den Machtanspruch Chinas vehement ab und fordern die vollständige Unabhängigkeit ihrer „Autonomen Regionen“. (vgl. Ludwig 2009: 8 f.).

Deshalb sei an dieser Stelle klar gestellt, wer nun unter dem Begriff „Chinese“ tatsächlich gemeint ist. Als Chinese werden in der westlichen Welt meistens die „Han-Chinesen“ verstanden, die die so genannten „ethnischen Chinesen“ oder die „offizielle Nationalität Chinas“ repräsentieren. Sie machen in etwa 92 Prozent der gesamten chinesischen Bevölkerung aus (vgl. van Ess 2008: 17). Dass die Han-Chinesen selbst aber auch keine homogene Gruppe sind, zeigt sich in den regionalen Unterschieden ihrer Sprache (viele verschiedene Dialekte) und den Bräuchen. Die Han-Chinesen sind nämlich das Resultat der Vermischung vieler verschiedener Völker, die im Laufe der Geschichte immer mehr und mehr verschmolzen sind. Trotz der Unterschiede sind sie eng miteinander verbunden und sehen sich allesamt als Han-Chinesen (vgl. <http://www.bpb.de/apuz/32501/zwischen-kultureller-anpassung-und-autonomie-nationale-minderheiten-in-china?p=all>).

Man muss aber wissen, dass die Bezeichnung „Chinese“ im Chinesischen nicht existiert. Es ist ein Wort, das ausschließlich im Ausland, primär in der westlichen Welt, zur Bezeichnung der chinesischen Bevölkerung verwendet wird. In China selbst unterscheidet man nur zwischen den Begriffen „Zhangguoren“, mit welchem die Han bzw. „Menschen des Hanvolkes“ bezeichnet werden, sowie „Shaoshu Minzu“, ein Begriff, der die anderen 55 Völker umfasst, was im Deutschen in etwa dem Begriff der „Minderheitenvölker“, oder

„ethnischen Minderheiten“ entsprechen würde (vgl. Ludwig 2009: 13).

In dieser Arbeit werden die Angehörigen der Han-Bevölkerung, also die „ethnischen Chinesen“, als Han bzw. Han-Bevölkerung oder Han-Chinesen bezeichnet werden. Die Mitglieder einer ethnischen Minderheitengruppe werden nicht als „Minderheitenchinese“ bezeichnet bzw. werden nicht mit dem Begriff „Chinese“, wie etwa „Tibeter-Chinesen“ oder „Uiguren-Chinese“ in Verbindung gebracht, sondern mit dem Namen der jeweiligen Minderheit bezeichnet (z.B. die Tibeter, die Mongolen, etc.), da sich eben einige der Minderheitenvölker nicht als Teil Chinas und somit auch nicht als Chinesen identifizieren.

3.5. Assimilation und Sinisierung

Da China immer wieder den Versuch betreibt, andere Völker und deren Kulturen auszulöschen oder zumindest an die Han-Kultur anzugleichen und in diese zu integrieren, gewinnen die zwei Begriffe der Assimilation und der Sinisierung eine große Bedeutung.

Assimilation, auch bekannt als Assimilierung, definiert einen Prozess, bei dem eine neue bzw. eingewanderte Gruppe von Menschen in ihrem neuen Heimatland an die dortige lebende Mehrheitsgesellschaft angepasst werden soll. Oft geschieht dieser Prozess über mehrere Stufen, also über mehrere Generationen der Zugewanderten, hinweg (vgl. Aumüller 2009: 36).

Der Begriff der Sinisierung bezieht den gesamten Prozess der Assimilation konkret auf China, das heißt, er definiert den Versuch der Chinesen etwas „chinesisch zu beeinflussen“, eine betriebene Assimilation von fremden Völkern an die chinesische Kultur. Es wird dabei das Ziel verfolgt, die fremden bzw. anderen Völker Chinas von ihrer eigenen Kultur loszulösen, sie also zu sinisieren (vgl. <http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Sinisierung.html>).

Im Rahmen dieser Arbeit trifft der Prozess der Sinisierung auf die Anpassung der Minderheitenvölker an die chinesische Kultur bzw. an die Volksrepublik China zu.

4. Wichtige Ereignisse in Chinas Geschichte mit Bedeutung für das Umgehen mit Minderheiten und anderen Völkern im heutigen China

China ist ein Staat, der eine stark durchwachsene Geschichte erlebt hat. Entstanden aus dem Zusammenschluss verschiedener Kaiserreiche, kam es im Laufe der Geschichte immer wieder zu weiteren bzw. neuen Zusammenschlüssen, ebenso aber auch zum Auseinanderfallen von Dynastien sowie kriegerischen Konflikten mit benachbarten Völkern und Reichen, was in manchen Zeiten auch zu Fremdregierung durch andere Völker führte (etwa die Mongolenherrschaft 1279 - 1368).

In diesem Kapitel sollen die wichtigsten Ereignisse der chinesischen Geschichte kurz abgebildet werden, um einen Eindruck darüber zu bekommen, wie China zu dem Staat wurde, welcher er heute ist. Außerdem sollen Informationen präsentiert werden, die eine Erklärung der Abneigung Chinas gegenüber dem Fremden darbieten. Auch die Gründe für das Misstrauen der Kommunistischen Partei Chinas (= KPCh) gegenüber westlichen Ländern und dem Nachbarn Japan sollen in diesem Kapitel etwas näher betrachtet werden.

4.1. Anfänge und Ursprünge der chinesischen Kultur

Zum Einstieg soll mit Abbildung 1 ein Überblick über die Dynastien und Staatsformen des frühen und heutigen Chinas gegeben werden:

Zeittafel	
Xia	ca. 21.–16. Jh. v. Chr.
Shang	ca. 1600–ca. 1050 v. Chr.
Zhou	ca. 1050–256 v. Chr.
– Westliche Zhou	ca. 1050–771 v. Chr.
– Östliche Zhou	771–256 v. Chr.
– Frühling-und-Herbst-Periode	771–481 v. Chr.
– Periode der Streitenden Reiche	481–256 v. Chr.
Qin	221–206 v. Chr.
Han	202 v. Chr.–220 n. Chr.
– Frühere Han	202 v. Chr.–9 n. Chr.
– Spätere Han	25 n. Chr.–220 n. Chr.
Drei Reiche	220–265
Jin	265–420
Südliche und Nördliche Dynastien	420–581 (589)
Sui	581–618
Tang	618–906
Fünf Dynastien	907–960
Song	960–1279
– Nördliche Song	960–1127
– Südliche Song	1127–1279
– Khitan-Liao	907–1125
– Xixia	1032–1227
– Jin	1115–1234
Yuan	1279–1368
Ming	1368–1644
Qing	1644–1911
Republik	1912–1949
Volksrepublik	seit 1949

Abb. 1: Zeittafel China

Die Abbildung zeigt die Entwicklung von den Anfängen des chinesischen Reiches im 21. Jahrhundert vor Christus, unter der Xia-Dynastie, bis hin zu der seit 1949 bestehenden Volksrepublik China. Die wichtigsten Dynastien des frühen Chinas waren einerseits die Qin-Dynastie (221 - 206 v. Chr.), da in dieser Zeit die „streitenden Mächte“ der Region durch Gewalt das erste Mal zu einer chinesischen Einheit, also einem gemeinsamen Reich, vereint wurden. Auf der anderen Seite war auch die anschließende Han-Dynastie (202 v. Chr. - 220 n. Chr.) von großer Bedeutung, da unter ihr die großen Eroberungsfeldzüge stattfanden, im Zuge derer China etliche Gebiete erobern konnte, die teilweise bis heute noch ein Bestandteil der Volksrepublik sind (vgl. Ludwig 21 ff.).

Schon der Beginn des chinesischen Reiches birgt interessante Details: Seit wann genau die chinesische Kultur besteht, ist nicht exakt zu ermitteln, man nimmt aber an, dass der Anfang Chinas um etwa 5.000 vor Christus liegt, belegt durch diverse archäologische Funde und Fakten, schriftliche Denkmäler, usw. . Vieles spricht dabei dafür, dass die

chinesische Kultur das Ergebnis einer Vermischung vieler verschiedener, regionaler Teilkulturen ist (vgl. Schmidt-Glintzer 2008: 9 f.).

In Schriften aus dem zweiten Jahrtausend vor Christus kann man von Feldzügen und kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen nebeneinander siedelnden Völkern lesen. Dabei ist hervorzuheben, dass die Frauen der unterlegenen Völker am Leben bleiben durften und in die siegreichen Völker mit Zwang integriert wurden, weshalb man davon ausgehen kann, dass sich die chinesische Bevölkerung somit auf eigenem Weg ethnisch immer stärker durchmischte. Manche sprechen deshalb auch vom Zusammenfließen folgender verschiedener Lokal- bzw. Randkulturen:

- Nordwestkultur: die „Proto-Tungusen“, ehemalige Jäger, Ackerbauern und Schweinezüchter
- Nordkultur: die „Proto-Mongolen“, ehemalige Hirtennomaden
- Nordwestkultur: die „Proto-Türken“, ebenfalls ehemalige Hirtennomaden und Ackerbauern
- Westkultur: die „Proto-Tibeter“, auch ehemalige Hirtennomaden
- Südkultur: zusammengesetzt aus den „Proto-Austroasiaten“ (Jäger), den „Proto-Austronesen“ (Sammler und Jäger in Bergen) und den „Proto-Siamesen“ (Reisbauern)

(vgl. Bauer 1980 : 15 f.)

Das Ziel, welches das chinesische Reich schon in der damaligen Zeit verfolgte, war es, andere, umliegende Kulturen und Völker in das eigene Reich zu integrieren und dabei weitgehend zu assimilieren (etwa in den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Politik) (vgl. Ludwig 2009: 18).

Etliche Völker, die in der damaligen Zeit auf dem Gebiet des heutigen Chinas lebten, waren definitiv nicht Angehörige des Chinesischen, waren also keine Han, sondern bspw. Vorfahren der Vietnamesen und der Thai-Bevölkerung. Im Laufe der Geschichte haben sich aber viele dieser Völker dem chinesischem Reich angeschlossen bzw. haben sich in dieses integriert. Ihre heutigen Nachkommen sind die Angehörigen der verschiedenen nationalen Minderheiten Chinas (vgl. Grobe-Hagel 1991: 16).

4.2. Kriege, Auseinandersetzungen und die Abneigung gegenüber dem „Fremden“ im Laufe der Geschichte

Gleich zu Beginn des Kapitels ist der Begriff des Groß-Han-Chauvinismus zu erwähnen: Eine „Geringschätzung“ und Herabwürdigung des Anderen, dem „Fremden“, ist ein wesentlicher Kernpunkt innerhalb der chinesischen Geschichte und wird als „Groß-Han-Chauvinismus“ bezeichnet. Dieser hatte sich schon im alten China gebildet und hat bis heute großen Einfluss auf die chinesische Han-Bevölkerung. Das Resultat dieses Groß-Han-Chauvinismus war (und ist es auch noch teilweise heute) ein Überlegenheitsgefühl der Han gegenüber allen anderen Kulturen und Nationen, welches sich in Unterdrückungsversuchen und teilweise blutigen Kämpfen niederschlug (vgl. Heberer 1982: 8). Die Han vertraten dabei folgende Auffassung: Je weiter ein „Barbaren-Volk“ vom chinesischen Reich entfernt lebte, desto niedriger war ihr kulturelles Niveau (vgl. <http://www.bpb.de/apuz/32501/zwischen-kultureller-anpassung-und-autonomie-nationale-minderheiten-in-china?p=all>).

Aus diesem Groß-Han-Chauvinismus hat sich dann das so genannte „sinozentrische Weltbild“ ergeben. China sah sich selbst als das Reich in der Mitte bzw. im Zentrum, um das sich die andern Völker, die Barbaren, in konzentrischen Kreisen befanden. Das chinesische Reich sollte dabei hinsichtlich Lebensstandard, Entwicklung, Wissen, etc. als Maßstab für die umliegenden Völker gelten (vgl. Ludwig 2009: 18).

Die umliegenden benachbarten Völker wurden dabei nach geographischer und kultureller Entfernung zum chinesischen Reich wie folgt eingeteilt:

- Zone 1, die China am nächsten gelegenen Länder: Korea, Vietnam und kurzzeitig auch Japan
- Zone 2: Mongolen, Mandschuren, Tibeter, sowie etliche Völker Zentralasiens. Diese Zone erfasste Völker, die zwar an China grenzten, aber kulturell sehr anders waren.
- Zone 3 erfasste die „äußeren Barbaren“, die in allen Bereichen weit entfernt von China waren
- Zone 4 alle Länder und Völker außerhalb der Zone 3

Die Gebiete der Zonen 1 und 2 wurden von China sehr stark kontrolliert und beeinflusst

und galten auch als wichtige „Pufferzone“. Man versuchte diese Völker, wenn notwendig, auch mit strengen Strafmaßnahmen zu sinisieren. Die Länder der Zone 3 und außerhalb davon standen nie in Chinas Interesse, deshalb gab es auch keine Ambitionen, diese zu erobern (vgl. Lee 1993: 11 f.).

Einer der frühesten Konfliktherde zwischen den (ehemals) verschiedenen Kulturen und Völkern, waren die unterschiedlichen Methoden der landwirtschaftlichen Nutzung von Boden und Acker. Auf der einen Seite stand die sich als „Chinesen“ bezeichnende Gruppe, die auf intensive Landwirtschaft mit Wasserbau setzte, auf der anderen Seite die von den Chinesen als primitive Kulturen, Barbaren (= Sammelbegriff für Nichtchinesen) oder „Vor-Chinesen“ bezeichneten Sammler, Jäger und Fischer, die in immer weiter entlegenere Gebiete des nördlichen Chinas verdrängt wurden. Es waren aber vor allem die Völker im Steppengebiet des nördlichen Chinas, die ein Problem darstellten: Den Lebensbedingungen angepasst, lebten die türkischen und mongolischen Völker als Nomaden mit entsprechender Mobilität einhergehend, was den Chinesen als befremdlich und unheimlich erschien, weshalb sie diese nicht einmal mehr als „Noch-nicht-Chinesen“ bezeichnete, sondern als „Anti-Chinesen“, die niemals Chinesen werden konnten. Deshalb kam es immer wieder zu Kriegen und Konflikten zwischen Bauern und Nomaden, wobei jene Gruppen, die sich der bäuerlichen Lebensform nicht anschließen wollten, vertrieben wurden (vgl. Bauer 1980: 11 & 20 f.).

Oft war es die Unzufriedenheit in den gebildeten Reichen selbst, die das Ende derer herbeiführte. Unter der Qin-Dynastie (221 v. Chr. - 207 v. Chr.) kam es z.B. zu einer Vereinigung von sich streitenden Reichen, wobei auch versucht wurde, die Mauern der ehemaligen unabhängigen Reiche einzureißen und eine einheitliche Schrift einzuführen. Als weitere Gebietseroberungen Richtung Süden unternommen wurden, die meist mit großen Niederlagen verbunden waren, kam es zu starken Unruhen und Widerstandsbewegungen in der Bevölkerung, was in einen Bürgerkrieg mündete und schlussendlich zum Zusammenbruch der Qin-Dynastie führte (vgl. Shaughnessy 2007: 28).

Im Laufe der Geschichte wiederholten sich solche Ereignisse immer wieder, sodass das chinesische Reich immer wieder einem Wachsen und auch Schrumpfen oder Zerfall unterworfen war.

Wie bereits erwähnt, musste das chinesische Reich auch Fremdherrschaften über sich ergehen lassen, wobei die in der chinesische Geschichte wohl schmerzhafteste jene von 1279 - 1368 n. Chr. war, als das ganze chinesische Reich unter mongolischer Führung stand. Es kam zu Demütigungen der chinesischen Bevölkerung: Die Mongolen führten ein System der Rassenpolitik ein, wobei die Bevölkerung des Reiches in vier Klassen mit unterschiedlichen Rechten und Befugnissen unterteilt wurde:

- 1) Die mongolische Bevölkerung selbst, die das herrschende, privilegierte Staatsvolk repräsentierte, und alle politischen Machtfunktionen inne hatte.
- 2) Die Bevölkerung der zentral- und vorderasiatischen Verbündeten, die die Mongolen bei der Eroberung unterstützen (Türken, Syrer, Perser) und vor allem für Geld- und Finanzgeschäfte zuständig waren.
- 3) Die „Hanren“, unter welcher die Bevölkerung Nordchinas zusammengefasst wurde.
- 4) Die „Manzu“, oder auch Südbarbaren, zahlenmäßig die größte Gruppe, die die Bevölkerung des südlichen Chinas repräsentierte. Diesem Teil der Bevölkerung war der Zugang zu wichtigen Ämtern verwehrt und sie besaßen kaum Rechte und Befugnisse. Es war ihnen verboten Waffen zu besitzen, an öffentlichen Versammlungen teilzunehmen oder Mongolen zu heiraten. Es war das erste Mal, dass die Chinesen selbst diskriminiert und unterdrückt wurden, was einen Tiefpunkt in der chinesischen Geschichte darstellt.

(vgl. Schmidt-Glintzer 2008: 113)

Solche Ereignisse führten in der chinesischen Bevölkerung zu einer Abneigung gegenüber dem Fremden, vor allem gegenüber den „Barbarenvölkern“. Es wurden deshalb Versuche unternommen, die das chinesische Reich umgebenden barbarischen Völker nach ihrem Integrationswillen zu untergliedern. Man unterschied zwischen äußeren und inneren und vor allem aber zwischen „gekochten“, zivilisierten Barbaren, denen man Integrationswillen zuschrieb, sowie den „rohen“, unzivilisierten Barbaren, die sich nie und nimmer dem chinesischen Reich anpassen würden. Da sie „Nichtchinesen“ waren, wurden ihnen Chaos, Unordnung usw. zugeschrieben, von welchem das chinesische Reich geschützt werden musste. Die Abneigung war so groß, dass sie die Barbarenvölker sogar mit Tieren verglichen und ihnen auch Tiernamen gaben, da sie nach chinesischem Denken das Verhalten von Tieren zeigten, was einer Abwertung der Lebensweise dieser Völker gleichkam. So wurde das lange, ungekämmte Haar der Barbaren als Zeichen der herrschaftslosen Gesellschaftsstruktur gesehen, das Tätowieren der Körper bei Süd- und

Ostbarbaren wurde als Versuch gedeutet, sich mit Drachenjungen zu identifizieren, die Sprache der Südbarbaren wurde mit Vogelgezwitscher gleichgesetzt. Die Ostbarbaren, die rohes Fleisch verzehrten, wurden als grausame und blutrünstige Völker definiert. Barbarenvölker wurden oft unter der Bezeichnung „Vierfüßler“ zusammengefasst, die wie Tiere schreien, wie Vögel zwitschern, oder das Muhen von Kühen verstehen konnten und dabei dumm wie Tiere, sowie brutal, gierig und pervers wie Tiger und Wölfe waren (vgl. Bauer 1980: 66 ff.).

Durch diese Bezeichnungen und Konflikte wird ersichtlich, dass die Chinesen bzw. die chinesische Kultur schon sehr lange eine Abneigung gegenüber den benachbarten Völkern, dem Fremden, hegt. Etliche Angehörige verschiedener chinesischer Minderheiten leben heute in entlegenen Berggebieten des westlichen Chinas, da durch die immer größere Ausbreitung der Han-Chinesen keine andere Möglichkeit übrig blieb.

Des Weiteren sind in etlichen chinesischen Geschichtsbüchern Kriege und Aufstände, die von den „Nicht-Han-Völkern“ begangen wurden, immer mit Aggression und Zerstörung in Verbindung gebracht worden. Wenn die Han selber kriegerische Auseinandersetzungen starteten, wurden diese immer als „nützlich für die Einheit des Landes“ gesehen oder „im Interesse von Fortschritt und Entwicklung der nationalen Minderheiten“ sowie „im Interesse der historischen Entwicklung“ definiert. Die Kriege der Nicht-Han-Völker wurden immer als „reaktionär“ abgetan, während man im umgekehrten Fall immer von „Fortschritten“ sprach (vgl. Heberer 1984: 42).

An dieser Stelle sei noch auf eine nähere Auseinandersetzung mit der chinesischen Mauer und vor allem deren Symbolik eingegangen. Für die chinesische Bevölkerung galt sie seit jeher als Symbol für den Schutz gegen Invasion und Eroberung durch nomadische Völker aus dem Norden und Westen Asiens.

Der Bau der Mauer wurde immer wieder ausgeweitet, wobei vor allem unter der Qin-Dynastie ein starker Ausbau vollbracht worden sein dürfte. Erweiterungsmaßnahmen der Mauer fanden aber immer wieder, zu verschiedenen Zeiten, statt. Das primäre Ziel, egal unter welcher Zeit, war immer dasselbe: Der Schutz der Chinesen vor dem Fremden, vor allem vor den Barbarenvölkern im Norden (vgl. Shaugnessy 2007: 214).

4.3. Die Ära des Mao Tse Tung (1949 - 1976)

Eines der wohl wichtigsten historischen Ereignisse in der jüngeren Geschichte Chinas, die große Veränderungen in der chinesischen Gesellschaft mit sich brachte, und deshalb unbedingt einer Erwähnung wert ist, ist die Zeit unter der Führung des Mao Tse Tung. Diese Zeit war von versuchten Reformen bzw. Reformansätzen und Durchsetzungskampagnen geprägt, einerseits während des „großen Sprungs nach Vorn“ (1958 – 1960), andererseits während der „Kulturrevolution“ (1966 – 1976), die eigentlich zu einer Modernisierung und einem Aufschwung der Volksrepublik China hätten führen sollen. Diese Zeiten waren jedoch von schlimmen Hungersnöten und entsprechend hohen Sterberaten, starken wirtschaftlichen Einbrüchen und Problemen sowie extrem gewaltsamen Vorgehen gegenüber der Bevölkerung geprägt (vgl. Heilmann 2002: 19).

Nachdem sich die KPCh 1949, unter der Führung von Mao Tse Tung, an die Macht geputscht hatte, war es Maos Ziel, China zu einem sozialistisch geprägten Land umzugestalten, wobei man sich anfänglich primär am Nachbarstaat Sowjetunion, von dem man auch Unterstützung erfahren hatte, orientierte und Ideen holte. 1958 startete man deshalb die Strategie des „Großen Sprung nach Vorn“, dessen Ziel es war, einen starken wirtschaftlichen Aufschwung, vor allem im Bereich der Stahl- und Eisenproduktion, mit sich zu bringen. Das Ganze führte aber zu chaotischen Zustände in der VR. Nachdem sich nahezu das gesamte Land auf die Metallgewinnung konzentrierte, wurden alle anderen Bereiche der Industrie vernachlässigt und ignoriert. Die Ergebnisse dieser Kampagne waren alles andere als erfolgreich. Das größte Problem war, dass Bauern von ihrer Feldarbeit abgehalten wurden, damit sie für die Stahl- und Eisenproduktion arbeiten konnten. Die Konsequenz daraus war, dass es niemanden mehr gab, der die Ernten hätte einholen können, weshalb es während des „Großen Sprungs nach Vorn“ zur schlimmsten Hungersnot Chinas im 20. Jahrhundert kam. Bis zu 30 Millionen Menschen mussten dabei ihr Leben lassen (vgl. Hartmann 2006: 45 f.).

Nachdem der „Große Sprung nach Vorn“ gescheitert war, ging Mao mit der „Kulturrevolution“ 1966 das nächste große Projekt an, das nach Maos Vorstellungen das Ziel hatte, den Bildungs- und Kulturbereich sowie die Politik und Verwaltung zu reformieren und dabei alte Teile der KPCh zu beseitigen, damit alle kritischen Stimmen in den eigenen Reihen entfernt werden konnten. Die gesamte Kultur, die nicht in das neue

Denkschema Maos passte, wurde unterdrückt, verboten oder zerstört. Millionen Menschen wurden öffentlich gedemütigt, gefoltert, ermordet oder in den Selbstmord getrieben und unzählige kulturhistorische Bauten und religiöse Stätten wurden zerstört (vgl. Hartmann 2006: 48 f.).

Die nationalen Minderheiten waren diesmal sehr stark betroffen, da sie eine große Traditionsverbundenheit besitzen und Tradition einen wichtigen Bestandteil ihrer Identität ausmacht. Es war ihnen verboten, die eigene Sprache zu sprechen. Nur Chinesisch war erlaubt. Es kam zu großen Zerstörungen und Verlusten kultureller Gegenständen: Kirchen, Tempel oder Moscheen wurden zerstört, Schriften verbrannt (vgl. Ludwig 2009: 48).

Die Folgen für die Minderheiten, die die Ära Mao mit sich brachte, werden im Kapitel „8.2. Minderheitenpolitik unter Mao Tse Tung (1949 - 1976)“ noch gesondert genauer betrachtet.

4.4. Ursachen für die „Furcht“ der KPCh vor Erneuerung, Aufständen und Einmischungen von außen

Was sind nun – zusammenfassend - die ausschlaggebenden Ereignisse und Ursachen, die die KPCh so misstrauisch gegenüber Reformen bzw. Änderungen und vor allem gegenüber den Ländern des Westens machen und dabei oft zu brutalen Unterdrückung friedlicher Kundgebungen führen?

Vor allem im 18. und 19. Jahrhundert musste China in etlichen kriegerischen Auseinandersetzungen starke Machteinbußen hinnehmen, die gleichzeitig zu einer Zerstörung des Jahrtausende alten Weltbilds Chinas führten. Die Problematik lag primär darin, dass sich China dagegen wehrte, große Reformen und Erneuerungen anzugehen, da man in den letzten tausenden Jahren mit dem alten System gut überleben konnte. Es war aber genau diese Einstellung, die China in politisch-militärischer Hinsicht so verwundbar und leicht bezwingbar machte. Am Ende des 18. Jahrhundert brachten die Opiumkriege gegen Großbritannien dem chinesischen Reich die erste große Niederlage ein: Die Briten setzten in China den Verkauf von Opium durch, was in China aber zu Unmut führte, da sich ein großes Sucht- und Abhängigkeitspotential in der Bevölkerung entwickelte. Der Opiumhandel sollte deshalb verboten werden. Großbritannien akzeptierte

das aber nicht, weshalb ein Krieg gegen das chinesische Reich gestartet wurde. Obwohl die britischen Truppen in deutlicher Unterzahl waren, gelang es ihnen innerhalb kurzer Zeit und ohne große Anstrengung, einen klaren Sieg für sich zu erringen und China damit zur Kapitulation zu zwingen. Es war die erste große Niederlage und Demütigung für das große Reich Chinas (vgl. Hartmann 2006: 28 ff.).

1919 ereignete sich die nächste „Kränkung des chinesischen Nationalstolzes“. Im Rahmen der Versailler Friedenskonferenz wurde das ehemalige deutsche „Schutzgebiet“ Qingdao nicht mehr den Chinesen zugesprochen, sondern dem Erzrivalen und Nachbarn Japan. Viele Chinesen sahen darin eine geplante Taktik Europas und des Westens, die man als eindeutige „rassistische Unterdrückung und Herabsetzung“ Chinas interpretierte (vgl. Hartmann 2006: 32).

Genau solche Ereignisse waren es, die eine Verletzung des Nationalbewusstseins Chinas bewirkten, die bis heute Auswirkungen auf die chinesische Gesellschaft haben und als eine Ursache der großen Abneigung und vor allem des großen Misstrauens gegenüber dem Westen angesehen werden können. Deshalb werden bspw. die Vorwürfe des Westens im Bereich der Menschenrechtssituation Chinas als eine Strategie der „internationalen feindlichen Kräfte“ interpretiert, die das Ziel verfolgen, aufstrebende Großmächte, wie eben auch China, klein und „kontrollierbar“ zu halten (vgl. Heilmann 2002: 243).

Zusammenfassend kann somit gesagt werden, dass es die früheren Erfahrungen und historischen Ereignisse sind, die die KPCh so vorsichtig und misstrauisch machen: Die Folgen diverser kriegesischen Auseinandersetzung (Demütigungen, etc.), misslungene Reformversuche wie die Kulturrevolution und der große Sprung nach vorne mit all ihren Folgen wie Chaos und Einbrüchen im wirtschaftlichen System, die zu einer starken Bedrohung des Machterhaltes der KPCh geführt haben. All das sind Ereignisse, die den Mitgliedern der Regierung und auch großen Teilen der chinesischen Bevölkerung in Erinnerung geblieben sind und die das politische Handeln bis heute beeinflussen. Es gilt zu verhindern, dass sich so etwas wiederholt. Deshalb führt China eine strenge Repressions- und Sicherheitspolitik, mit der solche Ereignisse in Zukunft verhindert werden sollen. (vgl. Heilmann 2002: 19).

5. Religionen in der VR China

Nachdem einige der Minderheiten in China einen unterschiedlichen Religionsglauben haben – Tibeter den Buddhismus, Uiguren den Islam - sei an dieser Stelle ein Überblick über die für diese Arbeit relevanten, und von China anerkannten Religionen und ihre Situation bzw. Geschichte innerhalb Chinas gegeben, ehe auf die Lage der Religionsfreiheit eingegangen wird. In diesem Kapitel werden die immer wieder als „Fremdreligionen“ bezeichneten Religionen des Buddhismus, Islam und des Christentums vorgestellt und näher betrachtet, da diese ursprünglich in China nicht bekannt waren und erst durch Händler, Missionare etc. ins Land gekommen sind. Dabei soll vor allem ersichtlich werden, dass die Politik Chinas mit dem „Anderssein“ der „Fremdreligionen“ des Islams und des Christentums Probleme hat und dementsprechend eine Bedrohung durch diese sieht und, wie an späterer Stelle behandelt wird, auch die „Fremdreligionen“ der Minderheiten, vor allem die Uiguren und ihr islamischer Glaube, zur Instrumentalisierung und Rechtfertigung für Überwachungs- und Unterdrückungsmaßnahmen genutzt werden.

5.1. Anerkannte Religionen

Von der Volksrepublik China werden folgende fünf Religionen offiziell anerkannt: Buddhismus, Daoismus, Islam, sowie das Christentum unterschieden in Protestantismus und Katholizismus. Alle anderen Religionen, unter ihnen auch der für einige Zeit in China bedeutende Konfuzianismus, werden als Kulte bezeichnet und sind illegal und somit verboten. Viele Glaubenssysteme in China versuchen deshalb nicht als Religion bezeichnet zu werden, um nicht mit den strengen Gesetzen des Staates in Konflikt zu geraten. Häufig geht die Regierung mit aller Härte gegen Kulte vor. Ursache für dieses Verhalten ist die Angst der KPCh, dass mit Hilfe dieser Kulte Gegenbewegungen zur eigenen Partei organisiert werden könnten, was einer Bedrohung der (unantastbaren) Macht der KPCh gleich käme (vgl. van Ess 2008: 106 f.). In manchen Büchern ist deshalb auch von „Untergrundkirchen“ zu lesen, die dementsprechend versuchen, unerkannt zu bleiben (vgl. Grobe-Hagel 1991: 44).

Nun eine kurze Charakterisierung der drei größten „Fremdreligionen“ der Volksrepublik:

- 1) Der Buddhismus: Der Buddhismus stammt ursprünglich aus Indien bzw. genauer gesagt aus Nordindien und kam um 65 n. Chr. vor allem mit Händlern über die Seidenstraße nach China (vgl. Grobe-Hagel 1991: 46).

Er gilt heute als jene „Fremdreligion“, die sich am tiefsten in der chinesischen Kultur verwurzelt hat und deshalb heute nicht mehr von China wegzudenken ist. Geschafft wurde dies durch notwendige Anpassungen des Buddhismus an die Kultur Chinas, was etwa zur Aufgabe des Bettelmönchtums oder zur Integration daoistischer und konfuzianistischer Denkansätze führte. Dadurch war eine große Akzeptanz in der Volksrepublik ermöglicht worden (vgl. Clart 2009: 162 f.).

Der Buddhismus erlangte in der Zeit von 589 – 618 n. Chr., sehr großen Einfluss auf die Gesellschaft, sogar Kaiser wurden Buddhisten. Durch diesen Einfluss erlangte die Religion auch etliche Bevorzugungen und Erleichterungen. Zum Beispiel waren buddhistische Klöster von Besteuerung ausgenommen, Mönche mussten keinen Militärdienst ableisten. Diese Vorzüge gingen sogar so weit, dass einigen Klöstern wirtschaftliche Aktivitäten, wie etwa das Verleihen von Geld, erlaubt wurden. Bald darauf kam es zu Kritik und Unruhen in der Bevölkerung, da diese darin eine ungerechte Behandlung sah. Buddhistenverfolgungen und Klosterzerstörungen waren die Folge (vgl. Grobe-Hagel 1991: 51 f.).

Bis heute hat sich der Buddhismus aber davon wieder erholt und gilt als eine der größten Religionen im Land. Offiziell wird von etwa 100 Millionen Buddhisten im heutigen China gesprochen (vgl. van Ess 2008: 106). Der Buddhismus ist dabei sehr stark unter den Tibetern und Mongolen, sowie den Luoba, Moinba, Tu und Yugur verbreitet (vgl. Can 2004: 117).

- 2) Der Islam: Der Islam besteht seit etwa 651 n. Chr. in China, wobei diese Religion primär über arabische Händler ihren Weg nach China fand. Etliche der muslimischen Minderheiten Chinas haben deshalb ihren Ursprung in dieser Zeit (vgl. Adler 2007: 161).

Im heutigen China ist die Bedeutung des Islams relativ gering: Vor allem der Lebensstil der Muslime ist für viele Chinesen eine große Abschreckung. Etwa 20 Millionen Muslime, das sind ca. neun Prozent der Gesamtbevölkerung, werden heute in China gezählt. Ihre Zahl steigt aber beständig. Dieser Trend ist aber nicht

auf Missionierungsmaßnahmen zurückzuführen, sondern auf die hohe Geburtenrate bzw. Fruchtbarkeit islamischer Frauen (vgl. Clart 2009: 171). Die meisten Moslems leben heute in Gebieten, die von China erobert wurden, hier vor allem in der autonomen Region Xinjiang im Nordwesten des Landes (vgl. Grobe-Hagel 1991: 58). Nationalitäten, die sich zum Islam bekennen, sind allen voran die Uiguren und Hui, sowie Kasachen, Kirgisen, Tadschiken, Tataren, Dongxiang, Salar und Baoan (vgl. Can 2004: 108).

- 3) Das Christentum: Das Christentum kam im siebenten Jahrhundert nach China. Wirklich durchsetzen konnte sich dieser Glaube nie, weshalb das Christentum bis heute eine Religion geblieben ist, die von einem nur sehr kleinen Teil der chinesischen Bevölkerung gelebt wird. Erfolgreicher setzte man sich nur in der ländlichen Bevölkerung durch.
- Das Christentum hatte es von Anfang an sehr schwer, wobei es insbesondere die christlichen Rituale waren, die Teilen der chinesischen Bevölkerung und vor allem den Herrschern der jeweiligen Zeit als unmöglich erschienen: Im 18. Jahrhundert etwa, schien der Ritus der Taufe völlig inakzeptabel, da es dadurch zu einer Entscheidung zwischen christlicher und chinesischer Identität hätte kommen müssen, was von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde (vgl. Clart 2009: 165 ff.). Um 1650 konnten die Jesuiten einen größeren Erfolg verzeichnen. Sie schafften es, 150.000 Chinesen zu konvertieren, wobei dieser Erfolg auf die Toleranz der Jesuiten zurückzuführen war, da sie bspw. die für die Chinesen wichtige Ahnenverehrung als religiöses Ritual akzeptierten (vgl. Adler 2007: 162). Heute zählt man etwa 15 Millionen Protestanten sowie 4 Millionen Katholiken, also eine eher unbedeutenden Zahl an Angehörigen des Christentums (vgl. van Ess 2008: 106). Die meisten Anhänger des Christentums finden sich unter den Miao, Yao und den Yi (vgl. Can 2004: 117).

5.2. Religionsfreiheit in China

Im Laufe der Geschichte des chinesischen Reiches kam es immer wieder zu Phasen, in denen es Religionen sehr schwer hatten und deren Anhänger mit Unterdrückungen und Verfolgungen konfrontiert waren. In der aktuellen Verfassung ist Glaubensfreiheit nur dann zulässig, wenn die Kommunistische Partei - und somit die Regierung - nicht bedroht oder angezweifelt wird. Außerdem darf keine Einmischung des Auslandes erfolgen, was folglich Auslandskontakte der Religionen verbietet. Das Resultat dieser Festlegung ist, dass die Religionen, vor allem der Islam und das Christentum, starken Kontrollen ausgesetzt sind. Predigern ist es bspw. nicht erlaubt, Gottesdienste an nicht registrierten Orten abzuhalten. Auch bestimmte Bücher sind verboten und werden mit harten Strafen geahndet (vgl. Adler 2007: 185).

Des Weiteren sind Religion und Politik, sowie Religion und Erziehung striktest voneinander zu trennen, und die Religion darf sich unter keinen Umständen in Administration, Rechts- und Bildungswesen einmischen. Außerdem müssen alle (anerkannten) Religionsgemeinschaften unabhängig sein (vgl. Can 2004: 118).

Wie schon am Anfang des Kapitels erwähnt wurde, wird vor allem gegen illegale, nicht anerkannte Religionen bzw. gegen Sekten sehr hart vorgegangen: Sieht die KPCh in Sekten bzw. Sektenbewegungen eine Bedrohung der staatlichen Autorität (etwa durch eine mögliche Mobilisierung deren Anhänger gegen die Regierung), kommt es sofort zu konsequentem Vorgehen gegen diese Bewegungen. So kam es, dass in den 1960ern nahezu alle Sekten verboten und beseitigt wurden (vgl. Clart 2009: 192).

Islam und Christentum hatten es schon immer schwer. Nach der Machteroberung durch die KPCh musste die christliche Kirche ein Treuebekenntnis zum neuen China abgeben, um überhaupt (legal) existieren zu dürfen.

Ein weiteres Problem besteht für die katholische Kirche: Um als Katholik zu gelten, muss man sich zum Papst bekennen, was aber mit dem von der KPCh geforderten Patriotismus zu China als unvereinbar gilt (vgl. Grobe-Hagel 1991: 40 ff.).

Vor allem unter der Kulturrevolution Mao Zedongs (1966 – 1976) hatten alle Religionsanhänger stark zu leiden und wurden dabei gedemütigt und unterdrückt. Ziel dieser Revolution war es, ein „neues China“ aufzubauen und dabei „eine religionsfreie und

sozialistische Gesellschaft“ zu gründen. Alle Religionen wurden einer staatlichen Kontrolle unterstellt: Religiöse Aktivitäten waren nur mehr im Rahmen von anerkannten Dachverbänden möglich, die allesamt auf die Loyalität und die Treue gegenüber der KPCh schwören mussten. Religiöses Handeln außerhalb dieser Verbände war strikt verboten und wurde bspw. mit Lagerarbeit geahndet (vgl. Clart 2009: 145 ff.). Insgesamt verfolgte man die Auffassung, dass „der neue Mensch“ keine Religion mehr brauche (vgl. Ludwig 2009: 48).

Religionen und Sekten wurden während dieser Zeit folgendermaßen behandelt:

Der Islam erlebte unter der Kulturrevolution eine scharfe Politik der Unterdrückung und auch Herabwürdigung: Um eine Demütigung des Islams zu erreichen, wurden Moscheen geschlossen, zerstört oder in Schweineställe umfunktioniert. Pilgerreisen nach Mekka waren verboten, das Schweinefleischverbot wurde (als Aberglaube) ebenso verboten. In den schlimmsten Fällen wurden Moslems zum Verzehr von Schweinefleisch gezwungen. Wer sich weigerte, konnte mit dem Tod bestraft werden (vgl. Grobe-Hagel 1991: 61 ff.).

Vor allem der Konfuzianismus, der heute nicht mehr als offiziell anerkannte Religion gilt, wurde am stärksten verfolgt und unterdrückt, da Mao Tse Tung in ihm all das sah, was im alten China schlecht gewesen war. Dies musste vernichtet bzw. verbessert werden (vgl. Adler 2007: 165).

Insgesamt sahen sich alle Religionen einer restriktiven Verfolgungspolitik ausgesetzt, wobei es zur Zerstörung von heiligen Gebäuden, Verschleppungen, Tötungen und Strafen in Arbeitslagern kam (vgl. Clart 2009: 147).

Erst nach dem Tod von Mao Tse Tung 1976 kam es zu einer Verbesserung und Lockerung der politischen Haltung gegenüber Religionen bzw. Religionsfreiheit. Schrittweise wurde der Bau von Ausbildungsstätten für die anerkannten Religionen erlaubt, es wurden große Geldsummen für den Wiederaufbau zerstörter Tempel, Kirchen und Moscheen bereitgestellt. Religionsfreiheit wird heutzutage gewährt, aber eben unter Voraussetzungen, die von der KPCh vorgegeben bzw. in der chinesischen Verfassung niedergeschrieben sind (vgl. Adler 2007: 165).

Dementsprechend ist die Religionsfreiheit bis heute relativ stark eingeschränkt. So heißt es etwa in der Verfassung von 1982: „Der Staat schützt normale religiöse Tätigkeiten. Niemand darf eine Religion dazu benutzen, Aktivitäten durchzuführen, die die öffentliche Ordnung stören, die körperliche Gesundheit von Bürgern schädigen oder das Erziehungssystem des Staates beeinträchtigen. Die religiösen Organisationen und Angelegenheiten dürfen von keiner ausländischen Kraft beherrscht werden“ (vgl. Lee 1993: 16).

Die Aussagen dieses Absatzes wurde aber nur sehr vage definiert, sodass die KPCh großen Spielraum hat und selber bestimmen kann, was „normale“ religiöse Aktivitäten sind bzw. welche Tätigkeiten die Gesundheit von Bürgern gefährden, usw. .

Weiters bestehen heute folgende Forderungen bzw. Verbote gegenüber der Religionsausübung in China:

- Verbot von religiöser Propaganda außerhalb von Missionsstätten
- Genehmigungspflicht für etliche religiöse Ausübungen (z.B. Wallfahrten)
- Strenge Kontrolle beim Wiederaufbau von Klöstern oder gleich deren komplettes Verbot
- religiöse Versammlungen, Zeremonien und Feiern können aufgrund Störung der sozialen Ordnung verboten werden

(vgl. Haas 1997: 105)

Wie die KPCh die Religionspolitik in die Tat umsetzt, zeigte sich bei der Ernennung des 11. Panchen Lamas im Jahr 1989. Dieser wurde nämlich entführt und unter Hausarrest gestellt. Stattdessen versuchte die KPCh ihren eigenen Panchen Lama, den Sohn eines KP- Funktionärs, vorzustellen. Die Taktik dahinter war folgende: Der Panchen Lama ist die „Nummer zwei“ der geistlichen Hierarchie in Tibet, und hat auch starken Einfluss bei der Ernennung des nächsten Dalai Lama, was die KPCh für sich nützen möchte, um starken Einfluss ausüben zu können (vgl. Haas 1997: 106).

Von einer tatsächlichen Religionsfreiheit kann man unter solchen Bedingungen nicht sprechen, der Weg dahin scheint noch ein sehr weiter zu sein.

6. Unterschiede für Han-Chinesen und Angehörige der Minderheiten in der Bevölkerungszusammensetzung und Bevölkerungspolitik Chinas

Chinas Bevölkerungsentwicklung hat in den letzten fünfzig Jahren große Veränderungen durchgemacht, die einerseits die Gesamtbevölkerungsentwicklung erheblich getroffen haben, auf der anderen Seite gibt es aber teilweise große Unterschiede im Bereich der Familien- und Geburtenpolitik zwischen Han-Chinesen und Minderheitenvölker. In diesem Kapitel sollen nun die historische Entwicklung der Bevölkerung seit der Gründung der Volksrepublik bearbeitet und die Unterschiede zwischen Han-Chinesen und Minderheitenvölkern, die durch die chinesische Bevölkerungspolitik erreicht wurden, aufgezeigt werden.

Bevor näher auf die Entwicklung der Bevölkerung eingegangen wird, soll kurz die Unterschiedlichkeit der Volksrepublik von Ost nach West aufgezeigt werden. Dort bestehen große Disparitäten, die für ein besseres Verstehen der Entwicklungen und Verteilungen der Bevölkerung Chinas notwendig sind. Nach etlichen Ökonomen kann man China nämlich in drei Zonen untergliedern:

- 1) Der Osten Chinas, vor allem die Küstenregionen, auch unter dem Namen „Goldküste“ bekannt. Dieses Gebiet gehört zu den am dichtest besiedelten Regionen in China. Es ist charakterisiert durch gute infrastrukturelle Versorgung sowie überdurchschnittlich hohes Einkommen (in Bezug auf die chinesische Bevölkerung).
- 2) Die Mitte Chinas, das „Innere China“ umfassend: Hier befinden sich viele wichtige Industriestandorte, es wird aber auch viel Agrarwirtschaft betrieben. Das Einkommen der Bevölkerung entspricht in etwa dem chinesischen Durchschnitt, wobei es auch Regionen gibt, in denen es deutlich niedriger ist. Der Plan der KPCh ist, die Industrie nicht weiter auszubauen, sondern eine Spezialisierung und Konzentration auf Vieh- und Landwirtschaft zu erreichen.
- 3) Der Westen Chinas, der vor allem die Minderheitenregionen umfasst (Xinjiang, Tibet, Qinghai und Teile der Inneren Mongolei), auch bekannt als „die Armenregion Chinas“, da hier das Einkommen um mehr als die Hälfte unterhalb des chinesischen Durchschnitts liegt. Dieses Gebiet ist bekannt für sein hohes

Vorkommen an Rohstoffen. Hierin liegt auch die von Beijing zugeschriebene Aufgabe dieses Gebiets, nämlich China mit Rohstoffen und Energie zu versorgen. Die Industrie soll nur dann ausgebaut werden, wenn es im Zusammenhang mit Rohstoffen wichtig und sinnvoll erscheint.

(vgl. Grobe-Hagel 1991: 11 f.)

6.1. Bevölkerungspolitische Maßnahmen als Reaktion auf die Bevölkerungsproblematik und Bevölkerungsentwicklung in China

Laut aktuellsten Daten der Weltbank hat China im Jahr 2012 eine Gesamtbevölkerung von 1.350.695.000 Menschen, was es zum bevölkerungsreichsten Land der Erde macht (vgl. <http://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL>).

Das Land hat dabei einen immensen Bevölkerungsanstieg in nur kurzer Zeit zu verzeichnen. Mit der Gründung der Volksrepublik China 1949 wiesen Daten eine Gesamtbevölkerung von 541,7 Millionen Menschen aus. Im Jahr 1990 lag der Wert schon bei 1.113 Millionen, was einer Nahezu-Verdoppelung der Bevölkerungszahl in der kurzen Zeit von 40 Jahren gleichkommt (vgl. Hoffmann-Nowotny 1991: 103).

Der starke und vor allem rasche Anstieg der Bevölkerungszahl sowie die regionale Ungleichverteilung der Bevölkerung, stellte die chinesische Politik vor etliche Probleme: Umweltbelastungen, Versorgungsengpässe, Wohnungs- und Arbeitsplatzmangel waren die Regel. Dementsprechend sah die Regierung in Beijing einen großen Handlungsbedarf, was zur Einführung von Familienplanungs- und Geburtenkontrollprogrammen führte. Han-Bevölkerung und Minderheitenvölker waren von diesen aber in unterschiedlichen Ausmaß betroffen.

Nachdem man sich in den fünfziger Jahren das erste Mal den Problemen des zu raschen Bevölkerungsanstieges bewusst wurde, begann die chinesische Regierung mit offiziellen Familienplanungs- und Geburtenkontrollprogrammen. Bis zu den siebziger Jahren, wurden dabei immer wieder Versuche gestartet, die Geburtenrate sowie das Bevölkerungswachstum insgesamt zu senken, wobei die Ergebnisse eher bescheidene Erfolge erzielten. In den fünfziger Jahren startete man Propagandaaktionen, im Zuge derer auf Vorteile einer kleineren Familie hingewiesen werden sollte. Während der Phasen des „Großen Sprungs nach Vorn“ und der „Kulturrevolution“ kam das Thema der

Bevölkerungspolitik und Familienplanung vollkommen zum Erliegen, erst nach Ende der gescheiterten Reformansätze drängte die Regierung, aufgrund der wirtschaftlichen Probleme und den damit verbundenen Versorgungsengpässen in der Bevölkerung, wieder auf eine aktive Familienplanungspolitik. Die danach getätigten Maßnahmen versprachen das erste Mal Erfolg: es wurden fünfjährige Geburtenpläne eingeführt, in welchen festgelegt wurde, wer das Anrecht auf Nachwuchs hat und wer nicht: Jungverheiratete und Frauen deren letzte Geburt ca. fünf Jahre zurücklag, waren zu bevorzugen. Die Wachstumsrate der Bevölkerung sank von 23 Promille im Jahr 1971 auf nur mehr 12 Promille im Jahr 1978 (vgl. Hoffmann-Nowotny 1991: 141 ff.).

1979 ging man zum nächsten großen Schritt, nämlich der Einführung der Ein-Kind-Politik, wonach jede Familie nur noch ein Kind bekommen durfte. Nichteinhalten dieser Regel wird stark bestraft: Bei einem zweiten Kind kommt es zu Lohnkürzungen für beide Elternteile, die sich bei einem dritten Kind noch weiter verschärfen, es gibt keinen bezahlten Schwangerschaftsurlaub, ungeplante Kinder bekommen keine Krankenversicherung vor dem 14. Lebensjahr, Bauern wird mit der Verringerung des Landes gedroht, usw. (vgl. Gangl 2012: 27).

Wie aus Abbildung 2 gut ersichtlich, schienen die ab den siebziger Jahren durchgeführten Maßnahmen zum kontrollierten Bevölkerungswachstum auch langanhaltenden Erfolg zu versprechen, da die Wachstumsrate seit diesem Zeitpunkt deutlich unter jener der Jahre davor liegt (mit Ausnahme der Krisenjahre während des „Großen Sprungs nach Vorn“).

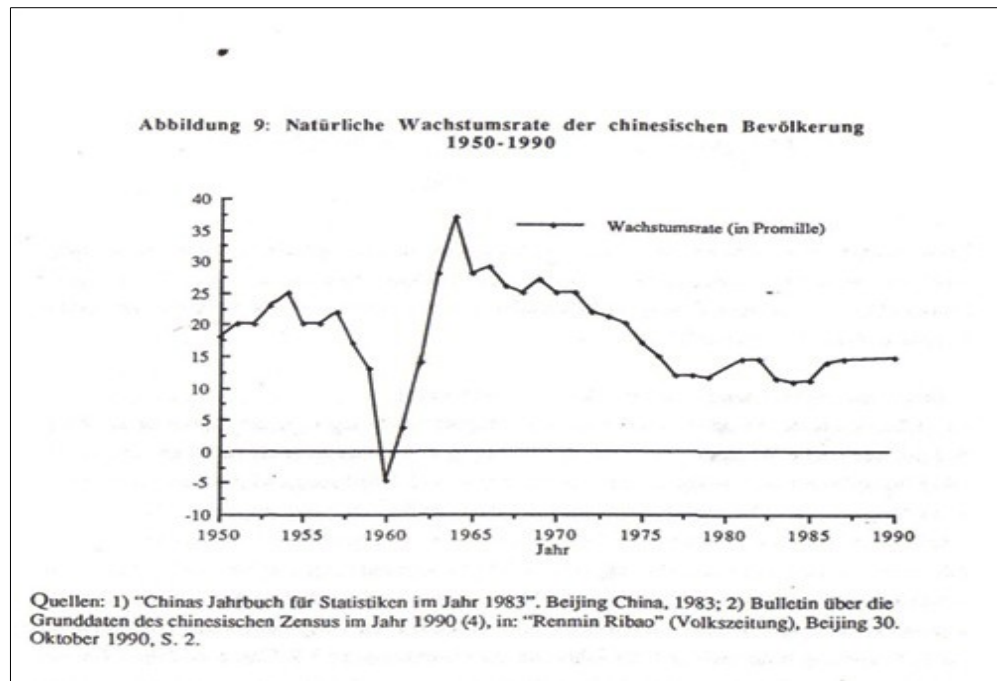


Abb. 2: Natürliche Wachstumsrate der chinesischen Bevölkerung 1950 - 1990

Für die meisten Minderheitenvölker galten diese Familienplanungs- und Geburtenkontrollprogramme jedoch nicht. Aufgrund der niedrigen Zahl der meisten Minoritäten waren diese von der Ein-Kind-Politik weitgehend ausgenommen. Seit 1984 wurden die Regeln etwas verschärft, wobei für Minderheiten mit mehr als 10 Millionen Angehörigen eine Zwei-Kind-Politik gilt. Aber auch in solchen Fällen werden weiterhin Ausnahmeregelungen gewährt (vgl. Gangl 2012: 29).

Diese Ausnahmeregelungen spiegelten sich auch sehr stark in der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung zwischen Minderheitenbevölkerung und Han-Bevölkerung wieder:

Betrachtet man die unterschiedliche Bevölkerungszunahme zwischen Minderheitenvölkern und Han-Chinesen zwischen 1953 und 1990, so kommt man zu folgenden Ergebnissen: In diesem Zeitraum betrug die Rate des Bevölkerungswachstums im Jahresdurchschnitt circa 19 Promille, wobei die Wachstumsrate der Minderheiten mit 22,4 Promille um einiges höher war als jene der chinesischen Han-Bevölkerung mit 18,7 Promille. Zu Beginn dieser Zeitperiode lag die Wachstumsrate der Minderheitenvölker mit 11 Promille jedoch weit

hinter jener der Han-Chinesen (knapp 16 Promille), da in den 50er- und 60er- Jahren der ökonomische Entwicklungsstand der Minderheitengebiete sehr weit hinter jenem der Ostregionen Chinas lag, was sich in extrem schlechter medizinischer Versorgung und schlimmen hygienischen Umständen und entsprechend hoher Sterberate niederschlug. Beispielsweise lag die Sterberate der Uiguren im Jahr 1964 bei 16,4 Promille, jene der Han-Bevölkerung bei 11,5 Promille. Ab 1964 kam es aber zu einer deutlichen Verbesserung der medizinischen und hygienischen Versorgung in den Minderheitengebieten, was zu einem raschen Absinken der Sterberate in den Regionen führte. Weiters waren die Minderheiten von den ab den 60er- Jahren eingeführten Geburtenkontrollprogrammen, sowie von der Ein-Kind-Politik, ausgenommen, sodass neben einer sinkenden Sterberate auch eine steigende Geburtenrate zu verzeichnen war. Somit war die Wachstumsrate der Minderheitenvölker zwischen 1964 und 1982 im Jahresdurchschnitt mit knapp 30 Promille deutlich höher als jene der Han-Bevölkerung, die im gleichen Zeitraum einen Anstieg von „nur“ 20 Promille aufweisen konnte, mit dem Resultat, dass die Minderheitenbevölkerung Chinas zwischen 1982 und 1990 um etwas mehr als 35 Prozent zugenommen hatte (vgl. Hoffmann-Nowotny 1991: 109).

Neben der sinkenden Sterberate bei gleichzeitig hoher Geburtenrate muss aber auch ein weiterer (möglicher) Grund für das Bevölkerungswachstum unter der Minderheitenbevölkerung betrachtet werden: Ab 1979 bekannten sich viele Bürger Chinas, die sich zuvor als Han-Chinesen bezeichneten, zu ihrer tatsächlichen Minderheitennationalität, da Minderheiten ab diesem Zeitpunkt Vorteile in der Familienplanungspolitik hatten, nämlich insofern, als die meisten von der Ein-Kind-Politik ausgenommen waren (vgl. Hemmer 1995: 73 ff.).

Das rasche Ansteigen der Bevölkerung der Minoritäten missfiel der KPCh jedoch deutlich, da der Bildungsstand der Minderheiten im Vergleich zu Restchina relativ niedrig ist. Außerdem weisen sie einen sehr hohen Grad an Analphabetismus auf. Dies wurde und wird von der Regierung Chinas als großes Problem angesehen, da die Befürchtung besteht, dass ein zu starkes Ansteigen der Minderheitenbevölkerung zu einer Verzögerung und Minimierung des Modernisierungsprozesses und Wirtschaftswachstums in ganz China führen könnte (vgl. Hemmer 1995: 74).

6.2. Regionale Bevölkerungsverteilung seit 1949 im Vergleich

Eines weiteres Problem ist, dass die Bevölkerung sehr ungleich über das gesamte Staatsgebiet verteilt ist, wobei hier schon der erste Unterschied zwischen Han-Bevölkerung und Minderheitenangehörigen erfasst werden kann: Im Osten des Landes leben etwa 95 Prozent der Bevölkerung, primär Han-Chinesen. Im westlichen Teil, vornehmlich von Minderheiten bewohntes Gebiet, das die Regionen Tibet, Qinghai und Xinjiang erfasst, leben nur zwei Prozent der Bevölkerung, obwohl sich dort mehr als ein Drittel der chinesischen Gesamtfläche befindet (vgl. Bianco 1999: 12).

Analog der Ungleichverteilung gibt es auch große Unterschiede in der Bevölkerungsdichte: 1990 lag die durchschnittliche Bevölkerungsdichte Chinas bei etwa 118 Menschen pro Quadratkilometer. An den Küstenregionen im Osten, wo die Lebensstandards relativ hoch sind, und die Bevölkerung nahezu ausschließlich aus Han-Chinesen besteht, liegt die Bevölkerungsdichte bei 312 Personen pro Quadratkilometer. Je weiter man in den Westen kommt, desto schlechter wird Infrastruktur und Lebensstandard, und desto niedriger wird auch die Bevölkerungsdichte. Vor allem in den von den Minderheiten bewohnten Gebieten im äußersten Westen und Nordwesten Chinas, ist das andere Extrem der Bevölkerungsdichte zu beobachten: In der Inneren Mongolei, in Tibet und auch in Xinjiang lag die Bevölkerungsdichte 1990 bei nur neun Personen pro Quadratkilometer (vgl. Hoffmann-Nowotny 1991: 106).

Genauer betrachtet ergibt sich dabei für die Regionen der Inneren Mongolei - Hauptwohngebiet der mongolischen Minderheit - und Xinjiang - Hauptwohngebiet der uigurischen Minderheit - folgendes Bild: Gemeinsam machen sie etwa ein Drittel der Gesamtfläche Chinas aus, gleichzeitig leben hier aber nur 3,2 Prozent der Bevölkerung (ca. 34 Millionen). Die Regionen von Xinjiang und der Inneren Mongolei waren in den letzten Jahren einem sehr starkem Zuzug von Han-Chinesen aus dem Osten ausgesetzt, weshalb die Einwohnerzahl der Inneren Mongolei von 7 Millionen im Jahr 1953 auf knapp 20 Millionen im Jahr 1987 anstieg, was einem Zuwachs von 163 Prozent in den knapp 30 Jahren gleichkommt. Ein weiteres Resultat dieses starken Han-Zuzugs ist, dass gerade einmal 3 Millionen der Bevölkerung Angehörige einer nationalen Minderheit - primär der Mongolen - sind. In Xinjiang ist ein ähnliches Bild zu beobachten: 1953 lebten in der autonomen Region etwa 5 Millionen Menschen, 1982 waren es schon 13 Millionen, wobei

auch hier der Anstieg primär auf einen Zuzug der Han-Chinesen zurückzuführen ist, die 1982 schon einen Anteil von 40 Prozent der Bevölkerung Xinjiangs stellten (vgl. Hemmer 1995: 61).

In Abbildung 3 werden die erwähnten starken Bevölkerungszunahmen in den einzelnen Provinzen zwischen 1982 und 1990 tabellarisch dargestellt:

Tabelle 7: Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsverteilung nach Provinzen 1982/90

Provinzen	Gesamtbevölkerung (in Millionen)			Bevölkerungsdichte (Mensch/Km ²)	
	1982	1990	Zuwachs %	1982	1990
Beijing	9.23	10.81	17.2	549	644
Tianjin	7.76	8.78	13.2	687	777
Hebei	53.01	61.08	15.2	282	325
Shanxi	25.29	28.75	13.7	162	184
Innere Mongolei	19.27	21.45	11.3	16	18
Liaoning	35.72	39.45	10.5	245	270
Jilin	22.56	24.65	9.3	120	132
Heilongjiang	32.67	35.21	7.8	69	78
Shanghai	11.86	13.34	12.5	1913	2118
Jiangsu	60.52	67.06	10.8	590	654
Zhejiang	38.88	41.45	6.6	382	407
Anhui	49.67	56.18	13.1	356	404
Fujian	25.87	30.05	16.1	213	248
Jiangxi	33.18	37.71	13.6	199	226
Shandong	74.42	84.39	13.4	486	539
Henan	74.42	85.51	14.9	446	512
Hubei	47.80	53.97	12.9	255	290
Hunan	54.01	60.66	12.3	257	286
Guangdong	53.63	62.83	17.2	301	353
Guangxi	36.42	42.24	16.0	158	178
Hainan	6.56	5.67	15.7	167	193
Sichuan	99.71	107.22	7.5	176	188
Guizhou	28.55	32.39	13.4	184	162
Yunnan	32.55	36.97	13.6	83	94
Tibet	1.89	2.20	16.0	1.6	1.8
Shaanxi	28.90	32.88	13.8	141	160
Gansu	19.57	22.37	14.3	43	49
Qinghai	3.90	4.47	14.4	5	6
Ningxia	3.90	4.66	19.5	59	90
Xinjiang	13.08	15.16	15.9	8	9
Total	1008.17	1133.68	12.5	105	118

Abb. 3: Bevölkerungszunahme in den einzelnen chinesischen Provinzen zwischen 1982 und 1990

Man kann etwa erkennen, dass Ningxia - das Autonome Gebiet der Hui Minderheit - mit 19,5 Prozent den stärksten Zuwachs zu verzeichnen hat. Aber auch Tibet und Xinjiang sind mit ca. 16 Prozent, starkem Bevölkerungswachstum ausgesetzt.

6.3. Altersstruktur der chinesischen Bevölkerung im Vergleich

Interessante Ergebnisse bringen auch Vergleiche der Altersstruktur der chinesischen Gesamtbevölkerung mit jener der Minderheiten. In der folgenden Abbildung 4 ist die Altersstruktur der chinesischen Bevölkerung für die Jahre 1953, 1964, 1982 und 1990 abgebildet:

Tabelle 16: Die Altersstruktur der Bevölkerung Chinas 1953/64/82/90 (in %)					
Datum	Die Altersgruppen			Durchschnitts- alter (Mittelwerte) (Jahre)	Medianwerte der Altersverteilung (Jahre)
	0-14jährige	15-64jährige	über 65jährige		
01.07.1953	36.3	59.3	4.4	26.5	22.7
01.07.1964	40.7	55.7	3.6	24.9	20.2
01.07.1982	33.6	61.5	4.9	27.1	22.9
01.07.1990	27.7	66.4	5.9	28.5	23.6

Abb. 4: Altersstruktur der chinesischen Bevölkerung in den Jahren 1953, 1964, 1982, 1990 in Prozent

Es ist dabei eine Verschiebung innerhalb der Altersklassen zu erkennen: Während der Anteil der 0 – 14 Jährigen von 36,3 Prozent im Jahr 1953 um ca. acht Prozent auf 27,7 Prozent im Jahr 1990 absinkt, kommt es zu einer deutlichen Erhöhung in den höheren Altersklassen: bei den 15 – 64 Jährigen ist ein Anstieg von 59.3 Prozent auf 66.4 Prozent zu verzeichnen, und auch die Altersklasse der über 65- jährigen Altersklasse ist am Steigen. Verbunden mit dieser Verschiebung zu Gunsten der höheren Alterskohorten kommt es dementsprechend auch zu einem Anstieg des Durchschnittsalters von 25,9 im Jahr 1964 auf 28,5 im Jahr 1990.

Anders sieht die Situation der Altersstruktur aus, wenn man die Minderheiten einzeln betrachtet, wie aus Abbildung 5 ersichtlich:

Tabelle 18: Die Altersstruktur der 18 nationalen Minderheiten mit über 0.5 Million Menschen im Vergleich mit jener der Han-Chinesen

	0-14jährige (%)	15-64jährige (%)	über 65jährige (%)	Medianwerte der Altersverteilung
Total	33.60	61.49	4.91	22.65
Han-Minderheit	33.20	61.86	4.94	22.90
Minderheiten	39.16	56.38	4.46	19.41
Mongol-	39.36	57.19	3.45	19.09
Hui-	36.79	59.07	4.14	20.24
Tibetisch-	39.84	55.38	4.78	19.72
Uigurische-	40.38	54.39	5.23	19.61
Miao-	42.25	53.51	4.24	18.21
Yi-	42.17	53.93	3.92	18.25
Zhuang-	38.84	56.26	4.90	19.46
Buyi-	39.70	55.27	5.03	19.33
Chaoxian-	28.24	67.64	4.12	24.32
Man-	33.98	61.48	4.54	21.28
Dong-	38.77	56.73	4.50	19.35
Yao-	40.37	55.17	4.46	18.85
Bai-	39.16	56.28	4.56	19.26
Tu-	37.5	57.83	4.67	19.66
Hani-	42.51	53.95	3.54	18.03
Kasachen-	47.52	49.36	3.12	16.04
Dai	36.95	58.57	4.48	19.88
Li-	44.01	52.04	3.95	17.35

Abb. 5: Altersstruktur nationaler Minderheiten

Etliche der offiziell anerkannten Minderheiten weisen eine sehr junge Altersstruktur auf, da sie teilweise sehr hohe Anteile in der Altersklasse 0 – 14 Jahre haben. So sind bei der kasachischen Minderheit 47,52 Prozent der Bevölkerung Angehörige der Alterskohorte 0-14 Jahre. Über 40 Prozent in der Klasse der 0-14 Jährigen weisen außerdem folgende Minderheiten auf: Uiguren, Miao, Yi, Yao, Hani und Li. Auf der anderen Seite haben etliche Minderheiten nur sehr geringe Prozentsätze in der Altersklasse der über 65-Jährigen, wie etwa die Kasachen mit nur 3,1 Prozent oder auch die Mongolen mit 3,45 Prozent. Zurückzuführen ist dieser hohe Anteil auf die Befreiung von der Ein-Kind-Politik, da diese für die meisten Minderheiten nicht gültig ist. Der wiederum niedrige Prozentsatz in den höheren Altersklassen kann auf die meist deutlich schlechteren Lebensbedingungen der Minoritäten (im Vergleich zu den Han-Chinesen) zurückgeführt werden.

7. Das politische System der VR China

Nachdem im Rahmen dieser Arbeit vor allem der Umgang Chinas mit den Minderheiten thematisiert (=Minderheitenpolitik) und ein Vergleich hinsichtlich der zugesprochenen Gesetze und Freiheiten der Minderheiten mit der tatsächlichen Einhaltung dieser Rechte erfolgen soll, muss man sich mit dem politischen System der Volksrepublik China auseinandersetzen, um zu verstehen, wie dieses funktioniert und welches Mitspracherecht der Bevölkerung gewährt wird. Deshalb werden in diesem Kapitel das politische System der VR China sowie die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) im Allgemeinen näher vorgestellt und erläutert. Dabei soll aufgezeigt werden, wie es China bspw. möglich ist, in Bezug auf Minderheiten oder Menschenrechte generell so brutal und teilweise verachtend vorzugehen, wie es auch gegenwärtig noch der Fall ist.

7.1. Die Gründung und die Anfänge der Kommunistische Partei Chinas

China selbst bezeichnet sich nicht als Einparteienstaat, da es neben der KPCh auch acht oppositionelle Parteien gibt. Wie diese zustande gekommen sind und welche Rechte sie haben, wird später näher erörtert. Unbestritten ist jedoch die Tatsache, dass die KPCh die größte und einzige regierende Partei der Volksrepublik ist, und das nun schon seit mehr als fünfzig Jahren.

Ihre Wurzeln fand die Partei in ehemals sehr zerstreuten, kommunistisch eingestellten Gruppen und Arbeiterbewegungen, die sich 1921 zur Kommunistischen Partei Chinas zusammenschlossen. Um ihren Einfluss zu verstärken bzw. die Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten, organisierte und unterstützte die Partei anfangs verschiedene Streiks sowie Arbeiter- und Bauernbewegungen. Ab 1927 etwa kam es zu großen Rückschlägen und Auflösungserscheinungen in den Städten, sodass sich die Partei auf den chinesischen ländlichen Raum zurückzog und sich primär um die Bauern und deren Anliegen bemühte: Sie forderte eine Agrarrevolution und verlangte eine Verteilung des Großgrundbesitzes an Bauern und Landarbeiter. Dies mobilisierte die ländliche Bevölkerung derart stark, dass es 1946 - 1949 zu einem heftigen Bürgerkrieg gegen die damalige Regierung der Nationalen Partei kam, welchen die KPCh - unerwarteterweise relativ rasch - für sich gewinnen konnten. Die KPCh, unter der Führung Mao Tse Tungs,

gelangte 1949 somit an die Macht Chinas (vgl. Staiger 2000: 69 f.).

Die anfänglich weiter vorangetriebene Bodenreform währte allerdings nur kurz (bis 1953), da anschließend mit einer Kollektivierung der Landwirtschaft genauso wie mit der Verstaatlichung der Industrie begonnen wurde. Im Laufe der folgenden Jahre wurden diverse Modernisierungs- und Reformkampagnen durchgezogen, die mit sehr unterschiedlichen, teilweise auch dramatischen Ergebnissen endeten (etwa der „große Sprung nach Vorn“), mehr dazu siehe aber im Kapitel 4.3. „Die Ära des Mao Tse Tung“.

7.2. Staats- bzw. Parteienorganisation der VR China

Nachdem nun bekannt ist, wie sich der Werdegang der KPCh darstellte, soll nun kurz auf die Staats- bzw. Parteienorganisation und Parteiführung eingegangen werden.

An der Spitze der Partei - und somit auch des Staates - steht der Generalsekretär der KPCh, der gleichzeitig auch Staatspräsident der VR China ist. Außerdem ist er der Oberbefehlshaber des chinesischen Militärs (vgl. Heilmann 2002: 39). Der aktuelle Generalsekretär (seit November 2012) heißt Xi Jinping, der seit März 2013 auch den Staatspräsidenten stellt (vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/Xi_Jinping).

Das höchste Organ des Staatsapparates stellt der Nationale Volkskongress dar. Er umfasst 3000 Abgeordnete, die alle fünf Jahre indirekt durch die Volksvertretung der Provinzen gewählt werden. Zwei Drittel der Abgeordneten sind Mitglieder der KPCh. Der Volkskongress tritt aber nur sehr selten zusammen, und zwar einmal im Jahr. Deshalb gibt es eine Art „Ersatzparlament“, den so genannten „Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses“. Diesem gehören nur 150 Abgeordnete an, die zumindest alle zwei Monate mehrtägig tagen, um einen Großteil der Gesetze zu beschließen. Kandidaten für die wichtigsten Regierungsämter werden nicht öffentlich gewählt, sondern selbst von der KPCh bestimmt und müssen anschließend noch vom Nationalen Volkskongress bestätigt werden. Freie, demokratische Wahlen, die vom Volk ausgehen, gibt es also nicht. Alle Mitglieder des Kongresses werden ausschließlich von der KPCh ernannt. Wie anfangs bereits erwähnt, bezeichnet China sein politisches System als Mehrparteiensystem: Neben der KPCh existieren nämlich noch acht weitere „demokratische Parteien“, die von der KPCh gegründet wurden. Diese

„Oppositionsparteien“ unterstehen aber einer sehr strengen Kontrolle der KPCh, entsprechend gering ist deren Einfluss und die Gestaltungsmöglichkeiten (vgl. Staiger 2000: 80 f.).

Interessant ist die Zusammensetzung des nationalen Volkskongresses: Hier achtet die KPCh auf eine dem Land entsprechende repräsentative Zusammensetzung, sodass neben Bauern, Soldaten und Frauen sogar Mitglieder ethnischer Minderheiten ausgewählt werden. Aber auch hier gilt wieder das Prinzip, dass die Mitglieder von der Partei selbst nach entsprechenden Kriterien (d.h. nach Parteiloyalität) ausgewählt werden (vgl. Heilmann 2002: 132).

Die einzelnen Regionen Chinas haben so gut wie keinen Einfluss auf Gesetzgebungen und politischen Gestaltungen im Land. Es herrscht nämlich das Prinzip der „unteilbaren und konzentrierten Zentralgewalt“ vor, weshalb es im chinesischen Regierungssystem kein politisches Organ gibt, durch das Interessen und Wünsche der einzelnen Regionen berücksichtigt werden (vgl. Heilmann 2002: 98). Gibt es aber dennoch regionale Politiker, die sich Gesetzen und Anordnungen der kommunistischen Führung aus Beijing widersetzen und versuchen einen eigenen Weg einzuschlagen, werden sie in der Regel sofort abgesetzt oder versetzt und von parteiloyalen Führungskräften abgelöst. Außerdem besitzt die Regierung in Beijing jederzeit das Recht, Beschlüsse, Entscheidungen, usw. regionaler Parlamente, die als nicht angemessen erscheinen, sofort zu ändern oder zu widerrufen. So ist es nämlich im Artikel 89 der chinesischen Verfassung niedergeschrieben (vgl. Heilmann 2002: 102 ff.).

7.3. Die (un)begrenzte Macht der Kommunistischen Partei Chinas

Doch wie ist es möglich, dass eine Partei, die über nie dagewesene Wahlen an die Macht kam, blutige Bürgerkriege und Massenproteste durchstehen musste, und teils katastrophale Reformen vollzog, nun schon seit 63 Jahren die VR China regiert?

Das politische System der VR China - bzw. eigentlich der KPCh - orientierte sich zu ihrer Gründungszeit sehr stark am Modell des sowjetischen Nachbarn, wobei folgende Merkmale des Sowjetsystem übernommen wurden die meist auch heute noch ihre Gültigkeit haben:

- 1) Alle wichtigen Positionen in Regierung, Verwaltung und gesellschaftlichen Organisationen (Vereine und Verbände) werden direkt von der Partei oder nach deren Zustimmung besetzt.
- 2) Für die Wahlen kandidieren ausschließlich Mitglieder der KPCh oder aber Nicht-Kommunistischen, die von der KPCh akzeptiert werden.
- 3) Grundlegende politische Entscheidungen werden von der Parteiführung getroffen. Von der Volksvertretung werden sie im Allgemeinen ohne Debatte abgesegnet.

(vgl. Hartmann 2006: 71)

Nicht zu vergessen ist das gut organisierte Kadersystem der VR. Als Kader werden alle von der KPCh ernannten Führungskräfte in den Bereichen Partei, Regierung, Verwaltung, Justiz, staatlichen Unternehmen, Dienstleistungsorganisationen, Verbände und Militär bezeichnet (vgl. Heilmann 2002: 110). Hierbei wird ersichtlich, dass die KPCh nahezu in allen Bereichen des täglichen Lebens parteiloyale Personen bestellt hat, die widerspruchsfrei nach den Interessen der Partei agieren. Wer von der Partei für offene Stellen als geeignet erscheint, wird durch vorher durchgeführte und sehr strenge Kontrollen festgelegt. Wird eine Person als nicht mehr vertrauenswürdig angesehen, wird sie durch Disziplinarverfahren sofort abgesetzt (vgl. Heilmann 2002: 112).

Weitere Ursachen, die zu derart großen Machtbefugnissen führen konnten sind, die im ganzen Staats- und Politiksystem fehlenden unabhängigen Kontrollorgane, wodurch es der KPCh möglich ist, nahezu willkürlich und grenzenlos zu agieren und regieren. Es fehlt an Institutionen, die zur Machtbegrenzung beitragen, es gibt keinerlei regionale Gebietskörperschaften oder überregionale Stände oder Verbände, die eine Begrenzung der Macht der KPCh hätten erreichen können.

Weiters besteht in China keine Tradition bezüglich der Trennung von Macht und Recht. Recht hat in China nie die Funktion gehabt, individuelle Freiheiten gegenüber der Partei zu schützen, was ein großes Problem darstellt (vgl. Heilmann 2002: 20).

Interessant ist auch die Diskrepanz zwischen Verfassung der VR China und der Wirklichkeit. So steht etwa in der aktuellen Verfassung aus dem Jahr 1982, dass die Verfassung ein Grundgesetz des Staates ist und gleichzeitig höchste Priorität besitzt, wobei auch keine Organisationen die Verfassung und ihre Gesetze missachten oder gar übertreten dürfen. In genau dieser Verfassung ist aber auch festgelegt, dass die KPCh

eine Führungsrolle in den Bereichen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft besitzt, womit die Partei über der Verfassung und über dem Volk steht (vgl. Heilmann 2002: 73).

Zusammenfassend sieht Heilmann folgende fünf Punkte als mögliche Begründung, warum sich die KPCh nach so langer Zeit noch immer relativ stabil an der Macht behaupten kann:

- 1) Die KPCh hat seit der Gründung der VR im Jahr 1949 eine deutliche Steigerung der Lebensqualität in vielen Regionen des Landes ermöglicht, was die Bevölkerung stark honoriert.
- 2) Innerhalb der KPCh gibt es zwischen Parteiführung und Parteimitgliedern eine große Loyalität und starkes Zusammenhalten.
- 3) Die Stabilitätssicherung der Macht der KPCh wird mit allen Mitteln, teilweise auch gewaltsam oder mit der Absetzung nicht mehr parteiloyaler Mitglieder, verteidigt, sodass eine Gegenbewegung kaum bzw. sehr schwer möglich ist.
- 4) Innerhalb der Partei, aber auch unter der Bevölkerung selbst, herrscht zum Großteil Angst vor einem Ordnungszusammenbruch und den daraus resultierenden Folgen.
- 5) Die chinesische Bevölkerung ist stark patriotisch und nationalistisch eingestellt, was sich die KPCh zum Nutzen macht, und sich selbst als „Hüterin der nationalen Würde“ gegenüber ausländischen Mächten präsentiert, was ihr von der Bevölkerung wiederum positiv angerechnet wird

(vgl. Heilmann 2002: 275)

7.4. Überwachung der Bevölkerung

Nicht zu unterschätzen ist auch die Wirkungskraft des chinesischen Kontroll- und Überwachungssystems. Der Parteiapparat der KPCh hat relativ rasch nach der Machtübernahme 1949 eine starke Kontrolle der Bevölkerung gestartet, um unangenehmen Protesten bzw. Gegenstimmen, gegebenenfalls auch mit Gewalt, entgegenwirken zu können. Der Machtanspruch durch die KPCh sollte somit abgesichert werden.

Um die Funktion dieses Kontrollsystem bzw. dieser Sicherheitsapparat zu gewährleisten, bedient sich die KPCh folgender zwei Varianten:

- 1) Sehr wichtig sind die bereits erwähnten „Kader“, von der Partei eingesetzte besonders parteiloyale Personen, die wichtigen Positionen auf allen Ebenen der Staatsverwaltung (in nahezu allen Dörfern, Fabriken usw.) besetzen und kontrollieren (vgl. Staiger 2000: 87 f.).
- 2) Weiters von großer Bedeutung, vor allem zur Kontrolle der Stabilität und Ruhe in China, sind die Armee und die bewaffnete Volkspolizei, die immer dann eingesetzt werden, wenn es zu Störungen der inneren Ruhe kommt, wobei das Vorgehen, vor allem der bewaffneten Volkspolizei, sehr streng und rigoros gehandhabt wird (vgl. Hartmann 2006: 108 f.).

In der Anfangszeit der VR China von 1949 bis 1978 wurde die Kontrollpolitik sehr restriktiv betrieben. Mitglieder der Bevölkerung, die Kritik an der Politik übten und somit nicht in das „Sittenbild“ der KPCh passten, mussten mit sozialer Ausgrenzung, Deportierungen in Straflager und im schlimmsten Falle sogar mit dem Tod rechnen. Es wird angenommen, dass China zu dieser Zeit mehrere Millionen Menschen aufgrund politischer Verfolgung hinrichten und ermorden ließ (vgl. Staiger 2000: 88).

Auch heute noch gibt es - zumindest in abgeschwächter Form - ein Fortbestehen bestimmter Kontrollsysteme, wie etwa das „Hukou-System“, und die „Danwei-Organisation“:

Hukou-System: Die Ursprünge dieses Systems liegen in der Zeit der Gründung der VR 1949. Zu dieser Zeit setzte gerade eine große Migrationsbewegungen von ländlichen Gebieten in die Städte ein. Dies führte zu einer raschen Überbevölkerung der Städte mit entsprechenden Problemen bezüglich Versorgung und hygienischer Standards. Die chinesische Regierung reagierte darauf mit der Einführung des Hukou-Systems, mit Hilfe dessen der Zuzug der Landbevölkerung in die Städte unterbunden werden sollte. Ein Zuzug war kaum mehr möglich, weshalb die Landbevölkerung von etlichen Vorteilen und Leistungen, die nur der urbanen Bevölkerung gewährt wurden, ausgeschlossen war (vgl. Hartmann 2006: 137 f.).

Nachdem es im Laufe der Jahre privaten Unternehmen gestattet wurde, sich in China niederzulassen, begann ein Verfall der staatlichen Betriebe, da die Privaten attraktivere Angebote hatten (vor allem bessere Bezahlung). So kam es dann zu einer großen Nachfrage an Arbeitskräften, die nicht mehr durch die urbane Bevölkerung gedeckt werden konnte, weshalb die Privatunternehmer begannen, Arbeitssuchende aus ländlichen Regionen illegal einzustellen. Dabei bestand aber das Problem, dass die ländliche Bevölkerung noch immer illegal in den Städten war und dementsprechend noch immer keine Rechtsansprüche besaß. So durften deren Kinder keine öffentlichen Schulen besuchen. 1997 entschloss sich die KPCh deshalb zu einer weiten Aufhebung des Hukou-Systems und legalisierte die Anwesenheit der Wanderarbeiter in einem Großteil der Städte. Nur in Beijing und Shanghai ist es Landarbeitern noch immer nicht gestattet, auf Arbeitssuche zu gehen (vgl. Hartmann 2006: 140 ff.).

Danwei-Organisation: Die Danwei-Organisation war in nahezu allen Bereichen des chinesischen Alltags integriert: in Unternehmen, Schulen, Behörden, usw. . Dabei wurde jeder Chinese und jede Chinesin an seiner bzw. ihrer Arbeitsstelle, Ausbildungsplatz und Wohnstätte kontrolliert. Auch heute noch existiert dieses System, und übernimmt dabei Aufgaben wie z.B. Zuweisung von Wohnungen, Streitschlichtungen, usw. und ermöglicht auch heute noch eine sehr starke soziale Kontrolle der Bevölkerung. Durch den Anstieg der privaten Unternehmen in den letzten Jahren hat aber auch die Danwei-Organisation stark an Bedeutung verloren. Die heutige Überwachungsfunktion wird vornehmlich durch die zwanghafte und strikte Wohnsitzkontrolle gewährleistet (vgl. Heilmann 2006: 190 f.).

Der in den letzten Jahren immer größere Verlust sozialer und politischer Kontrolle bereitet der KPCh große Sorgen und Angst. Die Stabilität und Macht ihrer Partei - und somit der Führung der VR - könnten eventuell nicht mehr aufrechterhalten werden. Heute ist es nicht mehr die urbane Bevölkerung, die die Partei beunruhigt, sondern die in Armut lebende Bevölkerung am Land. Hier besteht in der Tat ein gewisses Protestpotential, da Bauern, Arbeiter und natürlich die Minderheiten dieser Regionen zu den Reformverlierern gehören. Da die KPCh jederzeit in „Alarmbereitschaft“ ist, wird jegliche Form von Unruhe mit der Rechtfertigung der Unterdrückung aller Arten politischer Gegenbewegungen, die die Sicherheit und Stabilität des Staates bedrohen könnten, niedergeschlagen (vgl. Heilmann 2006: 236 f.).

8. Minderheiten- und Nationalitätenpolitik in China

Dieses Kapitel widmet sich dem Kernthemenbereich der chinesischen Minderheiten- und Nationalitätenpolitik. Zuerst wird ein historischer Überblick über den geschichtlichen Werdegang der chinesischen Minderheitenpolitik gegeben, der den Bogen und Wandel der Politik von der Zeit vor Gründung der Volksrepublik bis zur Gegenwart betrachtet. Anschließend erfolgt eine Gegenüberstellung der offiziellen Minderheitenpolitik laut KPCh und der Minderheitenpolitik in der Realität, wobei ein Vergleich zwischen den gewonnenen Ergebnissen aus vorhergehenden Kapiteln und Berichten der KPCh zum Thema „Minderheitenpolitik in China“ gezogen wird, um die reale Sachlage der chinesischen Minderheitenpolitik abbilden zu können.

Gleich zu Beginn kann aber gesagt werden, dass es nach Auffassung der KPCh nur zwei mögliche Prinzipien gibt, wie man das Problem der Minderheiten in China lösen kann: Entweder durch den brutalen Weg der Unterdrückung bzw. Assimilation bis hin zur Ausrottung, oder aber über einen friedlichen Weg, wobei versucht wird, eine Gleichberechtigung aller Völker und Nationalitäten zu erreichen, vor allem vermittelbar durch Gewährung von Gebietsautonomie sowie der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Minderheitengebiete (vgl. Heberer 1984: 34). Dass die Volksrepublik China in verschiedenen Zeiten beide Wege versucht hat, soll in diesem Kapitel mit Hilfe des historischen Werdegangs der chinesischen Minderheitenpolitik abgebildet werden.

8.1. Minderheitenpolitik vor der Gründung der VR China

Wie schon im Kapitel zur Geschichte Chinas ausgeführt, sind die Herabwürdigung und Abneigung gegenüber dem Fremden ein schon lange existierender Bestandteil in der Kultur und Geschichte der Volksrepublik (Groß-Han-Chauvinismus). Im Laufe der Zeit des chinesischen Reiches waren es die Han, die die meiste Zeit an der Macht waren, für kurze Perioden wurde aber auch die Mehrheitsbevölkerung der Han von Minderheitenvölkern regiert (während der Liao, Jin, Yuan und Qing Dynastien). Während der Han-Herrschaften ereigneten sich immer wieder kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Han-Bevölkerung und Angehöriger anderer Nationalitäten, die von den Han mit brutaler Gewalt niedergeschlagen wurden, vergleichbar mit „Blutbädern“ (vgl. Heberer 1982: 4).

Bis zur Gründung der Republik China bestand auf Seiten der Han stets das Verlangen nach einer kompletten und bedingungslosen Unterwerfung der „Barbaren-Völker“, wenn notwendig sollte dies auch mit Gewalt erreicht werden. Dabei verfolgte man das konfuzianische Prinzip (der Konfuzianismus war über lange Zeit die staatstragende Ideologie des chinesischen Volkes), das Folgendes beinhaltete:

- 1) „Ob eine Nationalität legitimiert ist oder nicht, danach entscheidet sich, ob sie hochstehend oder gemein ist“.
- 2) „Ob eine Nationalität gehorcht oder nicht, danach entscheidet sich, ob sie gut oder schlecht ist“.
- 3) „Ob eine Nationalität sich unterwirft oder Widerstand leistet, danach entscheidet sich, ob sie geschätzt oder bestraft wird“.

(vgl. Heberer 1984: 37)

Diese Forderungen und Prinzipien zeigen, wie stark die Abneigung der Han gegenüber jeglichem Fremden gewesen sein muss bzw. verdeutlichen, warum bis heute große Teile der Bevölkerung anderen Völkern und Nationalitäten misstrauisch und ablehnend gegenüberstehen.

Nach der Gründung der Republik China im Jahr 1911 sah Sun Yatsen, der damalige Herrscher über China und Gründer der Kuomintang-Partei, das Land nicht als Vielvölkerstaat und bestritt die Existenz der meisten anderen Nationalitäten. Neben den Han wurden die Mongolen, die Mandschus, die Tibeter sowie die Tatarten als offizielle Nationalitäten anerkannt.

Auch Yatsens Nachfolger Tschiang Kaishek vertrat eine ähnliche Linie der Nationalitätenpolitik. Zwischen den fünf anerkannten Nationalitäten erkannte er nur regionale und religiöse Abweichungen, Unterschiede in Rasse und Blut würden aber nicht bestehen. Die von ihm verfolgte Nationalitätenpolitik sah wie folgt aus:

Unabhängigkeitsbewegungen der (nicht existierenden) Minderheiten mussten sofort unterdrückt werden. Da die Minderheiten „offiziell“ nicht existierten, war es ihnen auch verboten, ihre Sprachen und Schriften zu gebrauchen oder ihre Nationaltracht zu tragen. Das Resultat dieser Politik war, dass sich die meisten Minoritäten in schwer zugängliche Regionen zurückzogen, um dem Einfluss der Kuomintang zu entkommen (vgl. Heberer 1982: 6 f.).

8.2. Minderheitenpolitik unter Mao Tse Tung (1949 – 1976)

Mit der Machtübernahme durch die KPCh 1949 unter Mao Tse Tung schien es einen Wandel in der Minderheiten- und Nationalitätenpolitik Chinas zu geben: Sprachen, Schriften, Sitten und Gebräuche der Minderheitenvölker waren wieder zugelassen. Zwischen 1950 und 1957 wurden fast zwei Milliarden Yuan in die Gebiete der Minderheiten investiert, wobei vor allem die kulturelle Entwicklung und das Gesundheitswesen gefördert werden sollten (vgl. Heberer 1982: 9 f.).

In der Verfassung von 1954 wurde Folgendes festgehalten: Alle Nationalitäten sind gleich, den Minderheiten steht es somit auch frei, ihre eigenen Sprachen und Schriften zu verwenden, genauso ihre eigenen Gebräuche und Sitten. Gleichzeitig wurde ein Diskriminierungsverbot niedergeschrieben. Des Weiteren wurden autonome Gebiete erlassen, doch schon damals wurde festgelegt, dass alle dieser Gebiete einen unabtrennbaren Bestandteil der Volksrepublik China darstellen (vgl. Grobe-Hagel 1991: 14).

Den Minderheiten wurden somit etliche Rechte und Zugeständnisse in der Verfassung zugesprochen, doch die Hoffnung auf wirkliche Besserung war bald wieder verschwunden. Dies zeigt sich bspw. an der damaligen Definition eines autonomen Gebiets: Den Minderheiten soll es erlaubt sein, Entscheidungen und Regeln für ihr bewohntes Gebiet festzulegen. Diese müssen aber wiederum dem Nationalen Volkskongress (NVK) vorgelegt und von diesem bestätigt werden. Außerdem bedeutet Autonomie nicht das Recht auf Abtrennung von der VR sondern, dass Gesetze beschlossen werden können und die Sprachen und Schriften der Minoritäten benutzt werden dürfen (vgl. Heberer 1982: 14).

Die anfänglich positive Einstellung gegenüber den Minderheiten mit deren Förderungen und Zugeständnissen, änderte sich unter den Reformphasen der Ära Mao schlagartig: Anfangs unter dem „großen Sprung nach Vorn“ (1958 – 1961), gefolgt von einer kurzen „Ruhephase“ der Assimilierungspolitik zwischen 1962 und 1965 mit Gleichberechtigungs- und Autonomietendenzen, ehe unter der „Kulturrevolution“ (1966 – 1976) eine erneute, vor allem extreme Unterdrückung und Diskriminierung der Minoritäten stattfand. Während des großen Sprungs nach Vorn sprachen chinesische Politiker nicht mehr von den

Unterschieden zwischen den Minderheiten, sondern von einem „Verschmelzen“ zwischen den Nationalitäten, denn es galt die Ansicht: „Je geringer die Unterschiede zwischen den Nationalitäten, desto schneller die Entwicklung.“ All die vor der Reformphase erlassenen Förderungen und Gesetze wurden wieder gestrichen. Es gab keine autonomen Regionen mehr, Sprachen, Schriften, Sitten usw. der Minderheiten waren ab sofort wieder verboten. Die Folgen dessen waren Unruhen und Aufstände, die von Seiten der Regierung wahllos niedergeschlagen wurden und vielen Todesopfer forderten (vgl. Heberer 1982: 26 f.).

Des Weiteren wurde jede finanzielle Unterstützung zur Förderung nationaler Besonderheiten, wie etwa Förderung von Sprachen, eingestellt. Dementsprechend wurden die Minderheiten nun gezwungen, Chinesisch zu lernen. Auch in den Schulen sollte ausschließlich Chinesisch als Unterrichtssprache dienen. Sitten und Bräuche der Minderheiten waren ebenso nicht mehr erlaubt (vgl. Lee 1993: 58 f.).

Eine weitere Maßnahme, die während der Reformphase des großen Sprungs nach Vorn gestartet wurde, und die ihre Auswirkungen bis heute behalten hat, war die „neue Bevölkerungspolitik der KPCh“. Dabei kam es zu Massenumsiedlungen von Han-Chinesen in die Minderheitengebiete, die unter dem Leitsatz „Hilf den Grenzregionen“ durchgeführt wurden. Han-Chinesen wurden mit diversen Erleichterungen und Förderungen gelockt: Steuererleichterungen, bessere Lebensbedingungen, höhere Einkommen und bessere Wohnmöglichkeiten wurden versprochen, die Kosten für den Umzug in Minderheitenregionen übernommen. Diese politischen Maßnahmen der KPCh verfolgten dabei ein bestimmtes Ziel: Von Seiten der Regierung hieß es, dass dadurch vor allem die wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Regionen vorangetrieben werden sollte. Durch den starken Zuzug von Han-Chinesen wurde aber eine Selbstverwaltung in den Minderheitengebieten praktisch unmöglich, da nach dem chinesischen Wahlgesetz die Zahl der politischen Vertreter entsprechend der Bevölkerungszahl der einzelnen Nationalitäten aufgeteilt wird, womit sich die KPCh einen starken Einfluss in den Gebieten der Minderheiten sichern konnte (vgl. Lee 1993: 62 f.).

Noch schlimmer waren die negativen Auswirkungen während der Kulturrevolution: Es wurde eine Politik der „Anti-Vier-Alten“ betrieben, wobei andere Denkmäler, Kulturen, Sitten und Gebräuche, und somit die traditionelle Lebensweise der Minderheiten, mit Hilfe gezielter Zerstörungsaktionen ausgelöscht werden sollten. Der Anteil an Angehörigen der

Minderheiten in politischen Ämtern sank rapide, sie wurden nahezu alle durch Han-Chinesen ersetzt (vgl. Lee 1993: 64).

Alle Minderheiten wurden als rückständig angesehen bzw. als unterentwickelt verachtet und sollten mit Hilfe des Regierungsprogramms der KPCh weiterentwickelt werden. Ihre Rechte wurden dabei stark beschnitten und ignoriert: Moscheen, Tempeln und Kirchen wurden geschlossen, oft auch zerstört. Kulturgüter wie Schriften und Bücher wurden ebenfalls vernichtet. Religionsausübung wurde verboten, ebenso das Singen von traditionellen Liedern, da diese als „anstößig“ empfunden wurden (vgl.

<http://www.bpb.de/apuz/32501/zwischen-kultureller-anpassung-und-autonomie-nationale-minderheiten-in-china?p=all>).

Auch der Gedanke, China sei kein Vielvölkerstaat, lebte wieder auf. Deshalb wurden - wie schon unter dem großen Sprung nach Vorn - Sprachen und Schriften der Minderheiten verboten, die einzige erlaubte Schulsprache war Chinesisch (vgl. Lee 1993: 65).

Des Weiteren galten folgende Verbote bzw. Verordnungen:

- Die Autonomieforderungen wurden mit einer „Spaltung der Nation“ gleichgesetzt und somit verboten.
- Da es zur Leugnung des Vielvölkerstaats Chinas kam, war eine eigene Nationalitätenpolitik überflüssig geworden.
- Sprachen, Schriften, Bräuche und Sitten aller Minderheiten galten als rückständig und waren deshalb nicht gestattet: Nationale Feste wurden verboten, Angehörige des Islams wurden gezwungen, Schweine zu züchten, etc. .
- Schulen und Hochschulen für Minderheiten wurden geschlossen.
- Das „traditionelle“ Gesundheitswesen der Minderheiten wurde ebenfalls als rückständig definiert und unterdrückt, weshalb es zu einem großen Ärztemangel in den Minoritätengebieten kam.

(vgl. Heberer 1982: 31 f.)

Schlimme Auswirkungen hatte die Kulturrevolution auch auf den Erziehungs- und Bildungsbereich in den Regionen der Minderheiten. Da die finanziellen Mittel zur

Unterstützung des Bildungswesen gesenkt wurden, fehlte es an Schulen bzw. waren die vorhandenen Schulen in sehr schlechten Zuständen. Zum Beispiel hatten neunzig Prozent aller Schulen in den ländlichen Gebieten keine Fenster. Viele wurden als Getreidespeicher oder Wohnräume verwendet. Diese Umstände führten dazu, dass weniger Kinder die Schulen besuchten als vor der Gründung der VR China. Dementsprechend hoch war die Analphabetenquote, die bei den Jugendlichen in der Zeit der Reformphasen bei 45 Prozent lag. In manchen Regionen, wie etwa im Bezirk Chuxiong, einem Wohngebiet der Yi-Minderheit, lag die Analphabeten- bzw. Halbanalphabetenquote unter Jugendlichen sogar bei 81 Prozent (vgl. Heberer 1984: 131 f.).

Auch im Bereich der Landwirtschaft kam es zu negativen Folgen: alte, traditionelle Bewirtschaftungsformen mussten aufgegeben werden, natürliche Ressourcen wurden ausgebeutet, etc. . Dies alles führte zu einem Verfall des ökologischen Gleichgewichts, was wiederum hohe Armut und schlechtere Lebensbedingungen mit sich brachte. Viele Menschen wurden zu Unrecht verurteilt bzw. fanden während der Kulturrevolution ihren Tod (vgl. Lee 1993: 65).

8.3. Minderheitenpolitik nach der Ära Mao bis heute

In den nachfolgenden Kapiteln soll ein grober Überblick über die Entwicklung der chinesischen Minderheitenpolitik vom Zeitraum nach der Ära des Mao Tse Tung bis zur heutigen, aktuellen Lage gegeben werden, um festzustellen, ob es zu Verbesserungen und/oder Verschlechterungen in der Minderheitenfrage gekommen ist.

8.3.1. Verbesserungen der rechtlichen Grundlagen für die Minderheiten nach 1980

Nach Maos Tod setzte eine deutliche Besserung und Entspannung im Bereich der chinesischen Minderheitenpolitik ein, was den Minoritäten die Rückkehr zu einem Leben in annähernder Normalität ermöglichte. Es wurden etliche Erleichterungen für die Minderheiten festgesetzt sowie Maßnahmen zur Verbesserung der nach der Kulturrevolution teilweise desaströse Zustand in den Minderheitengebieten unternommen. Bis heute hat sich die Lage der Minderheiten - zumindest im Vergleich zur Zeit der Kulturrevolution - zwar deutlich gebessert, optimal ist sie aber dennoch nicht.

Man sprach nun von einer neuen Nationalitätenpolitik, einer so genannten „Versöhnungspolitik“, womit eine „harmonische Zusammenarbeit“ zwischen Han und „Nicht-Han-Chinesen“ ermöglicht werden sollte, mit dem primären Ziel, eine „vollständige Einigung Chinas“ herbeizuführen (vgl. Lee 1993: 48).

Damit sich die Lebensbedingungen in den Minderheitengebieten rasch bessern konnten, investierte die nationale Regierung viel Geld. So wurde der Gesundheitsbereich stark gefördert: Nach der Kulturrevolution war die gesundheitliche Lage in etlichen Minderheitengebieten sehr schlecht, was sich insofern äußerte, als schon erfolgreich bekämpfte Krankheiten plötzlich wieder vermehrt auftauchten. Um dem - und vor allem epidemischen Krankheiten -entgegenwirken zu können, stellte die nationale Regierung sieben Millionen Yuan zur Bekämpfung dieser Krankheiten zur Verfügung (vgl. Heberer 1984: 141).

Während einer Tagung des NVK im September 1980 brachten die Minderheiten bzw. deren Vertreter der in Form von Abgeordneten aus den Minderheitengebieten folgende neun Forderungen zur Verbesserung ihrer Situation ein, die von der KPCh aber zumeist mit ausweichenden Antworten abgetan wurden:

- 1) Die Organe der autonomen Gebiete müssen hauptsächlich aus Vertretern der Nationalitäten bestehen.
- 2) Die Minoritäten dürfen nicht gezwungen werden, die Han-Sprache und Han-Schrift erlernen zu müssen.
- 3) Alle Sitten, Bräuche und die generelle Lebensweise der Minderheiten müssen respektiert werden.
- 4) Laut Verfassung muss jede autonome Region auch tatsächlich das Recht haben, eigene Gesetze zu erlassen.
- 5) Bodenschätze, Wälder, Naturressourcen, usw. sowie deren Ausbeutung und Erschließung müssen den Minderheiten selbst überlassen werden.
- 6) Wissenschaft, Kultur, Erziehungs- und Gesundheitswesen sollen vom Staat zusätzliche Unterstützungen erhalten.
- 7) Bei Arbeitsplatz- und Studienplatzvergaben sollen die Minderheiten proportional berücksichtigt werden. Außerdem müssen mehr Facharbeiter und Akademiker unter den Minoritätenangehörigen ausgebildet werden.

- 8) Han-Kader und Minoritätenkader sollen eng zusammen arbeiten, um voneinander zu lernen und um den Sozialismus gemeinsam aufbauen zu können.
- 9) Gesetze hinsichtlich der Gebietsautonomie, der Gleichstellung aller nationalen Minderheiten, die verstreut in verschiedenen Gebieten leben, sowie Gesetze der Teilnahme von Minderheiten an der Leitung und Verwaltung des Staates, müssen rechtlich abgesichert werden.

(vgl. Heberer 1984: 144 f.)

1982 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, in welcher den Nationalitäten wieder mehr Betrachtung geschenkt wurde und auch einige ihrer Forderungen berücksichtigt werden sollten. Seitdem heißt es: „Alle Nationalitäten ... sind gleichberechtigt. Der Staat schützt die legitimen Rechte und Interessen der nationalen Minderheiten und erhält und entwickelt die Beziehungen der Gleichberechtigung, der Einheit und des gegenseitigen Beistandes unter allen Nationalitäten Chinas. Die Diskriminierung und Unterdrückung jeglicher Nationalitäten ist verboten, desgleichen jede Handlung, die die Einheit der Nationalitäten untergräbt oder ihre Spaltung betreibt.“ Wann die Regierung eine Bedrohung der Einheit der Nationalität erkennen vermag, entscheidet diese selbst. Dies äußert sich vor allem im harten Vorgehen gegenüber den Unabhängigkeitsbewegungen in Tibet und Xinjiang, die teilweise mit roher Gewalt niedergeschlagen werden, da die Regierung darin die Bedrohung des Staates sieht (vgl. Ludwig 2009: 39).

Des Weiteren wurden den Minderheiten wieder autonome Regionen zugesprochen, in denen sie selbst Entscheidungen fällen und Gesetze beschließen können sollten. Bis heute existieren fünf Autonome Gebiete:

- 1) Die Innere Mongolei, die schon 1947 zur Autonomen Region ausgerufen wurde. In der Inneren Mongolei leben zwar mehr Mongolen als in der Mongolischen Volksrepublik, da sie aber in der Inneren Mongolei gegenüber den Han in der Minderheit sind, wurde ihnen diese Region als autonom zugesprochen.
- 2) Xinjiang, dass offiziell als autonome Region der Uiguren gilt, aber multinational besiedelt ist (von verschiedenen Turkvölkern).
- 3) Tibet, das den Tibetern zugeschrieben wurde.
- 4) Guangxi, Wohngebiet der größten ethnischen Minderheit, nämlich den Zhuahng. In Guangxi leben aber noch etliche weitere chinesische Minderheiten.

- 5) Ningxia. Hier leben die Huis, eine moslemische Minderheit. Diese Minderheit lebt aber weit über China verstreut.

(vgl. Grobe-Hagel 1991: 24)

Abbildung 6 zeigt die Lage der fünf autonomen Regionen in China:



Abb. 6: Die autonomen Regionen in China

Es lässt sich Folgendes herauslesen: Die autonomen Regionen nehmen einen großen Teil der chinesischen Staatsfläche ein. Dabei befinden sie sich - mit der Ausnahme von Ningxia - an der chinesischen Staatsgrenze. Xinjiang liegt im Nordwesten Chinas und grenzt an Indien, Pakistan, Afghanistan, Tadschikistan, Kirgistan, Kasachstan, Russland und die Mongolei (auch bekannt als Äußere Mongolei). Die Autonome Region Tibet - im Westen des Landes gelegen - schließt an Indien, Nepal, Burma und den Butan an. Die Innere Mongolei befindet sich in Nordchina und liegt dabei neben der Mongolei und Russland. Guangxi liegt im Süden Chinas und berührt die Grenze des Vietnams. Nur Ningxia stellt keine chinesische Grenzregion dar, sie liegt südlich von der Inneren

Mongolei.

Nach Can teilte sich die Bevölkerung, nach der Volkszählung 2000 in den fünf autonomen Gebieten folgendermaßen auf Minderheiten und Han auf:

	Han-Chinesen	Angehörige von Minderheiten
Innere Mongolei	23,76 Millionen	4,93 Millionen
Xinjiang	7,82 Millionen	11,43 Millionen
Guangxi	27,68 Millionen	17,21 Millionen
Ningxia	3,7 Millionen	1,92 Millionen
Tibet	210 000	2,41 Millionen

Tab. 1: Anteil der Han-Chinesen und Angehörigen von Minderheitengebieten in den autonomen Regionen im Jahr 2000

Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Minderheiten nur noch in Xinjiang und Tibet die Mehrheit stellen. In Tibet sind noch 92 Prozent der Einwohner Angehörige einer Minderheit (wobei hier beachtet werden muss, dass darunter die autonome Region Tibet, und nicht der Großraum Tibet gemeint ist). Es ist aber fraglich, wie lange dies noch so bleiben wird, da vor allem Xinjiang und Tibet, nicht zuletzt durch den Anschluss an die Eisenbahn, sehr attraktive Einwanderungsregionen für Han-Chinesen wurden und dementsprechend ein starker Anstieg der Han-Bevölkerung zu beobachten ist, was im nächsten Kapitel noch näher erläutert wird.

Neben diesen fünf großen autonomen Gebieten, gibt es noch 30 autonome Bezirke, 120 autonome Kreise und circa 1.300 autonome Gemeinden, die zumeist für kleinere Minderheitenvölker geschaffen wurden, wodurch 45 der 55 Minderheiten autonome Verwaltungsgebiete besitzen. Summa summarum nehmen alle autonomen Gebiete, bis hinunter zu den Gemeinden, 64 Prozent der Gesamtfläche der Volksrepublik China ein (vgl. Can 2004: 33).

1984 wurde in einem weiteren Schritt ein eigenes Autonomiegesetz erlassen, in welchem weitreichende Freiheit versprochen wurde, so u.a. in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung, Bildung, Sonderregelungen beim Hochschulzugang oder bei der Geburtenplanung usw. . Eine echte Autonomie konnte damit aber trotzdem nicht erreicht werden, da die KPCh weiterhin allen Verwaltungsorganen, somit auch jenen der

Minderheitengebiete, übergeordnet ist, womit die Minderheiten in vielen Bereichen (etwa bei Zuwanderungsregeln oder Ausbeutung von Rohstoffen) kein Mitspracherecht haben (vgl. <http://www.bpb.de/apuz/32501/zwischen-kultureller-anpassung-und-autonomie-nationale-minderheiten-in-china?p=all>).

2001 wurde das Autonomiegesetz revidiert, wobei höhere und raschere Investitionen versprochen wurden, welche die durch den wirtschaftlichen und sozialen Wandel aufgetretenen Probleme lösen sollen (vgl. Can 2004: 30).

Seit den achtziger Jahren sieht die KPCh folgende vier Punkte als Grundlage ihrer Nationalitätenpolitik:

- Gleichwertigkeit der ethnischen Gruppen
- Regionale Autonomie
- Unterstützende Maßnahmen zur Eigenständigkeit in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Bildung
- Verbot von Rassendiskriminierung

(vgl. DIIR 2009: 1)

8.3.2. Positive und negative Auswirkungen der heutigen Minderheitenpolitik

Die Neuausrichtung der Minderheitenpolitik nach der Ära Mao hat zwar einige Verbesserungen gebracht, auf der anderen Seite sind aber bis heute zahlreiche Mängel und fehlende Rechte für Minderheiten vorhanden. Beispielfhaft sollen die Auswirkungen - sowohl in positive als auch negative Richtung - in diesem Kapitel etwas genauer behandelt werden.

Ein Vorteil, den die Minderheitenvölker erfahren, ist, dass die 1979 eingeführte Ein-Kind-Politik bis heute für keine einzige Minderheit in vollem Ausmaß gilt, was, wie bereits im Kapitel 6.1. zur Bevölkerungsentwicklung beschrieben wurde, zu einem Anstieg der Minderheitenbevölkerung in China führte (von sechs Prozent 1978 auf 8,41 Prozent im Jahr 2000) (vgl. Ludwig 2009: 42). Mehr dazu siehe im Kapitel 6.1. „Bevölkerungspolitische Maßnahmen als Reaktion auf die Bevölkerungsproblematik und Bevölkerungsentwicklung in China“.

Außerdem versucht die KPCh vor allem im Bereich der Kultur den Minderheiten mehr Rechte zu gewähren. So wurde in Peking der „Chinese Ethno Cultural Park“, ein Nationalitäten-Park, eröffnet, in dem man die Kultur und das Leben der Minderheiten näher kennen lernen kann: Traditionelle Feste werden aufgeführt, Speisen werden angeboten, usw. . Neben diesem Park gibt es über ganz China verstreut Nationalitätendörfer, in denen das Leben und der Alltag einzelner Nationalitäten nachgestellt werden. Aber auch in den Bereichen der Bildung und Wirtschaft sind weitere Förderungen von Seiten des Staates zugesprochen worden: Bildungseinrichtungen und Infrastruktur wurden ausgebaut. Unter anderem wurden Nationalitätenschulen und Nationalitätenuniversitäten eröffnet, ebenso wird der Unterricht in Nationalitätensprachen gefördert. Seit den neunziger Jahren gilt im Bereich der Wirtschaft eine Partnerschaftsverordnung: Starke Städte und Metropolen aus dem Osten sollen die strukturschwachen Gebiete im Westen des Landes stärker unterstützen (vgl. Ludwig 2009: 43 ff.). Durch diese Verordnungen sollen Industrie, Landwirtschaft, Handel, Wissenschaft, Ausbildung von Fachkräften, Kultur, sowie Bildungs- und Gesundheitswesen eine deutliche Weiterentwicklung erfahren. Vor allem auf Tibet liegt eine starke Konzentration: Seit 1984 wurden an die 2.000 Funktionäre nach Tibet entsandt, 43 staatlich finanzierte Aufbauprojekte wurden ermöglicht, Städte, Ämter und die Zentralregierung leisten Tibet kostenlose Hilfe (vgl. Can 2004: 72 f.). Ob dies auch im Interesse der Tibeter liegt bzw. ob diese oder ihre Vertreter in der regionalen Regierung ein Mitspracherecht erhalten haben und miteinbezogen wurden, sei an dieser Stelle dahingestellt. Auch erweckt es den Anschein, dass sich Beijing mehr Einfluss in den Minderheitengebieten - allen voran in Tibet - verschaffen möchte.

Überhaupt ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass die KPCh in der Kultur der Minderheiten bzw. mit den Minderheitengebieten einen neuen „Wirtschaftszweig“ als Einnahmenquelle entdeckt hat. Die nationalen Minderheiten werden im chinesischen Staatsfernsehen gerne als „exotisch“ dargestellt. Dies hat vor allem dazu geführt, dass viele Han aus Interesse in die Gebiete der Minoritäten fahren, wo sie in „Minderheitenparks“ die Lebensweise der Angehörigen betrachten können (Trachten, Bräuche, Tänze, usw.). Auf der einen Seite profitieren die Minderheiten davon, da ihnen eine neue Einkommensquelle zukommt, auf der anderen Seite steht aber auch eine große Ablehnung, da Minderheitenangehörige darin eine Zweckentfremdung sehen so werden z.B. Jahresfeste nun täglich abgehalten (vgl. <http://www.bpb.de/apuz/32501/zwischen-kultureller-anpassung-und-autonomie->

nationale-minderheiten-in-china?p=all).

Tibeter sind sehr stark von solchen „Zweckentfremdungen“ betroffen: Aus langer Tradition heraus und an die physiogeographischen Umstände angepasst (steiniger, harter Boden), werden in Tibet tote Menschen unter freiem Himmel mit dem Schwert in kleine Stücke zerhackt, die anschließend von Geiern gefressen werden. Heutzutage, mit Ankunft des Tourismus, werden aber auch diese Zeremonien als „exotisches Spektakel“ in Reiseführungen angeboten. Auf der einen Seite sehen viele Chancen im Tourismus, um den Han die Kultur und vor allem aber auch die schwierige Lage der Minderheiten vermitteln zu können, sodass der Respekt der Han-Chinesen gegenüber den Minderheiten und ihren Traditionen und Bräuchen steigen könnte. Gleichzeitig sind es auch wieder die Han-Chinesen, die einen größeren Profit daraus schöpfen können, da ausschließlich parteiloyale Han als Reiseleiter eingesetzt werden, gekleidet in den Trachten der Minderheiten. Genauso gehören die meisten Busse, Restaurants und Hotels, die den größten Gewinn versprechen, ebenso ausschließlich Han-Chinesen (vgl. Ludwig 2009: 59).

Sprachen und Schriften der Nationalitäten sind, wie es auch in der Verfassung festgehalten ist, heute wieder erlaubt und ohne Einschränkungen verwendbar. TV-Stationen und Radiosender senden heute wieder in den Sprachen der Minderheiten, genauso werden auch Zeitschriften und Bücher in den verschiedenen Sprachen zum Kauf angeboten. Bibliotheken, Museen, Theater, etc. werden mit Hilfe staatlicher Unterstützung gefördert und/oder renoviert (vgl. Can 2004: 91).

Deutliche Verbesserungen hat es im Bereich der medizinischen Versorgung in den Minderheitengebieten gegeben. Die nachstehende Abbildung 7 zeigt eine beispielhafte Entwicklung des Gesundheitswesens im Bezirk Liangshan der Yi Minderheit:

Entwicklung des Gesundheitswesens im Bezirk Liangshan (1952-80)								
	1952	1957	1965	1975	1977	1978	1979	1980
Krankenhäuser	20	114	301	699	746	784	782	770
davon: ländliche	18	112	289	289	684	766	760	749
Krankenstationen Vorbeugungsstationen gegen epidemische Krankheiten	–	–	183	168	195	204	211	310
	1	9	9	9	9	9	19	19
Mutter-Kind Schutzstationen	2	8	18	18	19	19	18	19
Krankenbetten	230	573	3065	5987	7883	8417	7868	8025
Krankenhausbetten davon: ländliche	230	573	2819	5150	7266	7909	7502	7395
	100	253	1669	3616	5250	6082	5329	5469
Medizinisches und technisches Personal	215	1056	3701	6591	9072	8895	9633	10314
davon: auf dem Land	126	819	2946	5135	6677	6783	7133	9152
Ärzte	45	412	2059	3214	4277	4209	4577	5323
davon: auf dem Land	26	289	1774	2511	3456	3320	3714	4368
Barfußärzte	–	–	227	6176	8418	6952	5611	4452
Medizinisches Personal in Produktionsgruppen	–	–	4543	6065	6787	6764	3174	2052

Abb. 7: Entwicklung des Gesundheitswesens im Bezirk Liangshan zwischen 1952 und 1980

Man kann gut erkennen, dass sich die Situation der Krankenhausversorgung am Land stark verbessert hat. 1952 waren es 20 Krankenhäuser, 1980 aber bereits 770. Dementsprechend erhöht hat sich auch die Anzahl des medizinischen Personals am Land, von 45 Ärzten im Jahr 1952, auf 5.323 im Jahr 1980. Eine deutliche Hebung der medizinischen Versorgung ist somit - zumindest in manchen Minderheitengebieten - erreicht worden.

Anders bzw. nicht so positiv sieht die Situation im Bereich der Industrie- und Landwirtschaftsentwicklung aus. Vor allem die Bevorzugung des Anbaus von Getreide, zu Lasten aller anderen Landwirtschaftszweige (Forstwirtschaft, Viehzucht, Fischzucht, usw.) wird in vielen Regionen als großes Problem gesehen. Außerdem kommt es auch heute noch zu großen Umweltzerstörung und Umweltbelastungen, da sich die Industrie kaum an den Besonderheiten oder Vorzüge der Gebiete orientiert, sondern eine Übernahme von

Methoden und Erfahrungen aus anderen (Han-)Regionen verfolgt, die meist zu großen, irreversiblen Schäden des Bodens führen, da sie für die hiesigen Bodenarten nicht geeignet scheinen (vgl. Heberer 1984: 169).

Der Bereich Bodenschätze und Rohstoffvorkommen in den Regionen der Minderheiten ist bis heute ein sehr umstrittenes Thema: Die westlichen Regionen sind die rohstoffreichsten Gebiete Chinas, was es für die Volksrepublik interessant macht, diese für sich zu beanspruchen bzw. zumindest für ihre eigenen Zwecke nutzen zu können. Viele sprechen von einer Ausbeutung der Minderheitenregionen, mehr Information zu dieser Thematik wird aber in den Kapiteln der einzelnen Minderheitenbetrachtungen gegeben (siehe Kapitel 10. „Drei Minderheiten unter genauerer Betrachtung: Mongolen, Tibeter und Uiguren“).

Was als positiv für die Minderheiten zu erwähnen ist, ist die Tatsache, dass sie etliche steuerliche und finanzielle Begünstigungen erhalten. Die KPCh nennt dies eine „Vorzugspolitik“ für die Angehörigen der Minderheiten, wobei ihnen Sonderkredite bzw. Kredite mit Vorzugsbedingungen zu Verfügung gestellt werden, Steuern gesenkt oder komplett erlassen werden, Subventionen auf einige Artikel erlassen werden oder generelle Unterstützungen von z.B. Geschäften nationaler Minderheiten erfolgen. Das soll vor allem den armen Bauern helfen, damit deren Lebensbedingungen zumindest gehoben werden können (vgl. Can 2004: 65).

Aber bis heute sind etliche Minderheiten nicht vor Diskriminierung und Unterdrückung geschützt: Assimilierungspolitik lebt, wenn auch versteckt, weiter, vor allem unter der Migration von Han-Chinesen aus dem überbevölkerten Osten in die Minderheitengebiete im Westen des Landes. Davon betroffen sind vor allem die Innere Mongolei, wo die Mongolen schon lange nicht mehr die Bevölkerungsmehrheit stellen, Xinjiang, und in den letzten Jahren verstärkt auch Tibet. Hauptursachen für diese Bevölkerungsbewegungen sind die wirtschaftliche und infrastrukturelle Erschließung der Gebiete (vor allem die Anbindung Xinjiangs und Tibets an die Bahn hat den Zuzug wesentlich vereinfacht), sowie die Taktik der KPCh, durch verstärkten Han-Zuzug mehr Kontrolle und Einfluss in den Minderheitengebieten zu erreichen. Ersichtlich werden die negativen Auswirkungen dann, wenn man die Kontrolle bei Wohnungsumzügen betrachtet: Generell ist es in China schwer, einen Wohnungswechsel zu vollziehen, bzw. ist dieser Vorgang mit sehr viel Aufwand verbunden. Man benötigt eine Niederlassungsbewilligung, eine Arbeitserlaubnis

sowie einen Schein für die Familienplanung. Das Vorhandensein dieser Papiere wird auch sehr stark kontrolliert. Nur in den Gebieten der Minderheiten hält man sich mit Kontrollmaßnahmen gezielt zurück und sieht von Bestrafungen ab, damit den Han-Chinesen der Umzug in die Minoritätenregionen erleichtert wird (vgl. Ludwig 2009: 51 ff.).

Durch den verstärkten Zuzug von Han-Chinesen werden auch die nationalen Sprachen der Minderheiten immer mehr verdrängt bzw. als „unnütz“ angesehen. Diese Einstellung wird teilweise von Minderheitenangehörigen selbst vertreten, da man mit dem Beherrschen der Han-Sprache bessere Jobchancen hat, weiters sehen die Nachkommen der Minderheiten, die die nationale Sprache nicht mehr, oder kaum, verstehen, auch keinen Sinn darin, diese noch zu lernen, weshalb man sie auch nicht weiter fördern braucht. Aber auch viele Eltern wollen, dass ihre Kinder primär Han-Chinesisch lernen, da sie diesen damit bessere Berufschancen ermöglichen. Die Einstellungen und Tendenzen des Verloren gehens von nationalen Sprachen treffen dabei verstärkt auf national stark durchmischte Gebiete wie etwa Guizhou zu. Die Sprache der Mandschu ist dort fast zur Gänze verschwunden, da ihre Angehörigen meist Han-Chinesisch sprechen. Die Mandschu haben sich stärker als andere Minderheiten assimiliert und sind heute nur noch schwer von „gewöhnlichen Han-Chinesen“ zu unterscheiden (vgl. Heberer 1984: 130 f.).

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Han-Chinesen nicht an die vorhandenen Bedingungen und Verhältnisse in den Minderheitengebieten anpassen wollen, sondern von den Minoritäten verlangen, sich an die Lebensweise der Han anzupassen. Ein weiteres Problem stellt auch der von den Han-Chinesen mitgebrachte Wohlstand aus dem Osten dar. Dabei kommen auch die Minderheiten in Kontakt mit der modernen Technologie, die vor allem unter der Jugend auf große Zustimmung stößt. Han werden in vielen Staatsbetrieben gegenüber Angehörigen der Minderheiten bevorzugt. Begründet wird dies mit der höheren Bildung und angeblichen besseren Arbeitsmoral der Han-Chinesen. Viele der jungen Menschen - vor allem jene, die eine gute Ausbildung haben - sehen in den Dörfern und Städten der Minderheitengebiete keine Zukunft und wandern vor allem in die Metropolen des Ostens ab. Den Minderheitengebieten droht dabei ihre „Elite“ zu verlieren (vgl. Ludwig 2009: 53 ff.).

Heute ist das weitere Bestehen der Kultur der Minoritäten vor allem von zwei Faktoren bedroht:

- der stetigen Zuwanderung von Han-Chinesen, verstärkt durch die industrielle Erschließung der Gebiete, bei gleichzeitiger Abwanderung immer mehr (gut ausgebildeter) Minderheitenangehöriger, und
- der Erodierung der eigenen Kultur, da immer mehr Jugendliche der Minderheiten ihre Traditionen und Bräuche nicht mehr wertschätzen und diese nicht mehr ausüben und lieber das „moderne“ Leben der Han führen wollen.

(vgl. <http://www.boell.de/de/navigation/asien-nationalitaetenprobleme-china-tibet-11302.html>)

Zusammenfassend kann man heute, im Vergleich zur Situation vor 1980, von folgender Situation sprechen: Mit Hilfe der Modernisierung der Technologie und Entwicklungs- und Ausbaupolitik in den Minderheitengebieten versprach die KPCh eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in den betroffenen Regionen, was gleichzeitig zu höheren Einkommen der Bevölkerung und somit zu einer Hebung der Lebenssituation führen sollte (vgl. Heberer 1984: 189).

Was heute nicht bestritten werden kann ist, dass eine Weiterentwicklung in den Gebieten der Minderheiten zu beobachten war und ist, vor allem im Bereich des Gesundheitswesens, und eine generelle Verbesserung der Lebensstandards in vielen Regionen. Andererseits sind die Fortschritte in den Siedlungen der Han deutlich höher und besser ausgefallen, als in den Gebieten der Minoritäten. Die großen Unterschiede im Bereich Einkommen, Lebensstandard und Lebensqualität zwischen Han-Regionen im Osten Chinas und Minderheitengebieten im Westen des Landes sind aber bis heute nicht gelöst, ein weiteres Auseinanderdriften ist zu erwarten (<http://www.boell.de/de/navigation/asien-nationalitaetenprobleme-china-tibet-11302.html>).

Es ist auch davon auszugehen, dass China weiterhin sehr viel Geld in den Ausbau der Minderheitengebiete investieren wird, da einerseits die Städte im Osten Chinas stark überbevölkert sind, weshalb mit weiteren Umsiedlungsaktionen vom Osten in den Westen zu rechnen ist. Andererseits wird auch der „Hunger nach Energie“ im Osten weiter zunehmen, was es für die KPCh wichtig macht, die infrastrukturelle Verbindung nach Westchina weiter auszubauen.

Als Beispiel kann die seit 1995 offizielle „Politik zur beschleunigten Entwicklung Mittel- und Westchinas“ genannt werden. Das Ziel dieser Kampagne lautet, den wirtschaftlichen und sozialen Abstand zwischen West- und Ostchina zu verringern. Erreicht werden soll das durch den Ausbau von Erdgaspipelines und Eisenbahnlinien bzw. durch den Aufbau von Überlandleitungen (vgl. Can 2004: 69).

Insgesamt gibt es in den Minderheitsgebieten also auch positive Entwicklungen, aber gleichzeitig bestehen noch immer große Defizite. Diese werden aber im Kapitel 10. „Drei Minderheiten unter genauerer Betrachtung: Mongolen, Tibeter und Uiguren“ genauer dokumentiert.

8.4. Minderheitenpolitik und Minderheitenrechte in der Verfassung und die Realität

Vielfach wird von der KPCh behauptet, dass die Minderheiten viele Rechte und teilweise auch Vorteile gegenüber den Han haben. Dass es sich bei den Rechten und Gesetzen in vielen Fällen um „auf Papier geschriebene Gesetze“ handelt, die in Wirklichkeit gar nicht eingehalten werden, soll in diesem Kapitel exemplarisch belegt werden.

8.4.1. Der große Streitpunkt über die Gewährung von Autonomie

Die wohl umstrittenste Regelung in der Volksrepublik China ist die Gewährung der regionalen Autonomie. Während China von einer weitreichenden Erfüllung der Autonomierechte spricht, kritisieren vor allem Vertreter der Minderheiten, Politiker aus der westlichen Welt und Menschenrechtsorganisationen, dass es sich bei der „gewährten Autonomie“ in Wirklichkeit nicht um eine solche handelt. Doch wie ist die Situation nun tatsächlich?

Schon in den Anfängen der Volksrepublik, als die KPCh eine positive und fördernde Minderheitenpolitik verfolgte, gab es Kritik, dass viele Gesetze und Normen nur auf dem Papier existierten, nicht aber in die Realität umgesetzt wurden. Vor allem im heiklen Bereich der regionalen Autonomie und den entsprechenden Selbstverwaltungsrechten gab es große Probleme und Mängel. Einige Han-Kader hielten sich nicht an die Regeln und respektierten die Rechte der Minderheiten nicht. Die Minderheiten-Kader waren meist

einfache „Befehlsempfänger“ von Anordnungen höherer politischer Organe. In anderen Fällen wurde nicht nach den Besonderheiten der Gebiete gehandelt. Es wurden Methoden und Praktiken der Han-Gebiete übernommen (wie etwa im Bereich der Bodenreformen) ohne zu überdenken, ob diese Methoden auch in den betroffenen Gebieten sinnvoll waren. Des Weiteren gab es schon damals die Problematik, dass all die Rechte und Begünstigungen für Minderheitenangehörige nicht für jene galten, die nicht in den autonomen Gebieten lebten, sondern verstreut über China. Diese kleinen Gruppen hatten überhaupt kein Recht auf Selbstverwaltung. Für die Betroffenen ist bis heute keine zufriedenstellende Lösung gefunden worden (vgl. Heberer 1984: 80 ff.).

Aus dem Artikel 3 der chinesischen Verfassung von 1982 geht Folgendes hervor: Hier wird der so genannten „demokratischen Zentralismus“ erwähnt. Durch diesen Zentralismus kommt es zu einer Einordnung der unteren unter die höheren Staatsebenen, sowie die des Einzelnen unter die Organisation. Dies bewirkt, dass auch die Autonomie unter die Interessen der gesamten Volksrepublik und somit jenen der KPCh untergeordnet werden müssen, weshalb die Politik der „Selbstverwaltung“ gleichzeitig auch immer eine Politik des Zentralstaates war und ist (vgl. Schmitz 1998: 13).

Die KPCh erklärt Autonomie folgendermaßen: Die vollständige Abkehr einzelner Gebiete von China kam für die KPCh zu keinem Zeitpunkt in Frage. Nach chinesischer Auffassung waren nämlich alle Minoritätenvölker schon immer ein Bestandteil der chinesischen Nationalitätenfamilie, und deshalb bestehe kein Grund dafür, dass sich einzelne Gebiete von der Volksrepublik vollkommen loslösen (vgl. Heberer 1984: 41). China war schon immer ein Vielvölkerstaat, aber die Han machen 94 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, die Minderheiten nur 6 Prozent, wobei die Minderheiten nicht nur in eigenen Gebieten leben, sondern teilweise weit verstreut. Außerdem sind die Minderheiten im Vergleich zu den Han rückständiger. Deshalb ist die Minderheitenproblematik auch nicht mit der Auflösung der ehemaligen Sowjetunion zu vergleichen, da die Russen z.B. nur etwas mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachten und etliche der Minderheiten ein höheres kulturelles und wirtschaftliches Niveau besaßen, als die Russen selbst (vgl. Heberer 1982: 14 f.). Als dritter Grund für die Ablehnung der vollständigen Abtrennung einzelner Gebiete, werden gemeinsam begangene kriegsrische Auseinandersetzungen in der Vergangenheit genannt. So werden etwa der Kampf gegen die Qing-Herrschaft oder der Kampf gegen ausländische Mächte nach dem Opiumkrieg, mit dem Ziel Freiheit zu

erlangen, oft als wichtige Ereignisse genannt, durch welche sowohl die Han-Chinesen, aber auch die verschiedenen Nationalitäten erkannt haben sollen, dass sie ohne einander nicht auskommen bzw. in stabilen politischen oder gesellschaftlichen Verhältnissen leben können. Sie sind nach chinesischer Auffassung aufeinander angewiesen und könnten ohne einander nicht existieren (vgl. Can 2004: 29).

Aus diesen Gründen verfolgt China das System der „chinesischen Autonomie“, wobei die Verwaltungsorgane durch Angehörige der Minderheiten - und nicht durch Han - besetzt werden sollen. Diese Organe haben nach der offiziellen Parteilinie die Autorität über die Verwaltung der Finanzen, Entwicklung der Wirtschaft vor Ort, Förderung von Kultur, Bildung, Kunst, Gesundheitswesen, sowie den örtlichen Sicherheitsapparat. Alle gesetzten Tätigkeiten müssen aber wieder von den höheren Instanzen (also dem NVK, und somit der KPCh) bestätigt und bewilligt werden.

Nach Ansicht der KPCh bringt dieses System folgende Vorteile mit sich:

- Die nationalen Minderheiten sind in der Lage ihre Gebiete selbst zu verwalten, wobei sie ihre inneren Angelegenheiten selbst regeln können.
- Diese Art der Gebietsautonomie entspricht den Umständen und Charakteristiken der Minoritäten, was eine optimale Entwicklung der Minderheiten und ihrer Gebiete gewährleistet.
- Sie dient der Teilnahme der Minoritäten am sozialistischen Aufbau, wodurch die Einheit der chinesischen Nationalitäten weiter gestärkt werden soll.

(vgl. Heberer 1984: 68 f.)

Nach Auffassung der KPCh lässt sich Autonomie somit durch folgende vier Begriffe definieren:

- 1) Einheit: Die Autonomen Regionen dürfen sich nur innerhalb der chinesischen Völkerfamilie und unter Führung bzw. Anleitung der KPCh weiterentwickeln.
- 2) Sozialismus: Die Minderheiten sind verpflichtet, am Aufbau des sozialistischen Staates zu helfen und mitzuwirken.
- 3) Fortschritt: Es ist eine verpflichtende Teilnahme an allen gesellschaftlichen und politischen Erneuerungen der Volksrepublik China vorgeschrieben (z.B.: Land- und Agrarreformen).
- 4) Wachsamkeit: Das erfordert das Befolgen der Parteilinie (der KPCh), sowie die Abwehr von kapitalistischen Versuchen, Lügen zu verbreiten.

(vgl. Grobe-Hagel 1991: 24 f.)

Nach Ansicht vieler Menschenrechtsorganisationen kann von einer echten Autonomie keine Rede sein, da vor allem folgende drei Punkte eine „echte Autonomie“ verhindern:

- 1) Die KPCh steht noch immer allen autonomen Verwaltungsstrukturen übergeordnet und kann somit in alle Bereichen Einfluss nehmen bzw. Gesetze nach ihrem Belieben verändern oder zur Gänze abschaffen.
- 2) Verfassung und Autonomiegesetze sind mit „weichen Gesetzen“ zu vergleichen, da es durch den fehlenden Rechtsstaat, mit fehlenden Verfassungs- und Verwaltungsgerichten, sowie der Überordnung der KPCh keine Instrumente zur (tatsächlichen) Umsetzung der zugesprochenen Rechte und Gesetze gibt.
- 3) Im Autonomiegesetz ist noch immer kein Mitspracherecht von Seiten der Minderheiten enthalten.

(vgl. Ludwig 2009: 49)

Abgesehen von diesen Mängeln, welche die Autonomie betreffen, kommt es weiters zu dem Problem, dass die Regionen zwar meistens von Minderheitenangehörigen geleitet werden, wie aber bereits im Kapitel 7 zum politischen System beschrieben, müssen sich alle Mitglieder KPCh einem Aufnahmetest stellen, wodurch die KPCh nur jene Personen zulässt, die dem Ideal der kommunistischen Partei entsprechen und demnach parteiloyal handeln. Außerdem besteht auch heute noch die Kontrolle der Verwaltungsorgane der

autonomen Regionen durch höhere Verwaltungsorgane, die komplett von Han-Chinesen besetzt sind.

Neben der „nicht echten Autonomie“ werden auch andere Zugeständnisse und Rechte von Minderheiten, die in der Verfassung niedergeschrieben sind, in vielen Fällen nicht oder nicht zur Gänze eingehalten bzw. gewährt. Beispielsweise haben Angehörige von Minoritäten verschiedene Regierungsämter in ihren autonomen Regionen inne, die wirklich wichtigen Regierungsorgane, mit denen weitreichende Gesetze und Veränderungen vorgenommen werden könnten (etwa das Amt des KP-Chefs einer Autonomen Region), waren bis jetzt noch immer in unter der Führung von (parteiloyalen) Han-Chinesen (vgl. Ludwig 2009: 41).

Von echter Autonomie kann unter solchen Umständen also wohl kaum gesprochen werden.

8.4.2. Problematik in weiteren Bereichen der Minderheitenpolitik: Vergleich der Darstellungen aus dem „Weißbuch – Nationalitätenpolitik“ Chinas mit Fakten und Belegen westlicher Autoren

China hat im Jahr 2009 das „Weißbuch: Nationalitätenpolitik“ herausgebracht, in welchem die aktuelle Lage und Situation der Nationalitäten und Minderheiten bzw. die aktuelle Minderheitenpolitik in der Volksrepublik nach chinesischer Auffassung dargestellt wird.

Ein Weißbuch, bzw. „White Paper“ hat den Zweck, die von einer staatlichen Quelle gesammelte Daten, Dokumente und Berichte zu einem bestimmten Themenbereich, der Öffentlichkeit vorzulegen (vgl. <http://www.duden.de/rechtschreibung/Weiszbuch>).

Schmitz Gerald schreibt dazu Folgendes: „Als Antwort auf die ihr von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen und anderen Staaten vorgeworfenen Menschenrechtsverletzungen hat die VCR mehrere Weißbücher zu diesem Themenkomplex veröffentlicht. Herausgeber ist in allen Fällen das Presseamt des Staatsrates der VRC. (...) Sie geben zudem Einblick in die Einstellung der chinesischen Regierung zu den Menschenrechten im Allgemeinen sowie zu speziellen Problemen im Besonderen“ (vgl. Schmitz 1998: 256).

Die Literaturquelle des „Weißbuch: Nationalitätenpolitik“ des Staatsrates der VRC dient dabei als perfekter Vergleich, um die unterschiedliche Auffassung der Minderheitensituation Chinas aus Sicht der Volksrepublik selbst (also aus Sicht der KPCh), sowie aus der Sicht unabhängiger Autoren zu diesem Thema herauszuarbeiten. Mit Hilfe dieser Gegenüberstellung soll gezeigt werden, wie die Minderheitenpolitik von China dargestellt wird und wie sie tatsächlich ist. Die Informationen wurden dabei hauptsächlich der Internetseite „http://german.china.org.cn/pressconference/2011-02/14/content_21916648.htm“ entnommen, auf der das „Weißbuch: Nationalitätenpolitik“ in deutscher Sprache veröffentlicht wurde. Die wichtigsten und interessantesten Ergebnisse sollen nun an dieser Stelle dargeboten werden.

Zu Beginn der Ergebniserstattung sei erwähnt, dass die aktuelle Situation in China wie folgt dargestellt wird: Es wird von Verhältnissen gesprochen, in denen die Politik stabil ist. China ist eine harmonische Gesellschaft, die von einer „gedeihenden“ Kultur geprägt ist. Des Weiteren hat man eine (den chinesischen Verhältnissen entsprechend) richtige Nationalitätenpolitik eingeführt, wobei die verschiedenen chinesischen Völker durch Wanderungen im Laufe der Geschichte „harmonisch“ miteinander verschmolzen sind und sowohl Han als auch alle nationalen Minderheiten für die Vereinheitlichung des Vielvölkerstaates eintreten. Die „lange und glänzende“ Kultur Chinas wurde von allen Minderheiten gemeinsam „geschaffen, entwickelt und gegründet“. Kurzum: „Im vereinten Vaterland leben alle Ethnien Chinas friedlich zusammen, stehen füreinander und entwickeln sich in Harmonie.“ (vgl. http://german.china.org.cn/pressconference/2011-02/14/content_21916648.htm).

Die positiven Entwicklungen und Verbesserungen werden im Laufe des Berichtes wiederholt hervorgehoben, während negative Folgen bzw. schlechte Situationen in Minderheitensiedlungen keine Erwähnung finden. Zum Beispiel werden die Ereignisse der Kulturrevolution sowie des „Großen Sprung nach Vorn“ kein einziges Mal erwähnt.

Ergebnisse:

Zu Beginn wird Folgendes behauptet: „Die chinesische Nation ist heute der Name, mit dem sich alle ethnische Gruppen identifizieren und dem sie ihre Loyalität schenken.“ (vgl. http://german.china.org.cn/pressconference/2011-02/14/content_21916648.htm).

Diese Aussage muss man widerlegen, da einige Minderheiten kulturell und geschichtlich gesehen nichts mit dem Chinesischen gemeinsam haben, sondern durch die Grenzziehung der Volksrepublik China „ohne deren Einverständnis“ unter chinesische Kontrolle kamen. Tibeter, Mongolen und Uiguren sehen sich nicht als Chinesen an, anerkennen die chinesische Regierung in Beijing nicht und leben ihre eigene Kultur und ihre eigenen Traditionen. Der chinesische Machtanspruch wird komplett abgelehnt (vgl. Ludwig 2009: 62).

Die Gleichberechtigung und Freiheit aller ethnischen Gruppen findet im Weißbuch-Bericht ebenfalls eine Erwähnung. Es wird behauptet, dass die Minderheiten „unabhängig von ihrer Bevölkerungsgröße, wirtschaftlichen Entwicklung, Religion, etc.“ gleich sind und auch vor dem Gesetz gleiches Recht für alle Bürger gilt (vgl.

http://german.china.org.cn/pressconference/2011-02/14/content_21916648.htm).

Offiziell stimmt diese Behauptung, aber durch viele verdeckte Maßnahmen, werden auch heute noch viele Minderheiten unterdrückt, diskriminiert oder benachteiligt. Wie bereits im Laufe der Arbeit erwähnt, werden Han bei offenen Stellen in Minderheitengebieten den Minderheitenangehörigen gegenüber bevorzugt (wegen angeblich besserer Arbeitsmoral und besserer Ausbildung) (siehe Seite 63). Außerdem fehlt es den Minderheiten in vielen Bereichen der Politik an Mitspracherechten (siehe Seite 68). Echte Gleichberechtigung und Freiheit, wie es von der KPCh versprochen wird, sind somit nicht vorhanden.

Weiters schreibt man über die Gewährung der Glaubensfreiheit und dass alle Bürger die Freiheit haben, sich zu einer Religion zu bekennen. Traditionelle Aktivitäten können laut dem Weißbuchbericht unbehindert durchgeführt werden (vgl.

http://german.china.org.cn/pressconference/2011-02/14/content_21916648.htm).

Auch diese Behauptung stimmt, wie bereits im Kapitel „5.2. China und die Sache mit der Religionsfreiheit“ behandelt, nur teilweise. Wie auf Seite 30 dieser Arbeit erwähnt, verhält es sich mit der freien Glaubensfreiheit nämlich so: „ (...) ist Glaubensfreiheit nur dann zulässig, wenn die Kommunistische Partei, und somit die Regierung, nicht bedroht oder

angezweifelt wird. Außerdem darf keine Einmischung des Auslandes erfolgen, was somit Auslandskontakte der Religionen verbietet. Das Resultat dieser Festlegung ist, dass die Religionen, vor allem die als Fremdreigionen bezeichneten Religionen des Islams und Christentums, starken Kontrollen ausgesetzt sind. Predigern ist es bspw. verboten, Gottesdienste an nicht registrierten Orten abzuhalten. Auch unerlaubte Bücher sind verboten und werden mit harten Strafen geahndet.“

Es zeigt sich also, dass auch die Glaubensfreiheit nur unter Bedingungen gestattet und geduldet wird. Traditionelle Aktivitäten können nicht, wie behauptet, unbehindert durchgeführt werden, sondern werden nur unter strikten Vorgaben und Kontrollen gewährt.

Die von der Regierung getätigten Verbesserungen zum Ausbau der rückständigen Infrastruktur (vor allem der Anschluss Xinjiangs und Tibets an die Bahn) finden ebenfalls eine positive Hervorhebung. Auch die Erschließung von Rohstoffstandorten wird als „positive Auswirkung auf die Minderheiten“ beschrieben, da durch diese Aktionen die wirtschaftliche Aufwertung und Entwicklung in den Gebieten vorangetrieben werden kann. Man vergleicht diese Entwicklung als wichtigen Beitrag zu regionalen Entwicklung in den Minderheitsgebieten. Die Erschließung der Rohstoffquellen mit notwendigen Verkehrsanlagen und Energieversorgung, sowie der anschließende Auf- und Ausbau der Industrie zu Weiterverarbeitung, werden als „dem wirtschaftlichen Aufbau der Minderheitsgebiete dienend“ bezeichnet (vgl. Can 2004: 67).

Tatsächlich hat eine Verbesserung der Infrastruktur- und Versorgungssituation in den Minderheitsgebieten stattgefunden. Dass diese aber auch Konsequenzen mit sich gebracht haben (noch leichtere Möglichkeiten für Han in diese Regionen zu gelangen / ihren Wohnsitz dorthin zu verlagern, sowie primärer Infrastrukturausbau bei Rohstoffquellen, um diese rasch in den Osten Chinas transportieren zu können) findet keine Erwähnung.

Sehr interessant ist auch folgende Behauptung im Weißbuch: „Seit den 1980er Jahren hat der Staat erhebliche Geldmittel bereitgestellt, damit eine große Anzahl von Kulturdenkmäler auf der Nationalebene renoviert werden konnte.“ Weiters wird auch der Schutz des Erhaltes sowie der Entfaltung von Kunst und Kultur nationaler Minderheiten erwähnt (vgl. http://german.china.org.cn/pressconference/2011-02/14/content_21916648.htm).

Wie auf Seite 53 in dieser Arbeit erwähnt, kam es während der Kulturrevolution, von

Seiten der KPCh, zur Zerstörung von Kirchen, Tempeln und Moscheen, heiliger Schriften und Bücher, etc. . Dass ein Großteil der zerstörten und beschädigten heiligen Gebäude durch Verschulden der KPCh hervorgerufen wurde, findet an dieser Stelle keine Erwähnung, genauso wenig, dass viele kulturelle Schätze und Werke der Minderheiten zerstört und vernichtet wurden. Eine inhaltlich korrekte Berichterstattung ist somit nicht gegeben, da nur das Positive (finanzielle Mittel für Wiederaufbaumaßnahmen) erwähnt wird, nicht aber die Gründe, warum es zu diesen Zerstörungen kam (mutwillige Zerstörung während der Kulturrevolution).

Im Weißbuch-Bericht wird auch über verbesserte Einkommensbedingungen in den Gebieten der Minderheiten berichtet. Dabei wird von einem starken Ansteigen der Einkommen unter der Minderheitenbevölkerung und somit besseren Lebensbedingungen für diese gesprochen (vgl. http://german.china.org.cn/pressconference/2011-02/14/content_21916648.htm).

Abbildung 8 zeigt aber, dass noch immer ein großes West-Ostgefälle in der Einkommensfrage zu beobachten ist. Es wird nachstehend das monatliche Pro-Kopf-Einkommen in China aus dem Jahr 2007 dargestellt:



Abb. 8: Monatliches Pro-Kopf Einkommen in China im Jahr 2007 in Euro

Deutlich zu erkennen ist ein West-Ostgefälle, wobei im Westen - primär von den Minderheiten bewohnt - die ärmsten Regionen vorzufinden sind, während das Einkommen nach Osten hin immer weiter steigt. Am höchsten ist es ganz im Osten an der Küste. Diese Region wird aber überwiegend von Han bewohnt. Hier verdient die Bevölkerung eineinhalb Mal so viel wie die verarmte Bevölkerung im Westen.

Außerdem ist zu bemängeln, dass der Großteil der „großzügigen Investitionen Beijings“ nicht direkt der Minderheitenbevölkerung zugute kommt, sondern primär für den Ausbau der Infrastruktur verwendet wird, die den Zugang zu den Rohstoffquellen in den Minderheitenregionen erleichtern und beschleunigen sollen. Die Arbeitslosigkeit in den westlichen Gebieten ist ebenfalls deutlich höher, gleichzeitig ist das Bildungsniveau der dortigen Bevölkerung um vieles niedriger als jenes der Bevölkerung im Osten. Bis heute leben bis zu achtzig Prozent der Bevölkerung in den Minderheitengebieten unter der Armutsgrenze. Obwohl die Minderheitenbevölkerung nur zehn Prozent der

Gesamtbevölkerung Chinas ausmacht, stellt sie vierzig bis fünfzig Prozent der chinesischen Bevölkerung, die deutlich unter der Armutsgrenze leben muss (vgl. Schiffli 2012: 95 ff.).

Die im Weißbuch versprochene Verbesserung der Lebensbedingungen und Einkommensbedingungen können somit nicht als vollkommen wahr gedeutet werden.

9. Die Minderheiten der Volksrepublik China – Ein Überblick

In China leben heute 56 Volksgruppen, weshalb das Land als Vielvölkerstaat bezeichnet werden kann. Gemessen an der Gesamtbevölkerung machten die Minderheiten im Jahr 2007 einen Anteil von 8,41 Prozent, das sind mehr als 106 Millionen Menschen, aus. Die Zahl der Minderheiten wirkt in Relation zu den „ethnischen Chinesen“, den Han, die etwa 92 Prozent, oder 1,189 Milliarden Menschen der chinesischen Bevölkerung ausmachen, relativ unspektakulär. Die tatsächliche Bedeutung der Minderheiten wird einem erst bewusst, wenn man sich vor Augen führt, dass diese 106 Millionen Minderheitenangehörigen einem Land entsprechen würde, das hinter Mexiko auf Platz 12 der größten Länder der Welt stehen würde und somit mehr Einwohner hätte, als jedes einzelne europäische Land, von Russland abgesehen (vgl. Ludwig 2009: 8 f.).

Neben dieser hohen Zahl an Minderheitenangehörigen ist auch der Anteil der Fläche des chinesischen Territoriums, der von den Minderheiten bewohnt wird, sehr groß. Die Minderheitengebiete nehmen dabei mehr als fünfzig Prozent des chinesischen Staatsgebiets ein (ca. 55 Prozent). In vielen Bereichen stehen die Minderheitenregionen jedoch deutlich schlechter da, als die Gebiete Ostchinas. In den Bereichen Wirtschaft, Bildung, medizinische Versorgung, etc. weisen die meisten Minoritätengebiete große Defizite auf (vgl. Grobe-Hagel 1991: 11).

In diesem Kapitel soll nun ein grober Überblick über die Minderheiten, deren Größe und Verbreitung gegeben werden, ehe in den folgenden Kapiteln drei der größten und bekanntesten Minderheiten genauer vorgestellt werden sollen.

9.1. Die nationalen Minderheiten

Offiziell wird in China nur eine Nation anerkannt, nämlich die der „ethnischen Chinesen“, also die Han-Bevölkerung. Dabei wird aber vergessen, dass auch die Han-Chinesen keine homogene Gruppen sind, da sie aus einer Reihe von assimilierten Völkern hervorgegangen sind, deren Unterschiede sich bis heute in Form von unterschiedlichster, gegenseitig nicht verstandener Dialekte zeigt. Die anderen 55 Völker werden allesamt als Minderheiten angesehen, obwohl sich einige von ihnen, wie die Tibeter, die Uiguren, oder

die Mongolen als „eigenständige Völker mit Recht auf Selbstbestimmung“ sehen. Diese Reduzierung der Völker auf Minderheiten erklären viele Wissenschaftler als „Nachwehen“ des schon erwähnten Groß-Han-Chauvinismus (vgl. Ludwig 2009: 13 f.).

Die Kategorisierung der Minderheiten, so wie sie bis heute verwendet wird, erfolgte kurz nach der Gründung der Volksrepublik China und orientiert sich dabei an folgenden vier Kriterien:

- 1) eigene Sprache
- 2) territoriale Geschlossenheit
- 3) einheitliches Wirtschaftssystem
- 4) Zusammengehörigkeitsgefühl

(vgl. Höllmann 2001: 17)

Wissenschaftler sind aber der Meinung, dass diese Einteilung nicht zufriedenstellend oder nicht gut überlegt getroffen wurde, da keines der vier genannten Kriterien als allgemein gültiges Merkmal für die Zuschreibung zu einer ethnischen Gruppe gelten kann. Dies zeigt sich auch anhand folgender Kritikpunkte: So gibt es beim Kriterium der eigenen Sprache Minderheiten, wie etwa die Mandschus, die schon so stark sinisiert wurden, dass sie kaum mehr eine eigene Sprache besitzen, bzw. manchmal auch keine einheitliche Sprache sprechen. Des Weiteren kann auch das Kriterium der territorialen Geschlossenheit so nicht gelten, da viele Minderheiten weit verstreut über China leben und nur in den seltensten Fällen in eindeutig abgeschlossenen Gebieten leben (vgl. Höllmann 2001: 17 f.).

Dass die Anerkennung des Minderheitenstatus nur sehr schwierig bzw. nicht gerecht erfolgt, zeigt sich durch die hohe Zahl an Antragsstellungen: Insgesamt mehr als 400 Gruppen wollen als eigene Minderheit anerkannt werden, da sie sich der ihnen zugeschriebenen Minderheit nicht zugehörig fühlen (vgl. Iredale, Bilik et al. 2003: 8).

Nichts desto trotz leben im heutigen China 55 anerkannte Minderheiten. Die Abbildungen 9 und 10 zeigen diese geordnet nach geographischer Verteilung (alle Daten stammen aus dem Jahr 2007):

Die 55 nationalen Minderheiten der Volksrepublik China Der Süden und Südwesten			
I. Die tibeto-birmanischen Völker 1. Tujia 8,1 Mio. 2. Yi (Lolo) 7,8 Mio. 3. Tibeter 5,5 Mio. 4. Bai 1,9 Mio. 5. Hani 1,5 Mio. 6. Lisu 640 000 7. Lahu 455 000 8. Naxi 310 000 9. Qiang 300 000		III. Die austrischen Völker 27. Wa 400 000 28. Bulang 100 000 IV. Die Miao-Yao-Völker 31. Miao (Hmong) 9,0 Mio. V. Die vietnamesischen Völker 33. Jing (Gin) 23 000	
II. Die (Sino-)Thai-Völker 18. Zhuang 16,2 Mio. 19. Bouyei 3,0 Mio. 20. Dong 3,0 Mio. 21. Li 1,25 Mio. 22. Dai 1,2 Mio.		10. Jingpo 135 000 11. Achang 35 000 12. Primi 34 000 13. Nu 29 000 14. Jinuo 21 000 15. Moinba 9000 16. Derung 75 000 17. Lhoba 3000 Der Nordwesten VI. Die Turkvölker 34. Uiguren 8,4 Mio. 35. Kasachen 1,3 Mio. 36. Kirgisen 160 000 37. Salaren 110 000 VII. Die iranischen Völker 41. Tadschiken 42 000	
23. Gelao 600 000 24. Shui 410 000 25. Mulam 210 000 26. Maonan 110 000		29. Deang (Palaung) 18 000 30. Gaoshan 4500 32. Yao 2,7 Mio. Der Nordosten IX. Die mongolischen Völker 43. Mongolen 6,0 Mio. 44. Dongxiang 520 000 45. Tu 250 000 X. Die tungusischen Völker 48. Mandschuren 10,8 Mio. 49. Xibe (Xibo) 190 000 50. Ewenken 31 000	
		VIII. Die slawischen Völker 42. Russen 16 000 46. Daghuren (Daur) 135 000 47. Bonan (Baoan) 17 000 Der Südosten 54. She 710 000 XII. Streuminorität ohne geografische Zuordnung 55. Hui 9,8 Mio.	
		XI. Die Koreaner 53. Koreaner (Chosen) 1,9 Mio.	

Abb. 9: Minderheiten Chinas in Zahlen Teil I

Abb. 10: Minderheiten Chinas in Zahlen Teil II

Die mit Abstand größte Minderheit sind dementsprechend die Zhuang mit 16,2 Millionen Angehörigen, gefolgt von den Mandschuren mit ca. 11 Millionen Angehörigen und den muslimischen Hui mit ca. 10 Millionen Angehörigen. Es gibt aber auch Minderheitenvölker, die nur wenige Tausend Angehörige haben, wie etwa die Hezhe (4.600), die Gaoshan (4.500) oder die kleinste Gruppe von allen, die Lhoba (3.000).

Wie im Kapitel Bevölkerungsentwicklung (Kapitel 6) bereits erwähnt, weisen die Minderheiten ein stärkeres Bevölkerungswachstum auf als die Han-Bevölkerung. So steigerte sich die Han-Bevölkerung zwischen 1990 und 2000 um ca. 11 Prozent, jene der Minderheiten aber um 17 Prozent. An dieser Stelle sei nun ein genauerer Überblick über das Wachstum der Minderheiten im Laufe der Zeit gegeben, dargestellt in den Abbildungen 11 und 12:

	1953	1957	1978	1982	1990
Achang		17 000	10 000	20 441	27 708
Bai	460 000	680 000	1 050 000	1 131 124	1 594 827
Baoan	5 000	55 000	6 000	9 027	12 212
Benglong	3 000	6 300	10 000	12 295	15 462
Bulang	35 000	41 000	50 000	58 476	82 280
Buyi	1 250 000	1 310 000	1 700 000	2 120 469	2 120 469
Dahuren	44 000	50 000	70 000	94 014	121 354
Dai	560 000	500 000	760 000	839 797	840 590
Dong	680 000	820 000	1 200 000	1 425 100	2 514 014
Dongxiang	150 000	150 000	190 000	279 397	373 872
Dulong	2 500	2 700	4 000	4 682	5 816
Evenken		7 200	10 000	19 343	26 315
Gaoshan	150 000	200 000	300 000	15 49	29 09
Gelao		23 000	20 000	53 802	437 997
Hani	260 000	540 000	960 000	1 058 836	1 059 404
Hezhen	500	600	800	1 476	4 245
Hui	3 650 000	3 930 000	6 400 000	7 219 352	8 602 978
Jing		4 400	5 000	11 995	11 995
Jingpo	110 000	100 000	80 000	93 008	119 209
Jino			10 000	11 974	18 021
Kasachen	450 000	530 000	800 000	907 582	1 111 718
Kirgisen	80 000	68 000	90 000	113 999	141 549
Koreaner	1 120 000	1 250 000	1 600 000	1 763 870	1 920 597
Lahu	160 000	180 000	270 000	304 174	411 476
Li	320 000	390 000	680 000	817 562	1 110 900
Lisu	170 000	310 000	470 000	480 000	574 856
Luoba			300 000	20 65	23 12
Mandschuren	2 420 000	2 430 000	2 600 000	4 299 159	9 821 180
Maonan		24 000	30 000	38 135	71 968
Menba		3 800	40 000	6 248	7 475
Miao	2 510 000	2 680 000	3 900 000	5 030 897	7 398 035
Mongolen	1 500 000	1 640 000	2 600 000	3 411 657	4 806 849
Mulao		44 000	70 000	90 426	159 328
Naxi	160 000	150 000	230 000	245 154	278 009
Nu	12 000	13 000	10 000	23 166	27 123
Oroqen	2 000	2 000	3 000	4 132	6 965
Pumi		15 000	20 000	24 237	29 657
Qiang	50 000	42 000	80 000	102 768	198 252
Russen		9 700	600	29 35	13 504
Salar	30 000	31 000	50 000	69 102	87 697

Abb. 11: Entwicklung der Minderheiten zwischen 1953 und 1990 Teil I

	1953	1957	1978	1982	1990
She		220 000	330 000	368 832	630 378
Shui	140 000	160 000	230 000	286 487	345 993
Tadschiken		15 000	20 000	26 503	33 538
Tataren	7 000	4 300	2 000	4 127	4 873
Tibeter	2 800 000	2 770 000	3 400 000	3 870 068	4 593 330
Tu		63 000	120 000	159 426	191 624
Tujia		600 000	770 000	2 832 743	5 704 223
Uiguren	3 640 000	3 900 000	5 400 000	5 957 112	7 214 431
Usbeken		11 000	7 000	12 453	14 502
Wa	270 000	280 000	260 000	298 591	351 974
Xibo	30 000	21 000	40 000	83 629	172 847
Yao	630 000	740 000	1 200 000	1 402 676	2 134 013
Yi	3 250 000	3 260 000	4 800 000	5 453 448	6 572 173
Yugur		4 600	8 000	10 569	12 297
Zhuang	6 610 000	7 780 000	12 000 000	13 378 162	15 489 630

Abb. 12: Entwicklung der Minderheiten zwischen 1953 und 1990 Teil II

Vor allem die Mandschuren, die Tuja, die Gelao und die Hezhen haben ein starkes Wachstum erfahren, primär wegen Konvertierungen von Han-Chinesen zu einer dieser Minderheiten. Dass der Identitätswechsel der Han eher zu einer dieser vier Minderheiten erfolgt, hat wahrscheinlich den Grund, dass diese schon sehr stark bzw. überdurchschnittlich hoch sinisiert sind, weshalb sie sich kaum mehr von Han-Chinesen

unterscheiden. Sprache, Bräuche und Sitten sind entweder schon weitgehend verloren gegangen oder sehr stark mit Han-Chinesischem vermischt (vgl. Höllmann 2001: 20).

9.2. Die Verbreitungsgebiete der Minderheiten

Ursprünglich stammen die meisten Minderheiten aus Regionen im Westen, Norden oder Süden Chinas, vor allem entlang der heutigen Grenze Chinas, während die östlichen Gebiete Chinas eine extrem niedrige Rate an Minderheitenbevölkerung aufweisen.

Abbildung 13 zeigt die Verbreitung der Minderheiten innerhalb der Volksrepublik China:

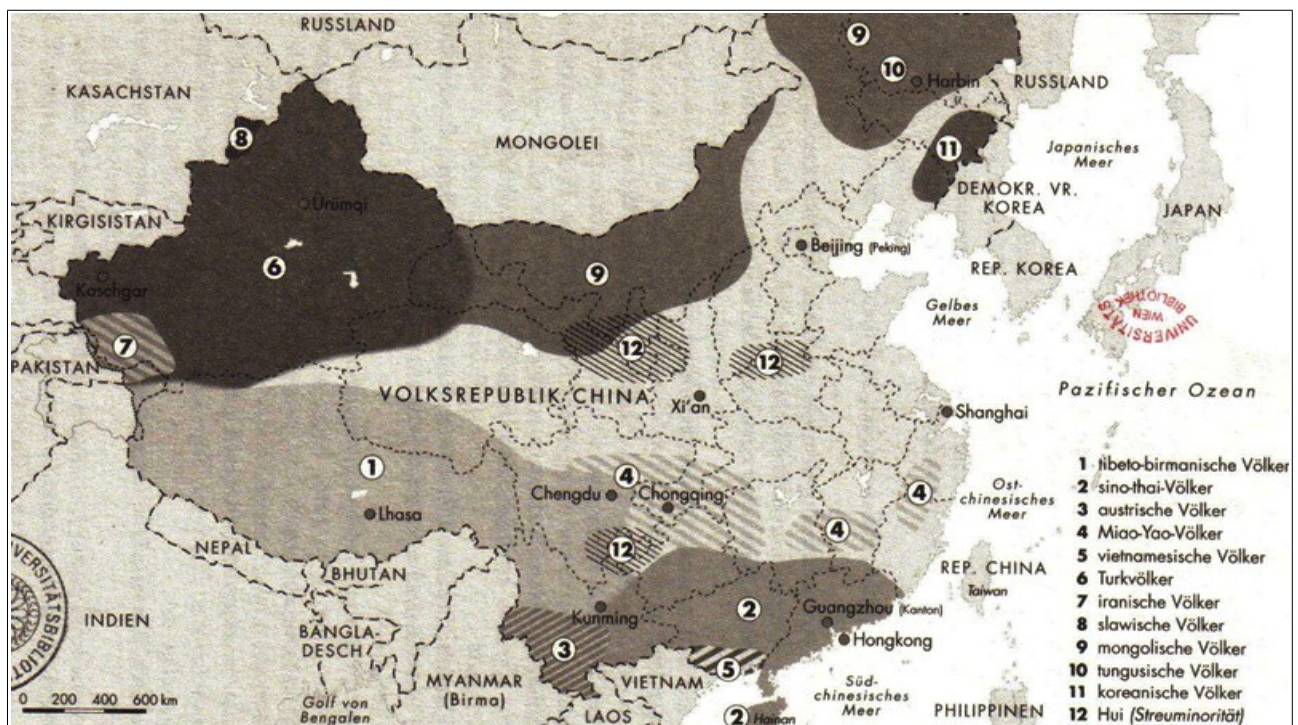


Abb. 13: Verbreitungsgebiete der Minderheiten in China

Es wird ersichtlich, wie oben erwähnt, dass die meisten Minderheiten entlang der Grenzregionen beheimatet sind: die tibeto-birmanischen Völker im Südwesten, die Turkvölker im Nordwesten, oder die mongolischen Völker im Norden. Der Osten ist weitgehend frei von Minderheiten, lediglich ein paar Streuminoritäten sind dort zu finden.

Abbildung 14 zeigt noch einmal, in Zahlen bzw. Prozent, dass die Minderheiten in den Regionen des Ostens kaum eine Rolle spielen, in den westlichen Gebieten jedoch dominieren (Daten aus 1993):

Province/Region	Total population (no.)	Minority population		Rank (1–30)
		(no.)	(%)	
North				
Beijing	10,819,414	414,063	3.8	19
Tianjin	8,785,427	202,666	2.3	20
Hebei	61,082,755	2,309,093	3.9	18
Shanxi	28,758,846	82,295	0.3	28.5
Inner Mongolia	21,456,518	4,166,523	19.4	8
Liaoning	39,459,694	6,165,912	15.6	10
Jilin	24,659,790	2,525,365	10.2	11
Heilongjiang	35,215,932	1,998,632	5.3	14
East				
Shanghai	12,341,852	2,235	0.5	26.5
Jiangsu	67,056,812	153,343	0.2	30
Zhejiang	41,446,015	212,752	0.5	26.5
Anhui	56,181,005	324,352	0.6	24
Fujian	30,048,275	466,800	1.6	21
Jiangxi	37,710,177	101,288	0.3	28.5
Shandong	84,392,104	505,900	0.6	24
Henan	85,534,200	1,009,521	1.2	22
Hubei	53,970,501	2,140,579	4.0	17
South				
Hunan	60,657,992	4,823,837	8.0	13
Guangdong	62,829,741	355,317	0.6	24
Guangxi	42,244,884	16,577,766	39.2	4
Hainan	6,558,075	1,116,582	17.0	9
West				
Sichuan	107,218,310	4,890,024	4.6	15
Guizhou	32,391,051	11,242,295	34.7	5
Yunnan	36,972,587	12,358,054	33.5	6
Tibet	2,196,029	2,115,192	96.3	1
Shaanxi	32,882,286	1,857,478	4.5	16
Gansu	22,371,085	2,217,478	8.3	12
Qinghai	4,456,952	1,878,040	42.1	3
Ningxia	4,655,445	1,549,068	33.3	7
Xinjiang	15,153,883	9,461,474	62.4	2
Total	1,130,510,638	91,323,090	8.04	30

Abb. 14: Minderheitenverteilung nach Regionen in Zahlen und Prozent

Es wird verdeutlicht, dass die großen Städte im Osten, wie z.B. Shanghai (0,5 Prozent Minderheitenbevölkerung) oder Fujian (1,6 Prozent Minderheitenbevölkerung) sehr weit hinten im Ranking liegen, Jiangsu, eine Provinz an der Ostküste, hat mit 0,2 Prozent den niedrigsten Minderheitenanteil von allen. Auf der anderen Seite liegen die stark von Minderheiten besiedelten Regionen vor allem Westen, allen voran Tibet – hauptsächlich von Tibetern bewohnt - mit einem Minderheitenanteil von 96,3 Prozent, gefolgt von Xinjiang – Wohngebiet der Uiguren - mit 62,4 Prozent, Qinghai – Wohngebiet verschiedenster Minderheiten - mit 42,1 Prozent, Guangxi – Wohngebiet der größten Minderheit, den Zhuang - , mit 39 Prozent, Ningxia – wichtiges Verbreitungsgebiet der Hui – mit 33,3 Prozent und der Inneren Mongolei – Verbreitungsgebiet der Mongolen – mit einem Minderheitenanteil von nur noch etwas mehr als 19 Prozent. Die Regionen im Süden und Norden liegen primär im Mittelfeld (vgl. Iredale, Bilik et al. 2003: 11).

Nichtsdestotrotz sind in der jüngeren Vergangenheit aber vor allem die Städte des Ostens immer stärker von Minderheitenangehörigen aufgesucht worden. Auf der Suche nach besserer Ausbildung, besseren Jobs und generell einem besseren Leben als im armen Westen, suchen viele Minderheitenangehörige ihr Glück in den Städten des reichen Ostens. So lag die Zahl der Minderheitenangehörigen in Beijing im Jahr 1982 bei etwa 285.000, 1990, also gerade einmal acht Jahre später, lag sie schon bei 414.000 (vgl. Iredale, Bilik 2003: 27).

Da sie aber nur sehr schwer einen Arbeitsplatz bekommen (die Han werden ihnen gegenüber bevorzugt), erfolgt zumeist ein weiterer sozialer Abstieg, der für die meisten Männer mit Alkohol- und Drogenmissbrauch endet, für viele Frauen mit Prostitution (vgl. Höllmann 2001: 29).

10. Drei Minderheiten genauer betrachtet: Mongolen, Tibeter und Uiguren

Nachdem nun schon viele Informationen über die Situation der Minderheiten und der Minderheitenpolitik in China bekannt sind, kommt es an dieser Stelle zum nächsten wichtigen Teil dieser Arbeit, nämlich der genaueren Analyse und Betrachtung dreier besonderer Minderheiten China und zwar der Mongolen, der Tibeter und der Uiguren .

10.1. Die Mongolen

Die Mongolen sind eines von fünf mongolischen Völkern (Mongolen, Dongxiang, Tu, Daghuren und Bonan) mit einer Angehörigenzahl von 5,8 Millionen Menschen im Jahr 2000. Die traditionelle Lebensweise ist nomadisch als Jäger oder Hirte (vgl. Can 2004: 120). Die mongolische Sprache gehört in dieselbe Sprachenfamilie wie jene der Turkvölker und der Tungusischen. Neben der Sprache besitzen die



Abb. 15: Autonome Region der Mongolen, Innere Mongolei

Mongolen auch eine eigene Schrift, die von großer Bedeutung für sie ist, da sie ein verbindendes Glied zwischen den mongolischen Völkern darstellt (vgl. Ludwig 2009: 128). Das Verbreitungsgebiet liegt im Nordosten der Volksrepublik, hauptsächlich in der autonomen Region „Innere Mongolei“. Die flächenmäßige Ausdehnung der Inneren Mongolei beträgt in etwa 1,1 Millionen km², was einem Neuntel der chinesischen Gesamtfläche entspricht. Die Einwohnerzahl liegt bei 25 Millionen, der Großteil der Einwohner wird aber bereits von Han-Chinesen gestellt (vgl. Ludwig 2009: 132).

10.1.1. Historische Hintergrundinformationen

Die Innere Mongolei war und ist seit jeher ein stark umkämpftes Gebiet zwischen Mongolen und Chinesen. Schon vor tausend Jahren führten chinesische Ackerbauern und mongolische Nomadenvölker einen Kampf um die Herrschaft des genannten Gebiets. Seitens der mongolischen Völker wurden immer wieder Versuche unternommen, die verschiedenen Stämme einer einheitlichen Führung zu unterstellen, um auch strategisch und kämpferisch an Stärke zu gewinnen, was aber kaum bzw. nur sehr kurzweilig funktionierte (vgl. Grobe-Hagel 1991: 247 f.).

Es gab aber auch Zeiten, in denen das mongolische Reich ein sehr riesiges, starkes und auch einflussreiches Gebiet war. Dies war vor allem im 12. Jahrhundert unter der Führung von Dschinghis Khan der Fall, als das mongolische Reich zur dominierenden Macht im gesamt-asiatischen Raum aufstieg. Die Stärke des Reichs war größtenteils Ergebnis eines ausgeklügelten und für diese Zeit hoch entwickelten Systems von Reiterheeren, wobei aber auch die Brutalität der Mongolen einen wichtigen Beitrag zu deren Erfolg beitrug. Stießen die Reiterheere auf Widerstand, so kam es zu großer Zerstörungswut, Ausplünderungen, Versklavungen und Tötungen (vgl. Ludwig 2009: 129). Auch China wurde in dieser Zeit zum ersten Mal zur Gänze von einem fremden Volk, den Mongolen, erobert und musste unter der Yuan-Dynastie eine Fremdherrschaft erdulden (vgl. Grobe-Hagel 1991: 250).

Im 13. Jahrhundert wies das Mongolische Reich eine Gesamtbevölkerung von etwa fünf Millionen Menschen auf. Aufgrund von Streitereien, Rivalitäten und Kriegen zwischen einzelnen Gruppen innerhalb des Reiches kam es 1368 zum langsamen, aber sicheren Zerfall, was sich auch in der Bevölkerungsentwicklung niederschlug: Es kam zu einer Halbierung, wodurch das Volk auf nur mehr 2,4 Millionen schrumpfte (vgl. Iredale, Bilik et al. 2003: 53).

Als das chinesische Reich unter der Führung der Qing-Dynastie stand, war die Zugehörigkeit der Mongolei zum chinesischen Reich unbestritten, auch wenn in der Anfangszeit Autonomiebewegungen zu erkennen waren (Verweigerung von Steuerabgaben, Widersetzung gegen Befehle chinesischer Beamten, etc.). Gleichzeitig

kam es zu den ersten grundlegenden Änderungen in der mongolischen Gesellschaft, die bis heute ihre Nachwirkungen haben: Es kam zu einem starken Zuzug von Han-Chinesen in die Mongolei, die schon damals bewusst eingeleitet wurde, um mehr chinesischen Einfluss in diesem Gebiet erreichen zu können. So kam es auch, dass sich etliche mongolische Fürsten bei chinesischen Großgrundbesitzern verschuldeten, die ihnen die Tilgung durch Gewährung von Land bewilligten, wodurch sich die Han-Chinesen immer mehr Einfluss in der Mongolei sichern konnten, was aber auch gleichzeitig für immer mehr Unmut unter der ansässigen Bevölkerung sorgte (vgl. Grobe-Hagel 1991: 255).

Nach dem Niedergang der Qing-Dynastie 1911, versuchten die Mongolen diese Gelegenheit und die aktuelle Schwäche des chinesischen Systems zu nützen und wollten die Loslösung von China erreichen. Dies gelang aber nur der Äußeren Mongolei mit Unterstützung der Sowjetunion (vgl. Ludwig 2009: 130). Trotz aller Bemühungen erreichte die Innere Mongolei bis heute nie Unabhängigkeit von China, jedoch wurde ihr 1947 als erster chinesischen Region überhaupt der Status einer „Autonomen Region“ gewährt, den sie auch heute noch führt (vgl. http://userpage.fu-berlin.de/~corff/im/Landeskunde/inner_m.html).

10.1.2. Konfliktbereiche, deren Ursachen und Wirkungen: Die chinesische Bevölkerungspolitik und deren Auswirkungen auf die Innere Mongolei

Einer der wichtigsten Unterschiede zu den an späterer Stelle behandelten Uiguren und Tibetern ist, dass es in der mongolischen Gesellschaft keine (offenen) Forderungen für mehr Autonomie und Freiheit oder gar eine Loslösung der Inneren Mongolei von China gibt. Trotzdem betreibt die KPCh eine starke Sinisierung in der Inneren Mongolei, die dabei so extreme Formen angenommen hat, wie sie in keiner anderen autonomen Region in China zu beobachten war. Vorangetrieben wird dieser Prozess vor allem durch einen immensen Zuzug von Han-Chinesen, wobei sich die Han-Bevölkerung innerhalb der letzten vierzig Jahre von etwa zehn auf achtzig Prozent erhöht hat, was einer Steigerung um das Achtfache gleichkommt. Primäre Gründe, die den Zuzug weiter verstärken sind die leichte Erreichbarkeit der Inneren Mongolei (guter Erschließung), sowie das Klima, welches jenem der umliegenden Regionen sehr ähnlich ist. Vor allem das Tempo, mit der diese Ansiedlung von Han vorangetrieben wird, ist extrem (vgl. Ludwig 2009: 132).



Abb. 16: Entwicklung der Han-Bevölkerung und der Mongolen-Bevölkerung in der Hulun Buir Region zwischen 1950 und 1970

Abbildung 16 zeigt die außergewöhnliche Entwicklung der Bevölkerung anhand der mongolischen Region Hulun Buir. Seit den fünfziger Jahren steigt die Han-Population in der Region kontinuierlich, in den sechziger Jahren sogar extrem, an, während die mongolische Bevölkerung nur sehr schwache Zuwächse zu verzeichnen hat.

Die hohe Zahl an Han-Chinesen führte dazu, dass die Mongolen zu Minderheit in ihrer eigenen autonomen Region wurden. Bis zu den achtziger Jahren wuchs die mongolische Bevölkerung kaum aufgrund der damaligen niedrigen Fertilitätsrate und schlechten sanitären Umständen. Gleichzeitig kam es zu einem starken Zuzug von Han-Chinesen. Die mongolische Bevölkerung wächst erst seit den achtziger Jahren stärker. Dies ist insbesondere zurückzuführen auf die Ausnahme von der Ein-Kind-Politik sowie die hohe Anzahl ehemaliger Han-Chinesen, die sich aufgrund diverser steuerlicher Erleichterungen und Förderungen für Angehörige von Minderheiten heute als Mongolen identifizieren. 1947 stellten die Mongolen noch einen Anteil von 15 Prozent an der Bevölkerung der Inneren Mongolei, 1964 waren es nur noch 11 Prozent, 1995 verbesserte sich die Situation wieder leicht auf 13,5 Prozent. 1947 machten die Han ca. 4,4 Millionen Menschen der Bevölkerung in der Inneren Mongolei aus, 1964 waren es bereits 11 Millionen (das entspricht einer Zunahme von insgesamt 126 Prozent bzw. acht Prozent im Jahr) und 1990 sogar schon mehr als 17 Millionen (Zunahme um ca. 3,6 Prozent im Jahr). Zum Vergleich: 1947 lag die Gesamtbevölkerung der Inneren Mongolei bei gerade einmal 5,62

Millionen Menschen (vgl. Iredale, Bilik 2003: 56).

Abbildung 17 zeigt die Bevölkerungszusammensetzung der Inneren Mongolei aus dem Jahr 1990:

Nationalität	Zahl	Anteil in %	Zuwachs in % p.a.s. 1982
Han-Chinesen	17.298.722	80,62	+ 0,76
Mongolen	3.375.230	15,73	+ 3,88
Mandschu	456.352	2,13	+ 8,53
Hui	192.808	0,90	+ 1,66
Da'uren	71.396	0,33	+ 2,94
Ewenken	23.367	0,11	+ 3,19
Koreaner	22.641	0,11	+ 3,21
Orotschen	3.102	0,01	+ 5,38
andere	13.180	0,06	
Gesamtbevölkerung	21.456.798		+ 1,35

Abb. 17: Bevölkerungszusammensetzung der Inneren Mongolei 1990 in Prozent im Vergleich zu 1982

Es ist eindeutig erkenntlich, dass die Han-Chinesen die deutliche Mehrheit stellen (mehr als 80 Prozent der Gesamtbevölkerung). Neben den Han und den Mongolen (16 Prozent der Bevölkerung) gibt es eine Reihe weitere Minderheiten in der Inneren Mongolei, die aber allesamt jeweils weniger als 1 Million Angehörige haben. Auffällig ist das höhere Wachstum der Minderheiten im Vergleich zu Han-Bevölkerung, was hauptsächlich auf deren Ausnahme von der Ein-Kind-Politik zu erklären ist. Vor allem die Mandschus, die Mongolen und die Orotschen können den größten Zuwachs im Vergleich zum Jahr 1982 vorweisen.

Mit der Ankunft der Han-Chinesen kam es zu einem Wechsel in der Bewirtschaftung der Landschaftsflächen, was sich in einer großen Zerstörung und Schädigung der Natur niederschlug. Weite Teile des westlichen Gebiets der Inneren Mongolei sind natürliche Wüsten- und Steppengebiete, im Osten der Region sind Grasländer dominierend. Alleine im Zeitraum 1958 bis 1966 wurde eine Fläche von über 111.000 Hektar Weideland in intensiv genutzte Agrarflächen umgewandelt. Die Methode zerstörte die Flächen innerhalb weniger Jahren vollkommen, weshalb neue Weidelandflächen in agrarisch genutzte Felder umgewandelt werden mussten. Diese voranschreitende Zerstörung führt gleichzeitig zu einer sich immer schneller ausbreitenden Desertifikation. Hauptleidtragende war die

nomadisch lebende Bevölkerung, die immer weniger Weidelandflächen für sich und ihr Vieh zur Verfügung hatte und deshalb bis heute in entlegene Gebiete zurückgedrängt wird. Dies stellt aber eine existentielle Bedrohung für viele Mongolen dar, da das Nomadenleben für sie überlebenswichtig ist: Weideflächen und ihre Herden geben ihnen Kleidung, Nahrung, Wohnraum und Transportmöglichkeit. Diese Geschehnisse, die sich vor allem in den letzten vierzig bis fünfzig Jahren stark zugespitzt haben, stellen eine große Bedrohung für viele Mongolen dar und führen auch zu einem Wandel in deren Lebensform. Viele ehemals am Land als Nomaden lebende Mongolen sehen sich heute gezwungen in Städte zu ziehen, um schlecht bezahlte Jobs anzunehmen und ihre Familien versorgen zu können (vgl. Iredale, Bilik et al. 2003: 62 f.).

Die chinesische Regierung sieht dabei die Mongolen und ihre nomadische Lebensweise als Ursache für die Zerstörung der Weideländer und der damit verbundenen Desertifikation. Unter diesem Vorwand versucht die KPCh immer mehr nomadische lebende Mongolen zur Sesshaftigkeit zu zwingen, damit die Natur nicht noch weiter durch deren Wirken geschädigt wird. Als Entschädigung erhalten betroffene Nomaden Ersatzdörfer. Ihnen ist es striktest verboten, Viehherden zu halten oder wieder auf ihre traditionellen Weidegebiete zurückzukehren (vgl. Ludwig 2009: 133 f.).

In Wirklichkeit verfolgt die KPCh mit dieser Vorgehensweise aber das Ziel, die Mobilität der Minderheit einzuschränken, um sie dadurch leichter kontrollieren zu können (vgl. Höllmann 2001: 29).

Ökologen und andere Wissenschaftler sind aber der Auffassung, dass die Weide- bzw. Nutzungsweise der Nomaden die Weidegebiete der Inneren Mongolei keineswegs zerstören, sondern für ein ökologisches Gleichgewicht in den betroffenen Regionen sorgen, da die Nomaden eine kontinuierliche Wechselwirtschaft betreiben, um dem Boden bzw. der Erde wieder Zeit zur Regenerierung zu geben. Diese wichtige Erholungsphase fehlt bei der intensiven Landwirtschaftstechnik der Han-Bauern aber vollkommen, wodurch der Boden irreversibel geschädigt wird und sich langsam aber doch in Steppen bzw. Wüstengebiete umwandelt (vgl. Iredale, Bilik et al. 2003: 62).

Der hohe Prozentsatz der Han-Chinesen, vor allem in den urbanen Gebieten, hat auch Auswirkungen auf das kulturelle Erbe der Mongolen. In vielen Städten haben Mongolen mittlerweile ihre Muttersprache verloren und sprechen nur noch Chinesisch. Vor allem die

junge Generation ist davon sehr stark betroffenen. Zwar wird versucht, den Unterricht in mongolischer Sprache aufrecht zu erhalten bzw. auszubauen und zu fördern, aber viele der jungen Mongolen erkennen, dass es für sie persönlich wichtiger ist, Chinesisch und auch Englisch sprechen zu können, da diese Sprachen ein wichtiger Grundsatz für eine berufliche Karriere darstellen. Diese Einstellungen und Entwicklungen machen es deshalb sehr schwer, dass das „Mongolische“ und die Kultur der Mongolen weiter überlebt. Besser sieht die Situation in den ländlichen Gebieten aus, da hier die Mehrheit von den Mongolen gestellt wird, wodurch die mongolischen Sitten und Lebensweisen (inklusive Sprache und Schrift) dort weitergelebt werden (80 Prozent der mongolischen Bevölkerung leben in den ländlichen Gebieten, die restlichen 20 Prozent verteilen sich auf verschiedene mongolische Städte) (vgl. Iredale, Bilik et al. 2003: 58 ff.).

Die Verfassung erlaubt es den Minderheiten - somit auch den Mongolen - ihre eigenen Sprachen zu benutzen. In der Inneren Mongolei wird dieses Recht vor allem in den Städten demonstrativ missachtet. In Geschäften gibt es keine Aufschriften auf Mongolisch, genauso wenig werden Speisekarten in den Restaurants übersetzt. Buchgeschäfte mit mongolischer Literatur, sowie Fernsehen und Rundfunk in mongolischer Sprache fehlen zur Gänze. Neben der Diskriminierung bei der Benutzung der Sprache, erfahren die Mongolen im alltäglichen Leben weitere Diskriminierungen: Mongolen dürfen nur dann in Hotels einchecken oder Waren in Städten kaufen, wenn sie die dazu benötigten Papiere eines dauerhaften Wohnsitzes in der Stadt aufweisen können. Auch diese Maßnahme dient wieder dazu, die Mongolen zur Sesshaftigkeit zu zwingen (vgl. http://userpage.fu-berlin.de/~corff/im/Landeskunde/inner_m.html).

Wie auch in vielen anderen Minderheitsgebieten weist auch die Innere Mongolei ein hohes Vorkommen an Rohstoffen auf (Kohle, Erze, Uran, etc.), weshalb die chinesische Regierung auch hier den Anschluss an das chinesische Bahnnetz stark vorangetrieben hat, um einen leichteren Abtransport zu ermöglichen. Die Behauptungen der KPCh, dass die Industrialisierungs- und Ausbaumethoden zu einer verbesserten Arbeitsmarktsituation unter der Minderheitenbevölkerung der Inneren Mongolei geführt haben, sind nicht zur Gänze wahr, da auch heute noch ein extrem niedriges Einkommen Alltag für viele Angehörige der einzelnen Nationalitäten darstellt (vgl. http://userpage.fu-berlin.de/~corff/im/Landeskunde/inner_m.html).

10.1.3. Resümee und die Lage heute

Die Ursache, warum China eine so starke Sinisierung in der Inneren Mongolei betreibt, ist wahrscheinlich die Wichtigkeit dieser Region für die Regierung. Wie in den meisten anderen autonomen Gebieten (vor allem Xinjiang und Tibet), sind es vor allem folgende Fakten, die die Innere Mongolei so wichtig und interessant für die KPCh machen:

- Hohes Vorkommen an wichtigen Rohstoffen (Eisenerze, Kohle, etc.)
- Geopolitisch und strategisch wichtige Lage der Inneren Mongolei: Das Gebiet stellt eine Grenzregion zu Russland und der Volksrepublik Mongolei dar.

(vgl. Ludwig 2009: 133)

Zusammenfassend können drei wichtige Ursachen genannt werden, die zu einer Verunsicherung und Abneigung der Mongolischen Bevölkerung gegenüber den Han führen:

- 1) Der - vor allem in kurzer Zeit - rasche und hohe Zuzug an Han-Chinesen, wodurch die Mongolen in der ihnen zugesprochenen autonomen Region selbst zur Minderheit wurden. Durch diese starke Präsenz der Han ist die Kultur der Mongolen (Sprache, Schrift, Sitten, Lebensweise, etc.) gefährdet, was sich in den Städten und unter der jungen mongolischen Bevölkerung zeigt: die Sprache wird kaum noch gesprochen, der (moderne) Lebensstil der Han-Bevölkerung wirkt attraktiver.
- 2) Ausbeutung der Rohstoffvorkommen in der Region, um die riesigen Städte im Osten des Landes mit Energie versorgen zu können, bei gleichzeitiger Zerstörung der natürlichen und vorherrschenden Bedingungen.
- 3) Zwanghafte Sesshaftmachung nomadischer Mongolen und dabei gleichzeitig die Beschuldigung der Nomaden als Hauptverursacher für die ausufernde und fortschreitende Desertifikation.

Bei all diesen negativen Auswirkungen, die die mongolische Bevölkerung erdulden musste, ist es aber wichtig zu erwähnen, dass die Innere Mongolei - im Vergleich zu den autonomen Gebieten Xinjiang oder Tibet - von keinen ethnischen Konflikten heimgesucht wurde und wird (mit Ausnahme der Kulturrevolution). Der Grund dafür ist, dass es von Seiten der Regierung große Anstrengungen gab, die mongolische Sprache, Schrift und Kultur zu fördern. Des Weiteren ist die KPCh schon sehr lange in der mongolischen Bevölkerung verankert (schon seit der Zeit vor der Gründung der Volksrepublik). Außerdem sind auch das Gesundheitswesen sowie das Schulwesen stark ausgebaut und erneuert worden. Dies führte zu einer Zufriedenstellung der Mongolen, weshalb größere Aufstände oder Unruhen bis heute ausgeblieben sind (vgl. Grobe-Hagel 1991: 260 ff.).

Nichts desto trotz sind die Auswirkungen der chinesischen Minderheitenpolitik keineswegs weniger katastrophal als anderswo. Heute ist die Innere Mongolei wirtschaftlich und sozialpolitisch abhängig von China, die KPCh hat einen großen Einfluss auf das Leben in der Inneren Mongolei erreicht, weshalb ein Loslösen der Region nahezu unmöglich ist. Die Sinisierung der mongolischen Kultur und Identität ist schon sehr stark vorangeschritten, da bei vielen Mongolen, vor allem unter der jungen Bevölkerung, das „nationale Zugehörigkeitsgefühl“ zum mongolischen Volk schon sehr stark gestört und geschwächt ist (vgl. http://userpage.fu-berlin.de/~corff/im/Landeskunde/inner_m.html).

Außerdem lebt die mongolische Minderheit mittlerweile sehr weit über die Volksrepublik China verteilt. Abbildung 18 zeigt die Verteilung aus dem Jahr 1949:

Mongolian Population Nationwide in 1949	
Province or autonomous region	Mongolian population
Inner Mongolia	835,000
Hebei	21,602
Liaoning	210,507
Henan	20,870
Jilin	42,357
Beijing	4,140
Heilongjiang	32,448
Yunnan	2,589
Xinjiang	52,453
Gansu	3,101
Qinghai	22,500
Others	68,691
Total	1,316,258

Abb. 18: Verteilung der mongolischen Bevölkerung über China 1949

Zwar lebte der Großteil schon damals in der Inneren Mongolei, aber 481.000 Mongolen außerhalb der autonomen Region und man kann davon ausgehen, dass die Verstreuung bis heute weiter zugenommen hat. Selbst wenn die Innere Mongolei unabhängig werden würde, müsste überlegt werden, wie man mit den restlich verbliebenen Mongolen umgeht, die dann eben nicht in dem für unabhängig erklärten Gebiet leben würden.

Zum Schluss sei noch erwähnt, dass in den letzten Jahren eine verstärkte Wanderung der am Land lebenden Mongolen in Richtung der Städte stattgefunden hat, hauptsächlich aufgrund der schon erwähnten Probleme (Verbot des Nomadenlebens und damit Verlust der Existenzgrundlage, womit Jobaussichten nahezu ausschließlich auf städtische Räume begrenzt werden). Abbildung 19 zeigt die Entwicklung der Mongolenbevölkerung in urbanen Gebieten:

Mongolian Population and Urbanization				
Year	Population growth	Growth rate (%)	Annual growth rate (%)	Urbanization level % of total population
1947–1995	6,696,75	2,418.12	6.95	3.52–19.56
1947–1957	32,416	117.05	8.06	3.52–5.40
1957–1962	–12,755	–21.22	–4.66	5.40–3.65
1962–1966	13,494	28.50	6.47	3.65–4.11
1966–1971	–2,648	–4.35	–0.89	4.11–3.46
1971–1979	28,418	48.83	5.10	3.46–4.28
1979–1983	175,501	202.61	31.89	4.28–10.07
1983–1995	435,249	166.05	8.50	10.07–19.56

Abb. 19: Anteil der Mongolen unter der urbanen Bevölkerung in Prozent, zwischen 1947 und 1995

Es wird ersichtlich, dass die Mongolen in den Städten immer stärker vertreten sind, was vor allem der Vergleich zwischen den Jahren 1947 und 1995 ersichtlich macht: 1947 waren gerade einmal 3,5 Prozent der urbanen Bevölkerung mongolischer Herkunft, 1995 waren es schon fast 20 Prozent. Auch der kurze Zeitraum von 12 Jahren 1983 bis 1995 zeigt, dass es hauptsächlich in den letzten drei Jahrzehnten zu einer starken Wanderung der Mongolen in die Städte gekommen ist. Im besagten Zeitraum hat sich der Anteil der mongolischen Bevölkerung in den Städten verdoppelt (von 10 Prozent auf 20 Prozent). Wenn sich die Lage der Mongolen im ländlichen Raum nicht ändern wird, kann man davon ausgehen, dass mehr und mehr Mongolen - insbesondere die junge Generation - in die Städte abwandern wird, wo wiederum ihre kulturellen Traditionen und Sitten - aufgrund der Han-Dominanz und der von der KPCh betriebenen Sinisierung - stark bedroht sind (vgl. Iredale, Bilik et al. 2003: 63 ff.).

10.2. Die Tibeter

Die Minderheit der Tibeter gehört zur Gruppe der tibeto-birmanischen Völker, der noch 16 weitere in China lebende Minderheiten angehören. Das Hauptverbreitungsgebiet liegt im Süden bzw. Südwesten des Landes, in der seit 1965 existierenden autonomen Region Tibet (kurz: ART). Eine weite Verbreitung ist aber auch in den umliegenden Regionen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunan gegeben. Die meisten Tibeter sind Anhänger der buddhistischen Glaubenslehre (vgl. Can 2004: 147).

Die genaue Zahl der in China lebenden Tibeter ist schwer zu ermitteln, da die meisten Statistiken aus politischem Interesse manipuliert wurden. Schätzungen gehen aber davon aus, dass 1990 4,6 Millionen Tibeter in der Volksrepublik lebten, davon etwa 2 Millionen in der ART. Die Mehrheit, etwa 2,5 Millionen, lebt aber in angrenzenden Regionen und Provinzen. Außerdem befinden sich noch weitere 100.000 Tibeter im indischen Exil (vgl. Haas 1997: 28).

Die flächenmäßige Größe der Autonomen Region Tibets beträgt rund 1,2 Millionen Quadratkilometer. Das „historische Tibet“, das auch die Regionen Kham und Amdo beinhaltete, wurde aufgeteilt und umliegenden Regionen zugesprochen. Es war mit 2,5 Millionen Quadratkilometer mehr als doppelt so groß wie die heutige autonome Region Tibet (vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Tibet#Geographie>).

Abbildung 20 zeigt die geographische Lage der Autonomen Region Tibet:



Abb. 20: Autonome Region der Tibeter, Tibet

10.2.1. Historische Hintergrundinformationen

Dieses Kapitel widmet sich den historischen Entwicklungen und Geschehnissen der tibetischen Region von den Anfängen bis zum Jahr 1911, dem Zusammenbruch der Qing-Dynastie. Die weitere Entwicklung ab 1912 wird im anschließenden Kapitel „Ursachen und Auswirkungen der Konflikte“ dargestellt, da es ab diesem Zeitpunkt unterschiedliche Auffassung über den offiziellen Unabhängigkeitsstatus Tibets gab, welche die Situation Tibets und auch der Volksrepublik China bis heute wesentlich beeinflussen.

Die genauen Ursprünge der Tibeter sind nicht bekannt. Sie gehören zu den tibeto-birmanischen Völkern und man nimmt an, dass sie aus nomadischen Stämmen, wie etwa den Chiang, hervorgegangen sind. Deren Existenz reicht bis ins 14. Jahrhundert vor Christus zurück (vgl. Haas 1997: 27).

Der tatsächliche Beginn der Geschichte der Tibeter wird mit dem Jahr 127 vor Christus datiert. Zu dieser Zeit herrschte der erste tibetische König über die so genannte Yarlung-Dynastie (127 v. Chr. - 842 n. Chr.) (vgl. Ludwig 2009: 71).

Während dieser Dynastie kam es zu wichtigen historischen Entwicklungen und Geschehnissen: Mit der Heirat einer nepalesischen und einer chinesischen Prinzessin - beide Buddhistinnen - kam der Buddhismus nach Tibet. Vor allem durch die Heirat der chinesischen Prinzessin intensivierte sich der Einfluss der Chinesen in Tibet, wobei schon damals eine eher schlechte Beziehung zwischen China und Tibet geherrscht hat, da es immer wieder zu Konfliktsituationen und Bedrohungsszenarien kam (vgl. Haas 1997: 34).

Das Ende der Yarlung-Dynastie war von starken Spannungen und Konflikte im damaligen „Tibetischen Großreich“ geprägt, die schlussendlich zu einer Teilung des Reichs führten. Im Jahr 842 endete die Ära des Großreiches Tibet endgültig. Die folgenden Jahre waren von weiterer Zersplitterung und Auseinanderbrechen gekennzeichnet, Anarchie und Chaos prägten das Bild Tibets (vgl. Kollmar-Paulenz 2006: 52 f.).

Das 13. und 14. Jahrhundert nach Christus brachte ein historisch bedeutsames Ereignis mit sich: Die friedliche Eingliederung Tibets in das Mongolische Reich unter der Yuan-Dynastie (1279-1368). Da die Mongolen damals ein sehr starkes und einflussreiches Reiterheer waren, unterwarf sich Tibet dem Mongolischen Reich. Es kam zu einem Treffen

zwischen Tibetern und Mongolen, bei welchem eine friedliche Eingliederung Tibets ohne militärische Gewalt in das Weltreich der Mongolen ausgehandelt wurde (vgl. Kollmar-Paulenz 2006: 79).

Dieses Ereignis ist deshalb von so großer Bedeutung, da China diese Eingliederung als einen der Hauptgründe anführt, warum Tibet historisch bedingt ein unabtrennbarer Bestandteil Chinas ist, mehr dazu aber im Kapitel „10.2.2.1. Die Statusfrage Tibets und die Interessen Chinas an Tibet“.

Die Yuan-Dynastie wurde von der Ming-Dynastie abgelöst, der sich Tibet aber nicht mehr unterordnen wollte. Tibet war ab dieser Zeit de facto unabhängig, auch wenn Beziehungen und Besuche zwischen Tibet und Peking, der damaligen Ming-Hauptstadt, aufrechterhalten wurden (vgl. Grobe-Hagel 1991: 80).

Das nächste wichtige historische Ereignis folgte im Jahr 1717, als die Dsungaren in Tibet einmarschierten. Da Tibet in dieser Situation nicht Oberhand gewinnen konnte, wandten sich die Tibeter in ihrer misslichen Lage an das von den Mandschuren regierte China, und erhofften sich Hilfe und Unterstützung. 1720 vertrieben chinesische Soldaten die Dsungaren. Doch die chinesische Unterstützung hatte Konsequenzen für Tibet: Von 1720 bis zum Ende der Qing-Dynastie blieb Tibet ein „Protektorat Chinas unter tibetischer Verwaltung“ (vgl. Haas 1997: 38). Auch dieses Übereinkommen sieht die Volksrepublik China heute als einen weiteren Beweis dafür, dass Tibet ein historischer Teil Chinas ist.

Doch in der damaligen Zeit hatte die Qing-Dynastie mit etlichen internen Problemen zu kämpfen, was durch den ständig zunehmenden Druck der europäischen Kolonialmächte weiter verstärkt wurde. Tibet stellte die Autorität der Qing-Dynastie damals nicht in Frage, innenpolitisch war Tibet aber autonom. Deswegen kann man in dieser Zeit von einer „de facto politischen Unabhängigkeit“ Tibets sprechen, da es vollkommen auf sich alleine gestellt war (vgl. Kollmar-Paulenz 2006: 130 f.). Diese Schwächen der Qing-Herrschaft führten dazu, dass Großbritannien 1904 auf der Suche nach Handelspartnern in Lhasa einmarschierte und eine „Lhasa convention“ mit Tibet erzwang, was die Briten bis 1906 zu „De-facto-Herrschern“ über Tibet machte. Durch den großen internationalen Druck vor allem von China und Russland anerkannte Großbritannien aber wieder die Herrschaft der Mandschus über Tibet (vgl. Kollmar-Paulenz 2006: 139 f.).

1912 kam es zum Fall der Qing-Dynastie, was Tibet für sich zu nutzen versuchte: Man vertrieb die letzten chinesischen Soldaten und Truppen, 1913 rief der Dalai Lama schließlich die Unabhängigkeit Tibets aus. Bis heute ist aber umstritten, ob diese Erklärung zur Unabhängigkeit auch tatsächlich völkerrechtlich verbindlich ist, weshalb die Diskussion bis in die Gegenwart ein Streitgespräch zwischen Tibet und China darstellt. 1912 lies der erste Präsident der chinesischen Republik China verlauten, dass Tibet nach wie vor ein Bestandteil Chinas sei. Die Folge dessen waren bewaffnete Grenzkonflikte, die bis zum Jahr 1949, dem Gründungsjahr der Volksrepublik China, anhalten sollten (vgl. Haas 1997: 39 ff.).

Auch unmittelbar nach der Gründung der Volksrepublik China gingen die Streitigkeiten zwischen Tibet und China weiter. Eine der ersten Forderungen Mao Tse Tungs war, Tibet wieder in das „chinesische Mutterland“ zu integrieren (vgl. Ludwig 2009: 73). Aufgrund der Geschehnisse suchte Tibet verzweifelt nach internationalen Unterstützern (Nepal, Indien, Großbritannien und USA), die bei der Forderung nach Unabhängigkeit unterstützen sollten. Doch keines der Länder wollte diese Bestrebungen unterstützen. Die KPCh warnte nämlich vor solchen Maßnahmen, da sie „jeden Kontakt mit tibetischen Repräsentanten als feindlichen Akt gegenüber der Volksrepublik China“ deuten würde, weshalb sich (bis heute) kein Staat zur Anerkennung Tibets als freien, unabhängigen Staat durchringen konnte (vgl. Haas 1997:46).

Im Oktober 1950 kam es zum Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee in Tibet mit der offiziellen Begründung, Tibet von einer „imperialistischen Unterdrückung“ zu befreien und die chinesische Westgrenze abzusichern. Einmischungen von außen wurden abgelehnt, da sie als Eingriff in „inner-chinesische“ Angelegenheiten interpretiert wurden (vgl. Haas 1997: 46 f.).

Im Jahr 1951 folgten Verhandlungen zwischen tibetischen und chinesischen Delegationen, die mit der Unterzeichnung eines so genannten „17 Punkte Programms“ endeten, in denen Tibet zum ersten Mal die Oberhoheit Chinas über Tibet anerkannte. Dieses Programm enthielt unter anderem folgende Forderungen bzw. Versprechungen:

- Tibet soll in die große Völkerfamilie des Mutterlandes, der Volksrepublik China, zurückkehren.
- Tibet erhält regionale Autonomie und die Zusicherung, das gegenwärtige politische

System unverändert beibehalten zu dürfen.

- Religionsfreiheit ist weiterhin erlaubt, auch Klöster dürfen weiter unterhalten werden.
- Förderungen der tibetischen Sprache, der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie sollen erfolgen.
- Ein Reformprogramm soll auch in Tibet vollzogen werden, jedoch ohne Druck durch chinesische Politiker.
- Ein militärisches Komitee und ein militärisches Hauptquartier in Lhasa werden von Tibet genehmigt und geduldet.
- Der Dalai Lama und der Panchen Lama sind hinsichtlich ihres Status, ihrer Funktion und ihrer Autorität unantastbar.

(vgl. Grobe-Hagel 1991: 92 ff.)

1956 kam es zur Gründung eines „Vorbereitungskomitee der autonomen Region Tibet“, dessen Vorsitz der Dalai Lama innehatte, und dem nahezu ausschließlich Tibeter angehörten. Die Mitglieder dieses Komitees mussten jedoch von der Regierung in Beijing bestätigt werden, womit sich China einen großen Einfluss in Tibet sicherte. Das zeigte sich in der Praxis auch bald, da nahezu alle Entscheidungen von einem anderen Gremium, dem Tibet-Komitee der KPCh, welches ausschließlich von Han-Chinesen besetzt war, getroffen wurden. Tibet unterlag immer stärker der Kontrolle Beijings. Die Verbesserungen im Bereich der Infrastruktur (Ausbau des Straßennetzes und von Telefonleitungen), verstärkten und vereinfachten die chinesische Kontrolle noch weiter (vgl. Lee 1993: 94 f.).

Der Unmut innerhalb der tibetischen Bevölkerung nahm im Laufe der Jahre zu, da man sich von der KPCh übergangen fühlte. Proteste und Demonstrationen folgten. Deren Auswirkungen werden im nächsten Kapitel genauer behandelt.

10.2.2. Konfliktbereiche, deren Ursachen und Wirkungen

In den folgenden Kapiteln sollen die Maßnahmen und politischen Aktionen der KPCh näher betrachtet werden, die zu Unzufriedenheiten, Demonstrationen und Revolten in der tibetischen Gesellschaft geführt haben. Im Falle Tibets ist es wichtig, die Geschehnisse der Ära Mao Tse Tung genauer zu betrachten, da diese katastrophale Folgen für die Tibeter hatte und die Verletzungen nahezu aller Menschenrechte begangen wurden. Nichts desto trotz ist es aber vor allem die Frage um die Unabhängigkeit Tibets, die zu einem der größten Probleme und Konfliktbereiche in der Tibetpolitik geworden ist.

10.2.2.1. Die Unabhängigkeitsfrage Tibets und die Interessen Chinas an Tibet

Ist Tibet nun ein Bestandteil Chinas oder nicht? Diese Frage scheint bis heute noch ungeklärt zu sein und ist einer der wichtigsten Ursachen für die tibetische Unzufriedenheit und dadurch ausgelösten Unruhen. Die Tibeter sehen sich nämlich nicht als Chinesen, sie wollen vollkommen unabhängig sein und somit auch nicht als Teil der Volksrepublik China angesehen werden. Anders ist dies aus der Sicht Chinas bzw. der KPCh, wo man von einem „unabtrennbaren“ Teil Chinas spricht. Deshalb soll dem Thema „Die Unabhängigkeitsfrage Tibets und die Interessen Chinas an Tibet“ ein eigenes Unterkapitel gewidmet werden, in welchem aufgezeigt wird, wie die jeweiligen Lager ihre Positionen zu rechtfertigen versuchen und was Tibet für die Volksrepublik China so interessant bzw. wichtig macht.

China hat aus zwei Gründen Interesse an Tibet:

- 1) Tibet als strategischer Stützpunkt: Die Lage Tibets und damit ihrer Absicherung, ist für China von großer Bedeutung, da es eine Grenzregion zu Indien und dem Mittleren Osten darstellt. Durch diese Absicherungsmaßnahmen ist gleichzeitig gesichert, dass keine Einflüsse von außen auf Tibet einwirken können (vgl. Lee 145 f.).
- 2) Tibet als Rohstoffquelle: Vor allem das große Holzvorkommen (17 Prozent aus ganz China), diverser Erzminerale (Chrom, Kupfer, Brom, Uran, usw.) und die hohe Anzahl an Flüssen, die für den Bau von Wasserkraftwerken genutzt werden können, sind eine unverzichtbare Gelegenheit für China. Schätzungen gehen davon

aus, dass bis zu sechzig LKWs am Tag Tibet mit wertvollen Rohstoffen in Richtung China verlassen (vgl. Lee 151 f.).

Argumentation seitens Tibet bzgl. der Unabhängigkeitsforderungen:

- Tibet sieht sich seit dem Fall der Yuan-Dynastie 1368 als unabhängig, da es sich danach nicht mehr der chinesischen Ming-Dynastie angeschlossen hat.
- Spätestens mit dem Fall der Qing-Dynastie 1912 besteht aus tibetischer Sicht der Anspruch auf die Unabhängigkeit, da der 13. Dalai Lama im gleichen Jahr die Unabhängigkeit Tibets ausgerufen hat, die 1912 bis 1950 (de facto) auch bestand.

(vgl. Haas 1997: 56 f.)

Argumentation seitens China bzgl. der Zugehörigkeit Tibets zum eigenen Staat:

- Historisch-bedingte Rechtfertigung: Aus der Sicht Chinas ist Tibet seit 1279 ein Teil dieses Staats, da sich Tibet der Yuan-Dynastie (= Mongolenherrschaft über China) unterworfen hatte. Da China die Mongolen als ein Volk Chinas ansehen und die Yuan-Dynastie als chinesische Dynastie anerkennt, soll Tibet mit seinem Eintritt in die Yuan-Dynastie automatisch ein Teil Chinas geworden sein. Nach dieser Auffassung hat es danach nie ein unabhängiges Tibet gegeben, alle solchen Anzeichen waren nur die Folgen des Imperialismus, der zu einer Aufteilung Chinas führen sollte, die jedoch niemals gelungen sei (vgl. Haas 1997: 55).
- Befreiungsbedingte Rechtfertigung: China ist weiters der Ansicht, dass es Tibet mit dem Einmarsch der Volksbefreiungsarmee 1950 in zweierlei Hinsicht befreit hat: Einerseits erfolgte die Befreiung von den äußeren Feinden (gemeint sind damit Großbritannien und die USA), die geplant hatten, Tibet unter die Obhut der USA zu bringen. Andererseits erfolgte auch die Befreiung Tibets von der eigenen Oberschicht, folglich dem Adel, der Bürokratie sowie den Klöstern (vgl. Weggel 1993: 154).
- Leistungsbedingte Rechtfertigung: Außerdem hat China Tibet auch zu einer enormen Weiterentwicklung geholfen, die ohne dessen Bemühungen wohl nie hätte realisiert werden können: Industrie, medizinische Versorgung und Infrastruktur seien stark ausgebaut und modernisiert worden, Klöster und Tempel seien renoviert und aufgebaut worden, das Einkommen insbesondere der einkommensschwachen Bauern ist stark gestiegen, etc. (vgl. Weggel 1993: 156 f.).

Was gegen den historischen Rechtsanspruch spricht, ist, dass etwa die Kaiser der Yuan-Dynastie nie Interesse an Tibet zeigten und deshalb auch tibetische politische Angelegenheiten „autonom“ unter tibetischer Führung blieben. Dasselbe gilt auch für die nachfolgende Ming-Dynastie. Formell endet die Zugehörigkeit Tibets zu China spätestens mit der Gründung der Republik China, da Tibet nur einem Kaiserhaus, nicht aber einem chinesischen Staat, Zugehörigkeit zugesichert hatte (vgl. Haas 1997: 71).

Auch der befreiungsbedingten Anspruch (Befreiung von den imperialen Mächten) kann so nicht gelten, da kein großer Einfluss eines ausländischen Staates vorhanden war und die Tibeter selbst nie die Chinesen um Hilfe zur Befreiung gebeten haben, sondern sogar das Gegenteil versuchten (verzweifelte Suche nach ausländischer Unterstützung, um sich vor China zu schützen). Die tibetische Bevölkerung wurde nie gefragt, ob sie „befreit werden möchte“. Schlussendlich gibt es zahlreiche Indizien, die dafür sprechen, dass eine chinesische Befreiung nicht willkommen war und auch heute nicht erwünscht ist (Widerstandsbewegungen gegen die chinesische Regierung, Unabhängigkeitsforderungen, die Flucht zahlreicher Tibeter nach Indien, etc.), weshalb der befreiungsbedingte Anspruch nicht gelten kann (vgl. Haas 1997: 72 f.).

Ist das Argument der leistungsbedingten Rechtfertigung eine generelle Rechtfertigung für Chinas Handeln? Tibet hat zweifelsohne eine infrastrukturelle Verbesserung erlebt, aber gleichzeitig wurde das tibetische Volk nie gefragt, ob es solche intensiven Erneuerungen und Veränderungen überhaupt wünscht. Außerdem darf nicht vergessen werden, dass der Vorwand der großen erbrachten Leistungen in den Kolonien auch schon jene Rechtfertigung waren, die von den damaligen Koloniemächten (Großbritannien, Niederlande, etc.) gekommen sind, was China somit zu einer Koloniemacht über Tibet machen würde und folglich der historischen Wiederintegration in das Mutterland widersprechen würde (vgl. Haas 1997: 74).

So bleibt zum Schluss noch zu erwähnen, dass weder die tibetische Unabhängigkeit noch die tibetische Exilregierung jemals von einem Staat anerkannt wurde, was die Situation für die Tibeter nicht erleichtert (vgl. Haas 1997: 58).

10.2.2.2. Die Folgen der Ära Mao

Neben der schier unendlichen Debatte um den Status Tibets gibt es aber noch eine Reihe anderer Probleme und Verstöße, die in Tibet zu beobachten sind. Einerseits hatte vor allem die Kulturrevolution schlimme Folgen für Tibet, andererseits ist auch heute noch die Überwachungs- und Unterdrückungspolitik in Tibet sehr stark, die zur Verletzung etlicher Menschenrechte führt. In diesem Kapitel sollen aber die Folgen der Ära des Mao Tse Tung näher beleuchtet werden.

Die Situation der Tibeter war seit Gründung der Volksrepublik von Unruhen und teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen mit chinesischen Sicherheitskräften geprägt: Demonstrationen und Freiheitsbewegungen zur Unabhängigkeit Tibets, die meistens sehr brutal niedergeschlagen werden, sowie Zeiten der starken Unterdrückung der tibetischen Kultur und Religion (Buddhismus) sind zahlreich dokumentiert worden.

Eine der ersten Demonstrationen nach der Gründung der Volksrepublik, die gewaltsam von regierungstreuen Soldaten unterdrückt wurde, war jene aus dem Jahr 1959. Zu dieser Zeit waren schon das ganze Jahr über anti-chinesische Protestaktionen zu beobachten. Im März des Jahres 1959 wurde ein neuer Höhepunkt erreicht. Es gab Gerüchte, dass der Dalai Lama aus Tibet entführt werden sollte, woraufhin tausende Tibeter in friedlicher Absicht eine spontane Kundgebung starteten. Mit Einschreiten chinesischer Soldaten eskalierte die Situation jedoch bald: Die folgende Auseinandersetzung dauerte mehrere Tage lang, woraufhin die Volksbefreiungsarmee zur Unterstützung gerufen wurde, die die tibetischen Demonstranten schlussendlich blutig niederschlug (vgl. Kollmar-Paulenz 2006: 165 f.).

Der Dalai Lama floh während der Proteste nach Indien, erklärte das 17-Punkte-Abkommen von 1951 für ungültig und gründete die seit diesem Zeitpunkt bestehende tibetische Exilregierung. In Tibet selbst übernahm das Vorbereitungskomitee die gesamte Kontrolle und Macht über die Regierung. Die genaue Todeszahl als Folge dieser Auseinandersetzung ist bis heute nicht genau bekannt. Man geht aber von etwa 4.000 bis 12.000 Toten unter der tibetischen Bevölkerung aus. Die Protestaktionen waren für die KPCh eine Bestätigung, strengere Kontrollmaßnahmen über Tibet zu verhängen (vgl. Lee 1993: 104).

Eine weitere Maßnahme unter der „neuen strengen Tibetpolitik“ war die Aufteilung Tibets auf mehrere Regionen. Abbildung 21 zeigt „Großtibet“ vor der Aufteilung.



Abb. 21: Großtibet vor der Teilung

Damals bestand Tibet neben der heutigen autonomen Region Tibet, weiters aus Amdo im Nordosten, sowie Kham im Osten. Aus „Amdo“ ging die heutige Provinz Qinghai hervor, der östliche Teil „Kham“ wurde auf mehrere Provinzen aufgeteilt: Yunnan, Sichuan, Gansu und Qinghai. Durch diese Maßnahme wurde die Größe Tibets um zwei Drittel verkleinert, mit der Folge, dass ein Großteil der ansässigen Bevölkerung seit diesem Zeitpunkt außerhalb der ART lebt (vgl. Haas 1997: 91).

Die nachfolgende Zeit (vor allem der Großer Sprung nach Vorn und die Kulturrevolution) waren für die tibetische Bevölkerung eine der schwersten Zeiten, da es zu etlichen Verletzungen der Menschenrechte kam:

Es wurde von schlimmen Verbrechen gegen die tibetische Bevölkerung berichtet: Zwangsarbeit, Kinderdeportationen, Zwangssterilisationen und Folter waren während dieser Zeit ein alltägliches Geschehen. Verhaftungen und Hinrichtungen standen an der

Tagesordnung. Wurde man verhaftet musste man mit strengen Umerziehungsmaßnahmen rechnen, die nicht selten zu Verletzungen oder zum Tod vieler Tibeter führten. In der Landwirtschaft wurden Methoden aus chinesischen Provinzen übernommen, die zu einer Zerstörung der Felder führten. Es kam zu Hungerkatastrophen mit weiteren tausenden Todesopfern und verschlechterten Lebensstandards. Viele sprechen heute von einer Politik der militärischen Unterdrückung und Säuberung, bei der schätzungsweise 432.000 Tibeter bei gewaltsamen Auseinandersetzungen starben, 342.000 aufgrund der Hungerkatastrophen, 172.000 durch die katastrophalen Bedingungen und Behandlungen in tibetischen Gefängnissen, 93.000 durch Folterung, 157.000 durch Hinrichtung, ca. 10.000 begangen Selbstmord, und weitere 60.000 flohen ins Exil (vgl. Haas 1997: 97 ff.).

Des Weiteren wird über Massenmorde, öffentliche Folterungen, und Demütigung der Religion der Tibeter (angefangen von Verhaftungen, über Folterungen bis hin zu Zwangsverheiratungen von Mönchen) berichtet. Gefängnisstrafen und Urteile wurden meistens ohne echte Gerichtsprozesse verhängt. Massenweise wurden Gruppen nach China abtransportiert, ohne dass man wusste, was mit ihnen geschehen wird. Große Teile des Eigentums tibetischer Familien wurden in den Besitz neu ankommender Han-Familien übergeben, Völkerrechte und Menschenrechte wurden meist ignoriert (vgl. Lee 1993: 106 ff.).

Auch eine Form des Psychoterrors wurde eingeführt, das so genannte „Thamazing“. Bei dieser Art der psychischen Folterung gab es drei Stufen, wobei die dritte einer öffentlichen Hinrichtung gleich kam. Davor gab es meistens noch körperliche Züchtigungen, wobei den Opfern immer wieder auf Ohren und Augen geschlagen wurde. Eltern mussten zuschauen, wie ihre Söhne misshandelt wurden. In manchen Fällen mussten sie sich auch noch dafür bedanken. Bei Verweigerungen wurden die Verwandten durch die Straßen gezerrt, geschlagen, gesteinigt und hingerichtet. Eine weitere Einschüchterung der tibetischen Bevölkerung wurde dadurch erreicht (vgl. Lee 1993: 113 f.).

Auch von kulturellen Zerstörungen wurde in großem Maße berichtet. Es kam nahezu zu einer Vernichtung einer ganzen Kultur bzw. zu einem Versuch der Zerstörung der tibetischen kulturellen Identität, wobei nahezu alle 6.000 Klöster und Tempel, die vor der Kulturrevolution existierten, zerstört und ausgeplündert wurden (vgl. Kollmar-Paulenz 2006: 168 f.). Mit Ende der Kulturrevolution blieben lediglich acht Klöster bestehen, was

bedeutet, dass somit über 98 Prozent der vor 1965 bestehenden Klöster zerstört, aufgegeben oder geschlossen wurden. Der prozentuale Anteil der tibetischen Mönche betrug gerade einmal 0,85 Prozent jenes Anteils, der noch vor 1959 ermittelt wurde (vgl. Grobe-Hagel 1991: 108).

Diese brutale Vorgehensweise gegenüber den Tibeter dauerte bis Ende der Siebziger Jahre an, ohne dass die Außenwelt davon wusste, was in Tibet tatsächlich geschah. Erst 1965 gab es eine Verurteilung der chinesischen Regierung durch die UNO, doch auch diese hinderte die KPCh nicht daran, ihre Unterdrückungspolitik weiter fortzusetzen (vgl. Lee 1993: 125 f.).

10.2.2.3. Fortsetzung der Unterdrückung und Missachtung der Menschenrechte auch nach der Kulturrevolution

Zu Beginn der Achtziger-Jahre erfolgte eine Liberalisierung der Nationalitätenpolitik, wobei man wieder stärker auf die Minderheiten zuing und zumindest einige Fehler der Politik der letzten Jahre eingestand. Man finanzierte den Wiederaufbau zerstörter Tempel, gab zuvor geraubte Schätze wieder zurück, befreite die Tibeter von etlichen Steuern und gewährte ihnen Subventionen. Außerdem wurden Straßen und Krankenhäuser gebaut bzw. erneuert. Dem Dalai Lama wurde sogar die Rückkehr nach Tibet bzw. China angeboten, damit weitere Verhandlungen geführt werden konnten (mit Ausnahme betreffend der chinesischen Souveränität über Tibet) (vgl. Wickert 1990: 46 f.).

Trotz einer Verbesserung von Wirtschaft und Lebensbedingungen, kam es bald darauf zu neuen Protestbewegungen, da die Tibeter noch immer unzufrieden waren. Vor allem zwischen 1987 und 1989 gab es erneut größere Auseinandersetzungen, die sogar zur Verhängung des Kriegsrechtes über Tibet führten (vgl. Haas 1997: 94 f.).

Im Dezember 1988 etwa demonstrierten Tibeter friedlich für bessere Bedingungen und mehr Rechte. Trotz der ruhigen, gewaltfreien Bewegung fiel ein Schuss in die Menge der Demonstranten, was zu einer Eskalation der Situation führte: Polizisten eröffneten das Feuer, schossen willkürlich in die Gruppe, auf Unbeteiligte und auf fliehende Personen. In den Krankenhäusern erhielten die Verwundeten keine Behandlung. Im Gegenteil: viele Personen, die sich im Spital behandeln lassen wollten, wurden dort von der Polizei

verhaftet und ins Gefängnis gebracht (vgl. Meindersma 1990: 78 ff.).

Insbesondere aber die Demonstrationen im März 1989 wurden mit äußerst brutaler Gewalt beendet. Eine friedliche Demonstration von vierzig Tibetern wurde mit Tränengas und dem Einsatz von Maschinengewehren aufgelöst. Es kam zur Verhängung des Kriegsrechts über Tibet (welches erst wieder im Mai 1990 aufgehoben wurde), die Volksbefreiungsarmee wurde zur Unterstützung gerufen. Nach Berichten wurden innerhalb weniger Minuten mehrere hunderte Menschen erschossen. Mindestens 387 Menschen starben, mehr als 350 verschwanden spurlos, über 2.000 Personen wurden gefangen genommen (vgl. Lee 1993: 167 ff.).

Die Protestaktionen waren primär auf die Lage der Menschenrechtssituation in Tibet zurückzuführen. Diese hatte sich noch immer nicht gebessert, viele Grundrechte wurden noch immer missachtet. Bis heute gibt es Belege über derartige Verletzung. Unter anderem sollen noch immer Abtreibungen und Sterilisationen, ohne Wissen der tibetischen Frauen vorgenommen werden. Des Weiteren gibt es Berichte darüber, dass chinesische Familien, die nach Tibet kommen und sich dort anzusiedeln, bewusst von der Ein-Kind-Politik ausgenommen werden, während die KPCh mit allen Mitteln versucht, die Anzahl der Neugeborenen unter der tibetischen Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Das Wachstum der Tibeter soll so unter Kontrolle gehalten werden und die Anzahl der Han-Chinesen in Tibet weiter wachsen (vgl. Lee 1993: 140 f.).

Außerdem erhalten tibetischer Kinder die außerhalb eines Krankenhauses geboren wurden, den Status illegaler Kinder. Somit ist es ihnen unmöglich, jemals legale Papiere zu besitzen, was wiederum bedeutet, dass diese Kinder nie eine Schule besuchen oder einen legalen Job ausüben dürfen (vgl. Kerr 1990: 100).

In tibetischen Gefängnissen kommt es auch nach der Liberalisierungspolitik weiterhin zu groben Verletzungen von Menschenrechten, Folterung steht dabei bis heute an der Tagesordnung: Elektrische Schlagstöcke, das Schlagen des Kopfes gegen die Wand, Untertauchen in Wasser, das Anbringen von Metallbändern im Brust- und Taillenbereich, Verstümmelungen im Genitalbereich, etc. werden aus tibetischen Haftanstalten gemeldet (vgl. Kerr 1990: 99).

Des Weiteren ist auch Tibet von einem starken Han-Zuzug betroffen. Die Situation wird dadurch weiter verschärft, da den Tibetern - wie auch vielen anderen chinesischen Minderheitenvölkern das Schicksal droht - Minderheit in ihrer eigenen autonomen Region zu werden.

Die KPCh lockt Han-Chinesen mit vielen Förderungen und Anreizen nach Tibet, um den Zuwachs der Han-Bevölkerung weiter voranzutreiben. Finanzielle Zuschüsse, höhere Gehälter, gute Arbeitsbedingungen und bessere Lebensbedingungen sowie die Bevorzugung bei Wohnungsvergaben und Platzvergaben bei Ausbildungseinrichtungen für Kinder werden dabei versprochen. Gleichzeitig wird Tibetern aus ländlichen Gebieten der Umzug in Städte erschwert bis unmöglich gemacht. Das Resultat dieser Vorgehensweise ist, dass die Städte Tibets nahezu durchwegs chinesisch sind. Manche Tibeter und Autoren sprechen in der Hauptstadt Lhasa von einer „totalen Sinisierung“. Die tibetische Bevölkerung hat unter Diskriminierung, Arbeitslosigkeit, soziale Unruhen, und Rassenhass zu leiden. Die Ziele der KPCh sind einerseits die Assimilation der tibetischen Bevölkerung, sowie andererseits die politische und militärische Absicherung der Region zu erreichen (vgl. Haas 102 f.).

Exemplarisch wurden folgende Ergebnisse dokumentiert:

In der Provinz Qinghai, die den größten Teil der ehemaligen tibetischen Provinz Amdo erfasst, lebten vor 1950 kaum Han-Chinesen. 1988 stellten sie bereits die Mehrheit: Sechzig Prozent der Bevölkerung (ungefähr vier Millionen Menschen) waren Angehörige der Han-Nationalität (vgl. Lee 1993: 149).

Schätzungen gehen davon aus, dass in Lhasa siebzig Prozent Han-Chinesen und nur dreißig Prozent Tibeter leben. In der Hauptstadt der ehemaligen tibetischen Provinz Kham ist die Situation noch schlimmer, dort sollen die Han 95 Prozent der Bevölkerung ausmachen. In der ehemaligen tibetischen Provinz Amdo wird davon ausgegangen, dass 2,5 Millionen Han-Chinesen und 750.000 Tibetern leben. Die Tibeter selbst werden dadurch gezwungen, in immer entlegene Regionen zu ziehen, während immer mehr Han in die tibetischen Städte strömen, da diese kaum mehr von anderen (durchschnittlichen) chinesischen Städten zu unterscheiden sind. Die Tibeter werden zusätzlich dadurch diskriminiert, dass man den Han-Chinesen viel mehr Lohn für dieselbe Arbeit zahlt, da die Tibeter weniger gut ausgebildet sind (vgl. Meindersma 1990: 109 ff.).

In der Wohnsituation spricht man bereits von einer Zwei-Klassen-Gesellschaft, da die Tibeter in alten Stadtvierteln mit baufälligen Wohnungen leben (müssen), während die chinesischen Viertel mit neuen und modernen Spitälern, Schulen, etc. ausgestattet sind und neue Wohnungen vorzugsweise hier gebaut werden (vgl. Schmitz 1998: 282).

Der Dalai Lama meinte 1995, dass die chinesische Umsiedlungspolitik die größte Gefahr für die tibetische Bevölkerung darstellt. Es wird wieder eine sinisierende und einflussverschaffende Taktik der KPCh befürchtet. Diese versucht, einen immer stärkeren Einfluss zu bekommen, um eine komplette Übernahme Tibets sowie deren Absicherung zu erreichen. Schon die Maßnahmen in den frühen Zeiten der Volksrepublik (Straßen- und Eisenbahnausbau, Kontrolle der politischen Stellen, etc.) waren darauf ausgerichtet, mehr Einfluss der KPCh in Tibet zu erreichen und einen besseren Anschluss Tibets zu ermöglichen, der den Zuzug von Han-Chinesen einfacher gestalten sollte (vgl. Haas 1997: 95).

Schätzungen zufolge hat die KPCh bis in die neunziger Jahre etwa 7,5 Millionen Han-Chinesen nach Tibet übersiedelt, zu welchen noch 500.000 Soldaten des chinesischen Militärs hinzugezählt werden müssen. Dieser Trend hält noch bis heute an (vgl. Namgyal 1990: 106).

10.2.3. Resümee und Lage heute

Die Streitpunkte, die zu den Auseinandersetzungen und Unruhen in Tibet führen, sind zusammenfassend folgende drei:

- 1) Der ungeklärte Status Tibets: Tibeter und der Dalai Lama sehen Tibet als unabhängiges Land, China aus verschiedenen Gründen aber nicht.
- 2) Die von den Chinesen praktizierte Bevölkerungs- und Assimilierungspolitik mit dem Ziel der Sinisierung der Tibeter samt Bruch etlicher Menschenrechte.
- 3) Die Ausbeutung der Rohstoffe und Naturressourcen bei gleichzeitiger Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts und des Naturraumes.

Zweimal hat sich Tibet bemüht, den Status eines unabhängigen Landes zu erlangen: 1911 - mit dem Fall der letzten Kaiserdynastie in China - sowie 1949 - mit der Gründung der Volksrepublik China - als es verzweifelt auf der Suche nach internationalen Verbündeten

war. Bis heute hat aber kein Staat die Unabhängigkeit Tibets anerkannt, weshalb es völkerrechtlich ein Bestandteil Chinas ist. Nach Sichtweise der Chinesen ist daran nicht zu zweifeln, da nach chinesischer Auslegung alle Völker, die auf dem Gebiet des heutigen Chinas leben, Teil des chinesischen Volkes sind. Die „angebliche“ Unabhängigkeit Tibets am Anfang des 20. Jahrhunderts wird immer als Ergebnis des Einwirkens fremder, ausländischer Mächte abgetan, weshalb diese Behauptung nach chinesischer Interpretation nicht gelten kann (vgl. Heberer T. 1990: 64 f.).

Die Liste der an den Tibetern begangenen Verbrechen ist lange: Verhaftungen und Deportationen, Zwangsarbeit, blutige Unterdrückungen und Kämpfe, nahezu Vernichtung der tibetischen Kultur, und viele weitere Verletzungen der Menschenrechte (vgl. Haas 1997: 92 f.).

1953 lebten schätzungsweise mehr als sechs Millionen Tibeter in China, während der kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte starben an die 1,2 Millionen Tibeter (vgl. Van Walt 1990: 53).

Die chinesische Bevölkerungspolitik mit der gezielten Ansiedlung von Han-Chinesen in Tibet verstößt gegen die Genfer Konvention von 1949. Das Nicht-Gewähren des Selbstbestimmungsrechts und die Zerstörung der Natur durch die Ausbeutung tibetischer Rohstoffquellen verstoßen gegen die UNO-Charta. Die diversen Verbrechen und Folterungen, die an den Tibetern begangen wurden und noch heute werden, widersprechen fast allen in der „Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte“ definierten Menschenrechten (vgl. Lee 1993: 175).

Eine internationale Juristenkommission kam 1960 zu dem Ergebnis, dass in Tibet eine „systematischen Ausrottung dieses Glaubens (Anm.: Buddhismus) betrieben werde“ (vgl. Schmitz 1998: 258 f.).

6000 Klöster und Tempeln wurden zerstört und ausgeplündert, etwa neunzig Prozent der tibetischen Kultur wurden ausgelöscht. Verbesserungen wurden in den Achtziger-Jahren versprochen (Liberalisierungspolitik), trotzdem gibt es bis heute unzählige Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückungen des tibetischen Volkes. Auch die Ausbeutung der Natur und die Massenumsiedlung von Han-Chinesen nach Tibet werden

ungehindert fortgesetzt, die Tibeter drohen dabei zur (unbedeutenden und somit rechtlosen) Minderheit in ihrer eigenen Heimat zu werden. Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich dementsprechend weiter verschärft: kaum Chancen gegenüber den besser ausgebildeten Han-Chinesen, keine Positionen in politisch wichtigen Positionen, aber tausende politische Gefangene unter der tibetischen Bevölkerung, die auch weiterhin mit Foltermethoden verhört werden (vgl. Haas 1997: 119 f.).

In der Bildungspolitik gibt es ebenfalls noch immer große Nachteile für die Tibeter. Ein tibetischer Schüler ist von Anfang an gegenüber chinesischen Schülern benachteiligt, da Chinesisch die vorherrschende Sprache im Schulsystem ist. Diese Situation wird zusätzlich durch einen Mangel an gut ausgebildeten und qualifizierten tibetischen Lehrkräften weiter verschärft.

Die Diskriminierung in der Schule wirkt sich auch am Arbeitsmarkt aus: Bei jeder besser bezahlten Arbeitsstelle ist gutes Chinesisch unabdingbar, womit die Tibeter kaum eine Chance haben, solche Stellenangebote für sich entscheiden zu können. Die Folge dessen ist wiederum hohe Arbeitslosigkeit unter der tibetischen Bevölkerung, primär in den Städten.

Ähnlich schlecht ist die Situation auch in der Religionspolitik: Außerhalb von (genehmigten) Missionsstätten darf es zu keiner religiösen Propaganda kommen, Klöster benötigen eine von der Regierung bescheinigte Erlaubnis, um Zeremonien abhalten zu dürfen. Dabei dürfen keine Gebete für den Dalai Lama abgehalten werden. Für den Wiederaufbau von Tempeln und Klöstern sind Genehmigungen einzuholen, wobei seit 1989 kaum mehr Genehmigungen zu Renovierungen, Bauten, etc. von Tempeln und Klöstern erteilt werden (vgl. Lee 1993: 153 ff.). Ohne Erlaubnis gebaute Tempeln werden meistens zerstört. Begründet wird dieser Schritt damit, dass die aktuelle Anzahl an Klöstern ausreichend sei. Deshalb gibt es auch eine Begrenzung der Anzahl von Mönchen in den Klöstern, um eine Überfüllung derselben zu verhindern. Dass die Zahl der aktuellen Mönche in den Klöstern jedoch unter zehn Prozent jener aus der Zeit vor 1959 liegt, wird von der KPCh ignoriert (vgl. Schmitz 1998: 302 f.).

Seit den Neunziger-Jahren wird vermehrt von der Überführung tibetischer Kinder (im Alter von 12 Jahren) nach Zentralchina berichtet, damit ihre schulische Ausbildung dort weitergeführt werden kann. Nach ihrer Heimkehr nach Tibet ist ihnen die tibetische Kultur meist fremd geworden, weshalb die tibetische Bevölkerung eine weitere Form der

„verdeckten“ Auslöschung der eigenen Kultur befürchtet. Die Regierung verweist aber auf die angebliche Einwilligung der betroffenen Eltern (vgl. Schmitz 1998: 262).

Die Analphabetenquote ist die höchste in ganz China. Sie lag in den neunziger Jahren bei weit über vierzig Prozent. Es gibt zwar immer wieder große Summen an Entwicklungshilfen für die Region Tibet, diese fließen aber primär in den Ausbau von Infrastruktur, die wiederum dem Abtransport von neu zu erschließenden Rohstoffquellen dient (vgl. Grobe-Hagel 1991: 107).

Der Zuzug von Han-Chinesen wird auch weiterhin stark gefördert, in letzter Zeit vor allem von jenen, die über eine gute Ausbildung verfügen, wodurch die Tibeter immer stärker zu Arbeit im Billiglohnsektor gedrängt werden, was zu einer weiteren Verschlechterung der Lebenssituation der tibetischen Bevölkerung führt. Bodenschätze werden weiter abgebaut (aktuell vor allem Gold), Kraftwerke gebaut, um China mit Strom zu versorgen. Im Norden Tibets werden Gebiete zur Endlagerung nuklearen Abfalls genützt, und auch die Waldabholzung wird weiter vorangetrieben, was zu verstärkter Erosion und erhöhtem Überschwemmungsrisiko geführt hat (vgl. Kollmar-Paulenz 2006: 170 f.).

Heute werden die meisten tibetischen Gefangenen aufgrund folgender Ursachen festgenommen: Anschlag zur Spaltung des Landes Teilnahme an einer Rebellion oder organisieren religiöser Sekten zum Zweck konterrevolutionärer Tätigkeit (vgl. Grobe-Hagel 1991: 113). Diese Verstöße erscheinen sehr wage definiert, was es der KPCh einfach macht, ungewollte Aktivitäten bzw. störende Tibeter zu verhaften.

Weiters kommt es auch heute noch zu Unruhen und Demonstrationen, die mit entsprechender Reaktion der chinesischen Sicherheitsleute beendet werden, wobei die schlimmsten Ausschreitungen der jüngeren Vergangenheit jene aus dem Jahr 2008 waren. Diese werden im Kapitel 11.2.3. „Eskalation der Unruhen in Tibet im März 2008“ noch näher beschrieben werden.

1987 legte der Dalai Lama dem Menschenrechtsausschuss des amerikanischen Kongresses einen Friedensplan vor, um eine Lösung des tibetischen Problems zu ermöglichen. Die Forderungen lauteten:

- 1) „Die Umwandlung des gesamten Gebiets Tibets in eine Friedenszone.“
- 2) „Die Beendigung der Umsiedlung von Chinesen nach Tibet, welche die Existenz der Tibeter als eigenständiges Volk bedroht.“
- 3) „Die Respektierung der Menschenrechte und demokratischen Freiheiten des tibetischen Volkes.“
- 4) „Die Wiederherstellung und den Schutz der natürlichen Umwelt Tibets, sowie die Beendigung der chinesischen Ausbeutung Tibets zum Zweck der Herstellung von Kernwaffen und zur Lagerung von radioaktiven Abfall.“
- 5) „Die Aufnahme ernster und erblicher Verhandlungen über den künftigen Status Tibets.“

(vgl. Gyaltag 1993: 126)

Dass es zu einer baldigen und wirklichen Verbesserung der Situation in Tibet kommt, ist zu bezweifeln. Die westliche Politik kann oder will keine Handlungen setzen, die zur Unabhängigkeit Tibets führen, da sich kein Staat die Chancen auf gewinnbringende wirtschaftliche Beziehungen mit dem wirtschaftlich aufsteigenden Land China entgehen lassen möchte. Viele Länder sehen dabei auch über die Verletzung der Menschenrechte hinweg. (vgl. Haas 1997: 126)

Generell werden nur zwei Möglichkeiten gesehen, die Tibet zu einer besseren Situation verhelfen könnten:

- 1) Die KPCh verliert die Kontrolle über Tibet, wodurch Tibet die Möglichkeit ergreifen kann, Unabhängigkeit zu erlangen.
- 2) Es kommt zu einem Zusammenbruch des politischen System Chinas und der KPCh, wodurch eine Abspaltung von China, und die Erreichung der Unabhängigkeit möglich werden könnten.

(vgl. Haas 1997: 131)

10.3. Die Uiguren

Die uigurische Minderheit gehört zur Familie der Turkvölker, innerhalb der sie die größte Gruppe darstellt. Man geht davon aus, dass die Uiguren seit etwa dem achten Jahrhundert Teil des chinesischen Landes sind (vgl. Ludwig 2009: 108).

Die Uiguren sind ein Volk des islamischen Glaubens und leben nahezu ausschließlich in der ihnen zugesprochenen autonomen Provinz Xinjiang im Nordwesten Chinas, die eine Ausdehnung von 1,65 Millionen km² hat. Das entspricht in etwa einem Sechstel des chinesischen Festlandes (vgl. Grobe-Hagel 1991: 139).



Abb. 22: Autonome Region der Uiguren, Xinjiang

Die Uiguren stellen (noch) die größte Bevölkerungsgruppe Xinjiangs dar, 2007 umfassten sie etwa 9,7 Millionen Einwohner. Die Zahl der Han-Bevölkerung steigt jedoch seit den fünfziger Jahren kontinuierlich an und liegt mittlerweile bei 8,2 Millionen (Stand 2007) (vgl. Bovingdon 2010: 11f.).

Zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass Xinjiang eine der am stärksten ethnisch durchmischten Regionen Chinas ist. Von den 21 Millionen Einwohnern im Jahr 2008, waren etwa 13 Millionen – das sind knapp 61 Prozent - der Gesamtbevölkerung Angehörige einer Minderheit, wobei die größten unter ihnen muslimischstämmig sind. Neben den Uiguren als größte Gruppe sind auch die Kasachen (mehr als eine Million Einwohner), die Kirgisen und die Hui Minderheit mit jeweils mehr als 100.000 Einwohnern Angehörige des islamischen Glaubens (vgl. Schiffel 2012: 87f.).

Aufgrund der hohen Anzahl an muslimisch gläubigen Minderheiten weist Xinjiang die höchste islamische Konzentration aller Regionen Chinas auf (vgl. Iredale, Bilik 2003: 107).

10.3.1. Historische Hintergrundinformationen

Xinjiang, das Gebiet in dem heute die Uiguren leben, war historisch gesehen ein Ort der Begegnungen bzw. des Zusammentreffens verschiedenster Völker aus West und Ost, und das über den Zeitraum vieler Jahrhunderte weg. Iraner, Chinesen, Türken, Tibeter, Mongolen, Kirgisen, Tanguten und auch die Araber trafen hier aufeinander und brachten dabei vor allem Religionen und Sitten. Xinjiang war somit von einem ständigen Kommen und Gehen verschiedenster Völker, Religionen, Kulturen und Lebensformen geprägt. Die Beziehungen zwischen Xinjiang und China reichen dabei bis in das 2. Jahrhundert vor Christus zurück (vgl. Weggel 1984: 2ff.).

Die Uiguren selbst gingen aus der Vereinigung von neun Völkern des türkischen Reiches hervor (vgl. Sinor 1987: 113). Sie behaupten von sich selbst, dass sie Ost-Türken des Inneren Asiens sind, und keine Chinesen (vgl. Bovingdon 2010: 28).

Um 605 nach Christus bildeten die Uiguren ein eigenes Großreich, welches bis etwa in die Mitte des 9. Jahrhunderts im heutigen chinesisch-mongolischen Raum lag. Wie schon vom chinesischen Reich bekannt, kam es auch innerhalb des uigurischen Reiches zu internen machtpolitischen Konflikten, die 839 zum Zerfall des Reiches führten. Durch die Auseinandersetzung geschwächt, gelang es den Kirgisen im Zeitraum von 839 bis 846 große Teile des ehemaligen uigurischen Reiches zu erobern, weshalb sich die Uiguren in das Gebiet des heutigen Xinjiang und auch nach Gansu zurückzogen (vgl. Ludwig 2009: 111 ff.).

In der Folge gerieten die Uiguren immer mehr unter Herrschaft und Kontrolle der Chinesen, wobei die Einflussnahme auf Zentralchina - und somit auch Xinjiang - relativ gering blieb. Die Uiguren konnten (mehr oder weniger) ein unabhängiges Leben führen. Im 13. Jahrhundert begann über weiten Teilen Asiens die Zeit der Mongolenherrschaft (Yuan-Dynastie). Auch Xinjiang und die Uiguren waren ein Teil der Yuan-Dynastie. Nach deren Niedergang begann China verstärkten Einfluss auf Xinjiang auszuüben. Mit der Qing-Dynastie wurde die Region schließlich von den Chinesen zur Gänze erobert. Durch die Ankunft der Europäer in Asien und vor allem aufgrund des Beginns der Opiumkriege, verlor das Qing-Reich immer mehr Kontrolle über weite Gebiete, weshalb es zu anti-chinesischen Protesten kam. Diese Gegenbewegungen waren auch in Xinjiang zu

beobachten, jedoch schafften es die Chinesen, die Uiguren und Xinjiang unter ihrer Kontrolle zu halten. Zu deren Beruhigung kam es 1884 zur Gründung der „Provinz Xinjiang“ (vgl. Weggel 1984: 19ff.).

Mit Ende des 19. Jahrhunderts, wurde Xinjiang auch für Russland interessant. Nach Halford Mackinder bestand das Interesse von russischer Seite deshalb, da man in der damaligen Zeit davon ausging, dass eine umfassende Weltherrschaft nur dann möglich war, wenn alle Gebiete Mittelasien (nach Mackinder das „Herzland“) und somit auch Xinjiang, unter Kontrolle wären. Zu einer tatsächlichen Eroberung Xinjians durch die Russen kam es aber nie (vgl. Grobe-Hagel 1991: 163).

Mit dem Niedergang der Qing-Dynastie (1911), übernahm der Verwaltungschef von Ürümqi (= die Hauptstadt Xinjians) die Herrschaft über das Gebiet der Uiguren. Dieser schloss sich bald darauf der in der Republik China regierenden Guomindang an, um seine Machtposition in Xinjiang abzusichern. Gleichzeitig ließ er aber auch eine immer stärkere Einflussnahme der Sowjetunion zu, was China missfiel, weshalb die Republik China 1929 die Ansiedlung chinesischer Bauern in Xinjiang anordnete. Diese Maßnahmen führten unter der uigurischen Bevölkerung zu Unverständnis und großen Protesten. China konnte nur mehr einzelne Gebiete Xinjians unter chinesischer Kontrolle zu halten, andere Teile blieben unter der Kontrolle verschiedener Aufständischer. Doch auch zwischen ihnen kam es zu Differenzen und Kämpfen, weshalb die Jahre nach 1930 von Chaos und Aufständen geprägt waren. Die Folgen dieser Krisenjahre waren eine hohe Anzahl an Todesopfern, teilweise mehrere zehntausend innerhalb eines Jahres. Die Sowjetunion nutzte diese chaotische Situation, um wieder vermehrt Einfluss auf Xinjiang auszuüben, was eine sehr hohe Präsenz an sowjetischen Politikern und Militärs zur Folge hatte. Nachdem die Sowjetunion aber bald mit eigenen Problemen zu kämpfen hatte (Konflikte mit Japan und dem deutschen Reich), begann man mit dem Rückzug aus Xinjiang. Die Folge waren wieder zahlreiche Aufstände und chaotische Folgejahre, 1944 rief man schließlich sogar eine „Ostturkestanische Republik“ aus. Unter dem Druck der Sowjetunion einigte man sich 1946 aber wiederum auf die Auflösung der Republik, mit der gleichzeitigen Eingliederung in die Republik China. Gleichzeitig versicherte man den Uiguren die Bewahrung „besonderer kultureller, politischer, wirtschaftlicher und innenpolitischer Eigenheiten“ Xinjians. Doch China begann schon bald darauf, alle wichtigen Regierungsämter mit eigenen, china-loyalen, Personen zu besetzen. Außerdem betrieb man die

Zurückdrängung der Sowjetunion aus Xinjiang, ehe 1949 eine von Xinjiangs Politikern genehmigte Angliederung an die Volksrepublik China erfolgte (vgl. Grobe-Hagel 1991: 164 ff.).

Wie in Tibet, versucht die Volksrepublik auch in Xinjiang den Anspruch auf dieses Gebiet vor allem mittels historischer Fakten und Ereignisse zu belegen. Nach Chinas Auffassung reichen die Ansprüche auf die Regionen schon sehr lange zurück, angeblich in Zeiten des vorchristlichen Jahrhunderts. Zu dieser Zeit führte die damals in Beijing herrschende Han-Dynastie Eroberungsfeldzüge Richtung Osten durch, wodurch auch das Gebiet des heutigen Xinjiangs unter chinesischer Kontrolle gestanden sein soll. Diese Begründung reicht China als vollständige Legitimation, um Xinjiang als Bestandteil des eigenen Staates anzusehen und die Uiguren und (Han)-Chinesen als ein zusammengehörendes Volk nennen zu können (vgl. Ludwig 2009: 111).

Auf der Gegenseite entkräften Historiker dieses Argument mit dem Hinweis, dass China während der folgenden Dynastiezeiten überhaupt keinen Einfluss bzw. keine Kontrolle über Gebiete Inner-Asiens - und somit auch Xinjiang - hatte. Das Argument, Xinjiang sei seit jeher ein Bestandteil Chinas, kann somit nicht gelten (vgl. Bovingdon 2010: 29).

10.3.2.: Konfliktbereiche, deren Ursachen und Wirkungen

Die Uiguren stehen vor allem in letzter Zeit immer wieder im Fokus der Öffentlichkeit, da die Region von etlichen gewalttätigen Anschläge überschattet wurde, die für großes Aufsehen sorgten. Was die Ursachen für diese, teilweise extreme Form des Protest ist, ob diese wirklich aus religiöser Überzeugung heraus motivierte Anschläge sind und wie sich die Situationen der Uiguren heute bzw. aktuell darstellt, soll in diesem Kapitel näher betrachtet werden. Die einzelnen Problempunkte sollen dabei jeweils einer genaueren Analyse unterzogen werden.

Abbildung 23 gibt einen guten Überblick darüber, was die Region Xinjiang so wichtig und interessant für China macht:

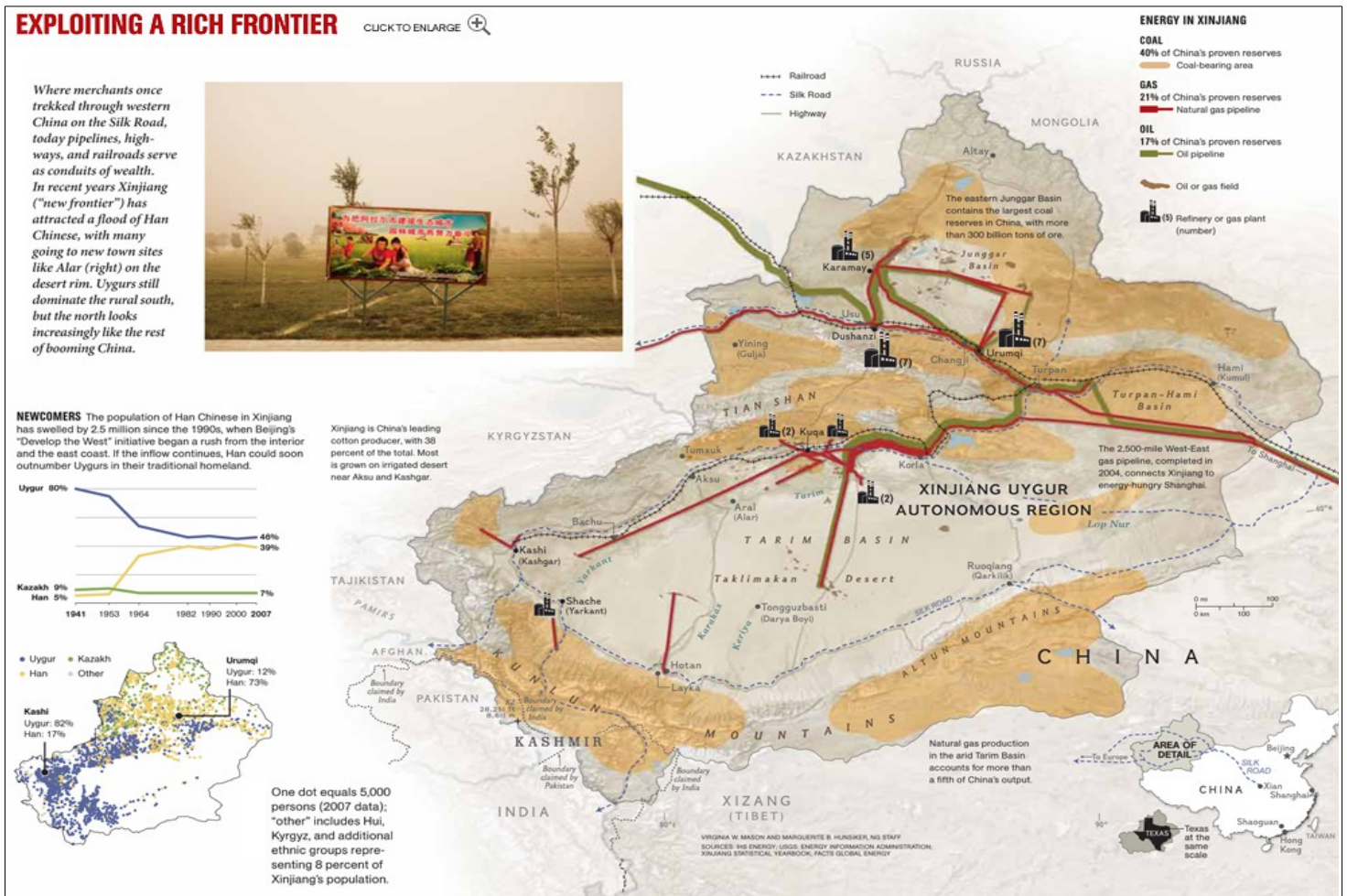


Abb. 23: Bedeutung Xinjiangs für China

- Xinjiang weist ein immenses Vorkommen an Rohstoffen auf und dient dem „energiehungrigen“ Osten Chinas als Rohstoffquelle:
 - 27 Millionen Tonnen Rohöl werden jährlich gefördert, was landesweit die zweit wichtigste Erdölquelle darstellt.
 - Weiters werden bis zu 24 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr gefördert, was Xinjiang zur wichtigsten Erdgasquelle China macht.
 - Auch Kohle wird in Massen gewonnen: 50 Millionen Tonnen werden jährlich abgebaut, auch in diesem Bereich ist Xinjiang der wichtigste Lieferant für China
 - Insgesamt stammen etwa 30 Prozent aller chinesischen Erdöl-, Erdgas- und Kohlereserven aus dieser Region.
 - Milliardenbeträge werden jährlich bereitgestellt, um Pipelines, Bahnstrecken, Landstraßen etc. zu bauen. Der Osten Chinas soll dadurch mit genügend

Energie versorgt werden. Offiziell verspricht die Regierung aber rasche Entwicklung, die Wohlstand und Stabilität in die Region bringen soll. (vgl. Schiffel 2012: 99 f.)

- Die geographische Lage macht Xinjiang ebenfalls zu einer sehr bedeutenden Region Chinas: Im Nordwesten Chinas gelegen, grenzt es an acht Staaten: Indien, Pakistan, Afghanistan, Tadschikistan, Kirgistan, Kasachstan, Russland und die Volksrepublik Mongolei. Xinjiang ist somit geopolitisch eine sehr bedeutsame Region (vgl. Schiffel 2012: 89).
- Des Weiteren befindet sich in Xinjiang das einzige Atomgelände Chinas, das gleichzeitig das Größte weltweit ist. Dieses sorgt aber für Aufregung, da seit Bestehen des Geländes die Anzahl an Krebserkrankungen in nahe gelegenen Dörfern deutlich gestiegen ist und über das Auftreten von radioaktiven Niederschlägen in der Umgebung des Areals berichtet wurde. (vgl. Grobe-Hagel 1991: 181).

10.3.2.1. Chinesische Bevölkerungspolitik und die Auswirkungen auf Xinjiang

Die Bevölkerungsverteilung bzw. die Entwicklung von Han-Bevölkerung und Uiguren-Bevölkerung wurde bereits in der Graphik 23 dargestellt, auf diese soll nun genauer eingegangen werden.

Wie auch in den meisten Minderheitenregionen, begann die Umsiedelung von Han-Chinesen nach Xinjiang relativ rasch. Diese brachte eine Reihe von Konsequenzen für die uigurische Minderheit mit sich, was ein Hauptgrund für die Unzufriedenheit und die Protestaktionen der Uiguren darstellt. Kurz nach der Gründung der Volksrepublik machte der Anteil der Han-Bevölkerung Xinjiangs ca. sieben Prozent aus. Heute stellen sie mehr als 40 Prozent der Bevölkerung Xinjiangs, was einem enormen Anstieg und einer großen Verschiebungen in der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung Xinjiangs entspricht (vgl. Iredale, Bilik et al. 2003: 97).

Für Xinjiang bedeutet diese Entwicklung, dass die Han-Bevölkerung schneller wächst als die Minderheitenbevölkerung, was einen umgekehrten Trend zur Gesamtsituation in China bedeutet. Auf der gesamtstaatlichen Ebene weisen die Minderheiten nämlich ein stärkeres Wachstum als die Han-Chinesen auf (vgl. Weggel 1984:145).

1949 lag das Verhältnis von Uiguren zu Han bei 79:8. Im Jahr 1982 lag es bei 46:40 (vgl. Grobe-Hagel 1991: 177).

Abbildung 24 zeigt die Entwicklung der einzelnen Nationalitäten in Xinjiang zwischen 1949 und 1997:

Ethnic group	Year						Annual average increase rate (%)			
	1949	1953	1964	1982	1990	1997	1953-64	1964-82	1982-90	1990-97
Uyghur	329.1	360.8	399.1	595.0	719.2	802.0	0.92	2.24	2.40	1.56
Han	29.1	33.2	232.1	528.7	569.5	660.1	19.34	4.67	0.93	2.13
Kazak	44.4	50.6	48.9	90.3	110.6	127.1	-0.31	3.47	2.57	2.01
Hui	12.3	13.4	26.4	57.1	68.3	77.1	6.35	4.38	2.26	1.74
Kirgiz	6.6	7.1	7.0	11.3	14.2	16.3	-0.13	2.70	2.90	1.99
Mongolian	5.2	5.8	7.1	11.7	13.8	15.8	1.72	2.89	2.08	1.95
Dong Xiang	—	0.0	0.8	4.0	5.7	—	—	9.35	4.53	—
Tajik	1.3	1.4	1.6	2.6	3.3	3.9	1.22	2.73	2.54	2.42
Xibe	1.2	1.3	1.7	2.7	3.3	3.9	2.47	2.60	2.54	2.42
Ozbek	1.2	1.4	0.8	1.2	1.5	1.4	-4.96	2.28	2.82	-0.98
Other ethnic groups	2.9	3.3	1.6	3.6	6.3	6.6	-6.37	4.61	7.24	0.67
Total	433.3	478.3	727.0	1,308.2	1,515.7	1,718.1	3.88	3.31	1.86	1.81

Abb. 24: Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Minderheiten zwischen 1949 und 1997 in 10.000 und Prozent

Einerseits wird ersichtlich, dass alle Nationalitäten ab 1964 ein Wachstum aufweisen, wobei ab 1982 vor allem die Minderheiten stärker wachsen. Das Wachstum der Han-Chinesen beginnt 1964 bis 1990 abzunehmen, ehe es ab 1990 wieder zunimmt und auch stärker ausfällt, als das Wachstum der Uiguren. Die Han-Bevölkerung stieg primär im Zeitraum 1953 bis 1964 - ein Plus von knapp zwanzig Prozent war damals zu verzeichnen - die Uiguren wuchsen damals um einen knappen Prozent.

Zwischen 1950 und 1978 war die größte Wanderungsbewegung der Han-Chinesen nach Xinjiangs zu beobachten. Etwa 3 Millionen Han-Chinesen wurden unter dem Vorwand der Weiterentwicklung und Aufwertung der Region nach Xinjiang übersiedelt. Der Han-Anteil stieg von ca. 5 Prozent im Jahr 1949 auf etwa 40 Prozent im Jahr 1978, was einer Verachtfachung gleichkommt. Auch danach wurden weitere Projekte betrieben, um die Han-Bevölkerung zu einem Umzug nach Xinjiang zu motivieren. Vor allem in den neunziger Jahren begann eine weitere, starke Einwanderungswelle von Han-Chinesen in die Provinz Xinjiang, ab dem Jahr 2000 versuchte man primär gut ausgebildete Han in die

Region zu locken. Ihnen wurden gute Angebote als Gegenleistung zugesichert: hohe Gehälter, gute Infrastruktur am Wohnort sowie gute Ausstattung des Arbeitsplatzes. In Beijing versprach man den Uiguren auf diese Weise Frieden, Wohlstand und Stabilisierung nach Xinjiang zu bringen (vgl. Bovingdon 2010: 55 ff.).

Die KPCh sah sich in ihrer Bevölkerungspolitik bestätigt, da die Region durch den Han-Zuzug einen wirtschaftlichen und infrastrukturellen Aufschwung erlebte, der der Bevölkerung (angeblich) ein besseres Leben ermöglichen sollte und neue Arbeitsplätze schaffen sollte. Die eigentlichen Ziele Chinas waren und sind aber einerseits die Absicherung der Grenzen nach Westen hin sowie die Ausbeutung der Rohstoffe in diesem Gebiet. Letzteres wird ohne Rücksichtnahme auf die Natur durchgeführt, weshalb es zu gravierenden ökologischen Konsequenzen wie z.B. Desertifikation und Wassermangel kommt. All dies wird von der KPCh abgestritten (vgl. Iredale, Bilik et al. 2003: 103 f.).

Das diese Politik negative Auswirkungen auf die Uiguren und anderen Minderheiten in dieser Region hat, wird in Abbildung 25 ersichtlich. Hier erfolgt eine Darstellung der Aufteilung der Bevölkerung auf einzelne Berufsbranchen in Xinjiang:

Ethnic group	Technicians		Government officials		Office clerks		Business persons		Workers in service industry		Agriculture, pastoral, farming, and forestry		Factory workers		Others	
	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990
Uyghur	4.2	4.1	0.9	0.9	0.9	1.1	1.4	2.0	1.4	1.6	84.0	84.1	7.1	6.1	0.0	0.0
Han	12.4	12.4	3.9	4.5	3.6	4.5	2.3	4.2	4.9	4.9	38.2	38.1	34.5	31.2	0.1	0.2
Kazak	11.1	8.8	2.0	1.8	1.9	1.8	1.3	1.3	1.6	1.6	74.6	80.4	7.4	4.4	0.0	0.0
Hui	6.1	5.3	1.6	1.8	1.7	2.0	3.2	4.5	3.7	4.2	62.3	66.9	21.3	15.1	0.1	0.1
Kirgiz	7.0	6.7	1.6	1.6	1.7	1.7	0.6	0.7	0.9	1.2	84.1	85.4	4.0	2.7	0.1	0.0
Mongolian	13.8	14.0	2.8	2.9	2.5	3.2	1.4	1.6	2.1	2.2	69.1	67.7	8.3	8.1	0.1	0.2
Tajik	5.8	6.0	1.6	2.6	2.0	2.3	0.6	0.6	0.7	1.1	86.7	85.6	2.6	1.9	0.0	0.0
Xibe	20.7	19.8	3.6	4.8	5.3	4.8	2.7	3.0	2.2	2.7	51.2	52.0	13.9	12.8	0.1	0.0
Ozbek	17.2	18.4	3.1	3.2	3.7	3.9	10.1	12.7	6.4	6.1	31.4	33.7	27.2	22.0	0.1	0.0
National total	8.1	8.0	2.2	2.5	2.2	2.6	1.8	2.9	3.0	3.1	63.6	64.4	19.0	16.5	0.1	0.1
National Han	5.1	5.4	1.6	1.8	1.3	1.8	1.8	3.1	2.3	2.5	71.2	69.6	16.6	15.8	0.1	0.1

Source: Census Office, Xinjiang Uyghur Autonomous Region (1992, 532–37); Cheng

and Zhou (1990, 299); State Statistics Bureau (1993, 764–69).

Abb. 25: Verteilung der Nationalitäten auf einzelne Berufsbranchen 1982 und 1990

Die von der Regierung versprochenen Jobs, die auch besseres Gehalt mitbringen sollten, scheinen dabei vornehmlich von der han-chinesischen Bevölkerung ausgeübt zu werden, während Uiguren und andere Minderheitenangehörige weiterhin schlecht bezahlten Arbeiten nachgehen (müssen). Die gut bezahlten und mehr angesehen Arbeitsfelder wie Techniker werden bspw. zu 12 Prozent von den Han Chinesen ausgeübt, während nur 4 Prozent der Uiguren einem solchen Job nachgehen. Umgekehrt ist der Anteil der Uiguren in der Agrarwirtschaft mit 84 Prozent (der höchste Wert unter den Nationalitäten) extrem hoch, während unter den Han-Chinesen nur 38 Prozent einer solchen Beschäftigung nachgehen. Zwischen 1982 und 1990 hat sich in dieser Hinsicht auch nichts geändert, der

Anteil der Uiguren als Techniker ist sogar minimal um 0,1 Prozent gefallen, während der Wert im Agrarbereich um genau diesen Wert angestiegen ist. Von einer verbesserten Situation für die Uiguren ist nichts zu erkennen.

Die zugezogenen Han-Chinesen lassen sich primär in den urbanen Zentren nieder, was sich in Abbildung 26 zeigt:

Region	Total population 10,000		Uyghur (%)		Han (%)		Kazak (%)		Other ethnic groups (%)	
	1982	1997	1982	1997	1982	1997	1982	1997	1982	1997
Urumqi	112.1	151.9	10.9	12.7	75.6	72.7	2.9	3.2	10.6	11.4
Karamay City	16.9	25.4	14.0	14.8	78.8	76.4	3.5	3.9	3.7	4.9
Shihezi City	54.9	56.9	0.9	1.1	96.2	95.1	0.4	0.1	2.5	3.7
Turfan	41.0	54.8	70.8	69.3	22.3	24.0	0.1	0.0	6.8	6.7
Kumul (Hami)	37.8	46.6	20.0	19.5	68.1	67.3	8.2	9.3	3.7	3.9
Changji Autonomous Prefecture	114.4	143.8	3.9	4.1	76.3	74.8	7.9	8.4	11.9	12.7
Yili	177.8	204.6	24.0	26.9	42.9	33.0	18.7	23.0	14.4	17.1
Qoqek (Tacheng)	68.7	89.6	5.0	4.5	59.2	58.4	24.4	24.5	11.4	12.6
Altay	46.8	57.5	2.2	1.8	47.7	43.5	44.9	49.3	5.2	5.4
Boertala Prefecture	28.7	38.6	13.4	13.0	65.0	65.8	10.6	10.0	11.0	11.2
Baiynggoleng Prefecture	75.5	98.0	35.0	34.3	54.2	55.2	0.1	0.0	10.7	10.5
Aksu	150.0	194.0	76.3	75.5	22.0	23.2	0.0	0.0	1.7	1.3
Kezilesu Prefecture	29.6	42.0	64.9	63.9	4.9	5.2	0.0	0.0	30.2	30.9
Kashgar	237.7	320.9	90.8	89.4	7.7	9.0	0.0	0.0	1.5	1.6
Hotian	116.2	155.4	96.4	96.9	3.5	2.9	0.0	0.0	0.1	0.2
Regional total	1,308.2	1,718.1	45.5	46.7	40.4	38.4	6.9	7.4	7.2	7.5

Abb. 26: Verteilung der Nationalitäten nach Regionen in 10.000 und Prozent 1982 und 1997

Ürümqi, die Hauptstadt der Autonomen Region Xinjiang, ist beinahe ausschließlich han-bevölkert. 1997 machten etwa 73 Prozent der Bevölkerung Han Chinesen aus, Uiguren stellten 13 Prozent der Bevölkerung Ürümqis. Nur in den Städten, die in entlegenen, schlecht angeschlossenen Regionen liegen (Bsp.: Kashgar) stellen die Uiguren noch die Mehrheit (knapp 90 Prozent im Jahr 1997).

Gleichzeitig lässt sich aber auch beobachten, dass zwischen 1982 und 1997 der Anteil der Uiguren in den meisten Städten leicht angestiegen ist. Dies ist auch ein Trend, der seit den neunziger Jahren anhält. Die Ursache hierfür ist, dass die in die ländlichen Regionen zurückgedrängten Uiguren kaum mehr Arbeit finden. Deshalb suchen vor allem junge Uiguren ihr Glück in den Städten, weshalb der Uigurenanteil in urbanen Gebieten wieder leicht steigt (vgl. Iredale, Bilik et al. 2003: 124 ff.).

Was in den meisten Statistiken zur demographischen Erfassung der Bevölkerung Xinjiangs nicht enthalten ist, sind die Mitglieder der so genannten „Production and Construction Corps“, kurz PCC. Dabei handelt es sich um eine militärische Organisation in

Xinjiang, die ihre Niederlassungen hauptsächlich in den mehrheitlich von Uiguren besiedelten Teilen der Provinz hat. Dort soll diese Organisation für Kontrolle sorgen, da in diesen Regionen Proteste und Aufstände zur Unabhängigkeit Xinjiangs befürchtet werden. 1994 zählten diese PCCs mehr als 2 Millionen Mitglieder (2004 waren es 2,56 Millionen), von denen 88 Prozent Han-Chinesen sind. Der ursprüngliche Zweck dieser PCCs war es, die Grenzen in der Region zu sichern, und vor allem sowjetischen Einfluss zu unterbinden. Heute dienen sie der kontrollierten Einflussnahme Beijings in der Region (vgl. Bovingdon 2010: 59 ff.).

Eine neue Methode der chinesischen Regierung, um die Uiguren weiter zu unterdrücken, ist die unter dem Namen „die gestohlenen Mädchen“ bekannte Taktik. Dabei werden uigurische Frauen unter dem Vorwand einer „Entwicklungschance“ mehr oder weniger mit Gewalt nach Ostchina umgesiedelt. Die von der KPCh damit bezweckte Strategie ist, dass Frauen im gebärfähigen Alter aus Xinjiang entfernt werden und die uigurische Bevölkerung dadurch nur noch langsam wächst. Proteste von Elternteilen werden ignoriert oder unterdrückt (vgl. Ludwig 2009: 117).

Außerdem wurde im Jahr 1985 die „Xinjiang-Familien-Planung“ eingeführt. Seitdem werden auch Uiguren dazu angehalten, ihre Familiengröße bzw. die Kinderanzahl zu begrenzen. Die von Beijing gewünschte und optimale Kinderanzahl für Uiguren beträgt in ländlichen Gegenden drei Kindern, für Uiguren in Städten können es zwei Nachkommen sein. Viele Uiguren sahen darin eine Taktik der KPCh, durch welche weiterer Platz für Han-Chinesen geschaffen werden sollte. Protestaktionen und Demonstrationen waren die Folge. (vgl. Bovingdon 2010: 58 f.).

Beijing missbraucht die Provinz Xinjiang auch als Auffangbecken für Straftäter aus dem Osten Chinas. Diese werden sehr oft nach Xinjiang strafversetzt. Bspw. wurden nach den Protestaktionen am Platz des Himmlischen Friedens 1989 400.000 gefangen genommene bzw. verurteilte Han-Chinesen nach Xinjiang zwangsumgesiedelt, um dort in Umerziehungslagern ihre Strafe abzusitzen (vgl. Grobe-Hagel 1991: 188).

10.3.2.2. Mangelnde Minderheitenrepräsentanz in den Regierungsämtern und die Unterdrückung des Islams

Die schon aus anderen Minderheitengebieten bekannte Situation der kaum vorhandenen Repräsentanz der Minderheitenangehörigen in der Politik ist auch in Xinjiang vorherrschend. Offiziell ist Xinjiang eine autonome Region, die einige Sonderrechte besitzt. Die meisten Gesetze werden aber weiterhin von Beijing vorgegeben und umgesetzt, zurückzuführen auf die Dominanz der (partei-loyalen) Han-Chinesen in den meisten politischen Ämtern sowie den wichtigsten Positionen verschiedener Betriebe in Xinjiang (vgl. Schiffel 2012: 94 f.).

Die Besetzung der Regierungsämter erfolgt ebenfalls vorwiegend durch Han-Chinesen. So sind etwa 43 Prozent aller Regierungspositionen in Xinjiang durch Angehörige einer Minderheit besetzt. Dieser Wert ist aber noch um mehr als zehn Prozent geringer, als er vor der Kulturrevolution war. Die Stellen, die den Nicht-Han-Regierungsmitgliedern zugesprochen werden, sind überwiegend wenig einflussreich und dabei von Personen besetzt, die überwiegend pro-chinesisch eingestellt sind (vgl. Bovingdon 2010: 62 ff.).

Ein weiterer sehr wichtiger Konfliktpunkt zwischen Uiguren und Beijing ist der Umgang der KPCh mit der Religion der Uiguren, also der Umgang mit dem Islam. Die Regierung nutzt den Islam als Sündenbock, indem sie den Uiguren immer wieder Kontakte zu terroristischen Gruppen wie Al Kaida unterstellt. Es wird aber nie erwähnt, dass die Uiguren bei weitem nicht so radikal sind, wie manch andere islamische Gruppen. Sie sind pro-amerikanisch eingestellt und streben keinen Gottesstaat an. Trotzdem wird der Islam in vielen Fällen als Ursache für gewalttätige Anschläge in der Provinz angeführt bzw. sehen die Han-Chinesen in ihm eine Bedrohung der Sicherheit und Stabilität der Volksrepublik China. Diese Vorurteile dienen der KPCh als Rechtfertigung für ihre harte Religions- und Kontrollpolitik in Xinjiang, was dementsprechend zu großen Unmut in der uigurischen Bevölkerung führt. Hinzu kommt außerdem, dass Muslime in anderen chinesischen Teilen weit mehr Rechte bzgl. Religionsausübung genießen, weshalb die Unzufriedenheit und das „Ungerechtigkeitsgefühl“ der Uiguren noch weiter ansteigt und in manchen Fällen auch tatsächlich zu Radikalisierung führen. Solche Reaktionen bilden aber die Ausnahme. Hauptursache für die heftigen Proteste und Auseinandersetzungen sind bis heute die generelle Unterdrückung durch die chinesische Politik in nahezu allen

Bereichen des (uigurischen) Lebens, sowie die kaum gewährte Autonomie (vgl. Schiff 2012: 98).

Die nach der Kulturrevolution etwas liberaler geführte Religionspolitik, wurde in Xinjiang in den neunziger Jahren wieder weitgehend revidiert. Dieser Schritt ist auf die damals unerwartet häufigen Protestaktionen, die große Unterstützung unter den Uiguren erfuhren, zurückzuführen. Auch hier diente die Religion, also der Islam, wieder als Sündenbock, weshalb es zu einem Umdenken in der Religionspolitik kam. Etliche religiöse Aktivitäten werden seitdem als illegal angesehen und sind verboten, viele islamische Geistliche wurden wegen Gefährdung der Sicherheit verhaftet, weitere zehn Prozent der Geistlichen wurden von ihren Stellen enthoben, neue Imame werden nur noch nach sehr strengen Regeln ausgewählt, neue Moscheen werden kaum mehr erlaubt und auch die Ausbildung neuer Imame wurde sehr stark reduziert. Weiters haben uigurische Parteimitglieder kein Recht mehr sich zu einem Glauben zu bekennen und dürfen keine Moscheen mehr betreten (diese dürfen in der Regel auch nur noch von Über-18-Jährigen betreten werden). Eine weitere Verschärfung der Regeln bzgl. Religionsausübung erfolgte nach den Anschlägen am 11. September 2001 in den USA. Diese kamen der KPCh „sehr gelegen“, da sie seitdem einen Beleg für die Gefahr, die vom Islam ausgeht, gefunden zu haben vermag. Die Religionspolitik wurde seitdem immer wieder weiter verschärft (religiöse Zentren wurden geschlossen, Schülern wird stark empfohlen, atheistisch zu leben, etc.). Insgesamt hat die KPCh die Befürchtung, dass die Religion und deren Ausübung; unter den Uiguren zu einer starken Mobilisierung führen kann, die wiederum separatistische Bewegungen auslösen könnten, weshalb sie diesen strengen Kurs der Religionspolitik eingeschlagen hat und bis heute in verschärfter Form weiterführt (vgl. Bovingdon 2010: 66 ff.).

10.3.2.3. Xinjiang während der Ära Mao

Zum Schluss sei noch kurz erwähnt, dass auch die Uiguren von den Folgen des „Großen Sprungs nach Vorn“ sowie der „Kulturrevolution“ betroffen waren. Im Zeitraum 1959/1960 kam es zur Ansiedlung von etwa 800.000 Han-Chinesen, gleichzeitig flohen mehrere zehntausend Uiguren im Jahr 1962 in die Sowjetunion, in der Hoffnung, dort ein besseres Leben vorzufinden. Während der Kulturrevolution wurden tausende Moscheen geschlossen oder zerstört, Muslime wurden gezwungen, Schweine zu züchten, das

Tragen der traditionellen Kleidung war untersagt, muslimische Feiertage wurden verboten, stattdessen musste gearbeitet werden. Zur größten Demütigung musste man sich (auf Chinesisch) mit den Worten „Lang lebe Mao“ begrüßen (vgl. Bovingdon 2010: 51 f.).

Nach dem Ende der Kulturrevolution setzte auch in Xinjiang eine Phase der liberalisierten Minderheitenpolitik ein. Beispielsweise wurden Moscheen wieder aufgebaut, uigurisch durfte wieder in Schulen unterrichtet werden und auch traditionelle Wirtschaftsformen waren wieder erlaubt (vgl. Ludwig 2009: 116).

10.3.3. Resümee und Lage heute

Zusammenfassend können folgende Konfliktpunkte abgeleitet werden, die zu einem „Unzufriedenheitsgefühl“ und dementsprechenden Protestbewegungen in der uigurischen Bevölkerung führen:

- Keine echte Autonomie, und schwache Repräsentanz der Minderheiten in den politischen Positionen.
- Der enorme Zuzug an Han-Chinesen mit der Befürchtung, immer stärker sinisiert zu werden.
- Die Unterdrückung bzw. starke Einschränkung und Überwachung der religiösen Aktivitäten, die Zuschreibung terroristischer Kontakte im Nahen Osten, sowie die angebliche Gefährdung Chinas durch den Islam.
- der Missbrauch Xinjiangs als Energie- und Rohstofflieferant, bei gleichzeitiger Zerstörung der Umwelt.

Das Resultat der extremen Form an Unterdrückung und Überwachung durch Politik und Staat löst eine große Unzufriedenheit und Verzweiflung unter den Uiguren aus, die auch in einen großen Hass gegenüber China und Han-Chinesen mündet. Von Seiten der Uiguren besteht eine totale Ablehnung, sich mit den Han-Chinesen und China zu vereinigen (vgl. Bovingdon 89 f.).

Als Folge der komplizierten Situation der uigurischen Minderheit, sucht diese den Ausweg in teilweise gewalttätigen Protesten, welche die Provinz Xinjiang zu einer der unruhigsten Gebiete in China macht. Das lässt sich in Abbildung 27 gut ablesen:

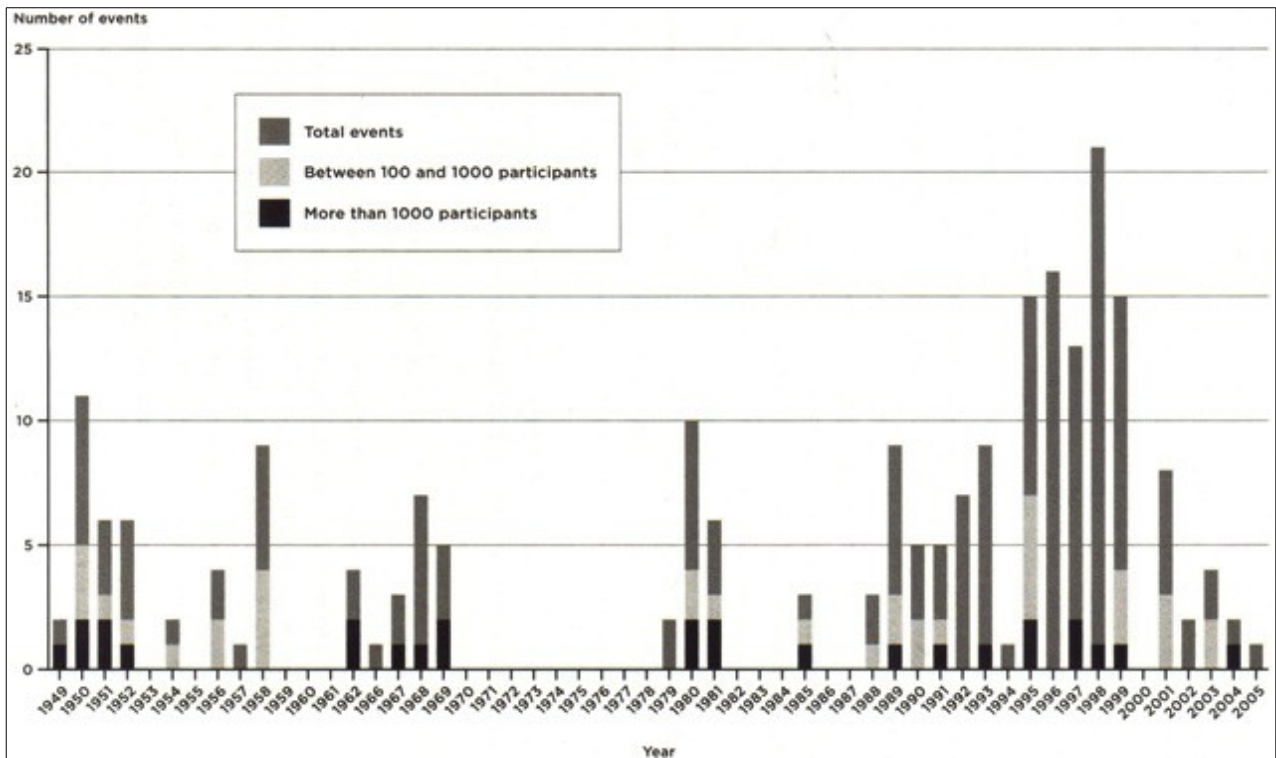


Abb. 27: Dokumentierte Unruhen und Proteste in Xinjiang zwischen 1949 und 2005

Hier wird die Anzahl von Protesten und „Unruheaktionen“, die in Xinjiang zwischen 1949 und 2005 stattgefunden haben, aufgelistet. Dabei wird ersichtlich, dass speziell in den Neunziger-Jahren ein sehr hohes Protestpotential in Xinjiang vorhanden war. Des Weiteren zeigt sich, dass die meisten Aktionen eher von Kleingruppen durchgeführt werden und nicht wie von der KPCh oft behauptet, Großdemonstrationen mit mehreren Zehntausend Teilnehmern sind. In den Jahren nach 2000 beruhigte sich die Lage, wahrscheinlich zurückzuführen auf die verschärfte Unterdrückungs- und Überwachungs politik.

Heute sind gewalttätige Aktionen in der Region aber wieder sehr häufig. Mehr dazu aber im Kapitel 11.2.5.3. „Lage in Xinjiang“.

Zu erwähnen sei an dieser Stelle, dass die Proteste bis in die Achtziger-Jahre größtenteils friedlich verliefen. Erst seit den Neunziger-Jahren zeigt sich auch eine gewisse Gewaltbereitschaft unter kleineren Teilen der uigurischen Bevölkerung, was den Politikern in Beijing gleichzeitig als Warnung vor Separatisten, Terroristen und religiösen Extremisten in Xinjiang dient. Obwohl die meisten Bewegungen noch immer friedlich sind und dabei

mehr Autonomie wie auch eine Verbesserung der misslichen Lage der Uiguren fordern, antwortet Beijing meist mit noch stärkerer Unterdrückung und weigert sich bisher, in einen Dialog mit Xinjiang bzw. den Uiguren zu treten (vgl. Bovingdon 2010: 106 f.).

Die immer wieder genannte Rechtfertigung der restriktiven Religionspolitik, der Islam und terroristische Kontakte im angrenzenden Osten seien die Hauptursache für die gewalttätigen Eskalationen in Xinjiang, sind schlichtweg falsch, da die meisten Widerstandsbewegung mit der Unzufriedenheit der Situation sowie eines noch immer stark vorhandenen Nationalgefühls der Uiguren einhergehen (vgl. Bovingdon 2010: 3).

Zwar ist die Situation der Uiguren heute besser, als unter der Kulturrevolution, die von der Regierung versprochene Autonomie ist aber nur spärlich vorhanden. Auch die Religionsausübung wird weiterhin stark beschnitten, für viele religiöse Aktivitäten (Pilgerreisen, Koranunterricht, etc.) ist eine Erlaubnis von der Regierung einzuholen. Sinisierung wird immer noch stark vorangetrieben, wobei heute uigurische Eltern den chinesischen Sprachunterricht für ihre Kinder bevorzugen, da sie den Kindern dadurch bessere Berufschancen bzw. die Möglichkeit auf ein besseres Leben in der chinesischen Gesellschaft ermöglichen möchten (vgl. Ludwig 2009: 117).

Im Jahr 2012 fand in Beijing eine Konferenz zum Thema „Entwicklung Xinjiangs“ statt, in welcher folgende zukünftige Tätigkeiten und Investitionen beschlossen wurden:

- Das BIP-pro-Kopf soll bis zum Jahr 2015 auf den Durchschnittswert Chinas ansteigen.
- Generell wird ein Anstieg für das Einkommen der Bevölkerung Westchinas versprochen.
- Eine Verbesserung des Angebots im Bereich öffentlicher Dienstleistungen und Infrastruktur soll erreicht werden.
- Bis zum Jahr 2020 sollen weitere Programme und Entwicklungen in Xinjiang vorangetrieben werden, die zu einer Verbesserung von Wohlstand, Umweltbedingungen und Stabilität in der Region führen sollen.

(vgl. Schiffli 2012: 92)

Trotzdem ist die Lebenssituation der Uiguren bis heute um einiges schlechter, als jene der Han-Bevölkerung im Osten des Landes. Xinjiang ist noch immer eines der ärmsten Gebiete Chinas, geprägt von hoher Arbeitslosigkeit (in manchen ländlichen Regionen sind mehr als 75 Prozent arbeitslos), primär hervorgerufen durch die großen Mängel in der Schulbildung. Xinjiang hat bis heute einen der höchsten Analphabetenwerte in China. Hier ist es vor allem die ländliche, weibliche Bevölkerung, die zur Feldarbeit eingesetzt, und deshalb am Besuch der Schule gehindert wird (vgl. Grobe-Hagel 1991: 147 f.).

Zusammenfassend lässt sich die Situation in Xinjiang nun wie folgt beschrieben: Der Zuzug von Han-Chinesen wird weiter forciert, während gleichzeitig Maßnahmen unternommen werden, das Wachstum der uigurischen Minderheit zu unterdrücken bzw. einzudämmen (Bsp.: „Xinjiang-Familien-Planung“). Der Anteil an Uiguren und anderen Minderheitenangehörigen in politischen Positionen ist gering, die KPCh hat sich stattdessen ihren Einfluss in Xinjiang gesichert, was tiefgreifende Veränderungen schwer bis unmöglich macht. Um diese Position auch halten zu können, wird der Zuzug partei-loyaler Han-Bevölkerung weiter vorangetrieben. Außerdem werden die Geschehnisse von 9/11 geschickt genutzt, um den Islam als Gefahr für Stabilität und Ordnung in der Region darzustellen, was zu einer rigiden Unterdrückungspolitik in Sachen Religion und im alltäglichem Leben der Uiguren führt (vgl. Bovingdon 2010: 75 ff.).

Zur Verbesserung der Situation in Xinjiang fordern die Uiguren die Begrenzung des Han-Zuzuges, die Besetzung wichtiger politischer Posten durch ihre eigenen Leute und andere Minderheitenangehörige, mehr Respekt dem Islam gegenüber, sowie mehr Autonomie, vor allem im Bereich der Wirtschaft (vgl. Weggel 1984: 153).

11. Menschenrechte in China

Die Volksrepublik China sieht sich immer wieder mit Vorwürfen konfrontiert, Menschenrechte zu missachten und brutal gegen ihre Bevölkerung vorzugehen. Nachdem China in den letzten Jahren immer stärker den Versuch unternommen hat, sich als globale Weltmacht zu positionieren, stellt sich die Frage, wie China mit dem Thema Menschenrechte (bzgl. freie Meinungsäußerung und Recht auf Demonstrationen sowie der Einhaltung der Menschenrechte in den Minderheitengebieten) in der Zukunft umgehen wird. In diesem Kapitel soll das Thema der Menschenrechte in China behandelt werden, wobei anhand von Beispielen gezeigt werden soll, wie es China mit der Einhaltung der dieser hält und wie die KPCh gegen Demonstrationen und Unruhen, vor allem in Gebieten der Minderheiten, vorgeht.

11.1. Situation der Menschenrechte in China

Lange Zeit hatte die Thematik der Menschenrechte in China keine Bedeutung. Recht wird in China seit jeher als „Instrument der Verbrechenskontrolle und der Machtdurchsetzung der Herrschenden“ eingesetzt (vgl. Heilmann 200: 195). Erst mit der Öffnung Chinas hin zur westlichen Welt kam es zu einer Besserung mit kleineren Reformen im Bereich des chinesischen Rechtssystems. So wurde etwa 1997 die Todesstrafe bei Diebstahl verboten (vgl. Blume 2005: 53 & 56). Eine Erwähnung der Menschenrechte in Chinas Verfassung besteht in Form eines Katalogs von Freiheits- und Mitwirkungsrechten. Diese sind aber den Zielen des sozialistischen Aufbaus untergeordnet, wodurch die Volksrepublik China Möglichkeiten zu Einschränkungen diverser politischer und bürgerlicher Gesetze hat. Die Ausübung solcher Gesetze muss den „Interessen des Staates, der Gesellschaft und des Kollektivs“ untergeordnet sein. Alle Sabotageaktionen am sozialistischem System sind verboten und werden mit entsprechenden Strafen geahndet (vgl. Heilmann 2002: 195).

Daraus lässt sich ableiten, dass die Interessen der chinesischen Gemeinschaft wichtiger sind, als die Interessen des Einzelnen, weshalb die Rechte des einzelnen Chinesen relativ einfach beschränkt werden können, um die Interessen der Gesellschaft zu schützen. Aus diesem Grund besteht in China auch nicht das Streikrecht, da dies in der Auffassung der KPCh nur Nachteile für die Gesamtbevölkerung mit sich bringen würde (nämlich

wirtschaftliche Einbussen für alle) (vgl. Lee 1993: 17 f.).

Im Bezug auf die Menschenrechte muss beachtet werden, dass sich die VR über Jahrtausende hinweg von der Außenwelt abgeschottet hat, mit einem eigenem (sinozentrischen) Weltbild lebte und keine Einflüsse von außen auf sich wirken lies. Rechte für das Volk waren unter den chinesischen Kaisern nicht bekannt. Die Folgen dessen waren, dass sich Wirtschaft, Politik, aber auch Wertevorstellungen und somit Einstellungen zu Menschenrechten in China in eine komplett andere Richtung entwickelten und sich deshalb deutlich von westlichen Vorstellungen unterscheiden. Die Geschichte Chinas sollte bei der Diskussion um Menschenrechte in China also unbedingt eine Berücksichtigung erhalten (vgl. Heberer 1984: 21 f.).

Eine Problematik in der aktuellen Situation beim Thema Menschenrechte ist, dass China der westlichen Welt eine Doppelstrategie bei der Durchsetzung und Einführung der Menschenrechte vorwirft und dementsprechend ein großes Misstrauen gegenüber westlichen Mächten besteht. Vor allem den USA wird dabei vorgeworfen, dass sie mit ihrer Menschenrechtspolitik in Wirklichkeit die Destabilisierung, und somit den Sturz der chinesischen Regierung fördern und erreichen wollen (vgl. von Senger 2006: 127).

Außerdem sieht China in der Menschenrechtsfrage bzw. bei der Definition der Menschenrechte ein „Monopol des Westens“. Die KPCh spricht von einem Einmischen ausländischer Kräfte in die Innenpolitik anderer Länder, wobei angeblich versucht wird, Ländern mit komplett anderen kulturellen Traditionen und unterschiedlichen Entwicklungsstufen eine „fremde Werteordnung des Westens aufzuzwingen“. Nach chinesischer Sichtweise kann es keine weltweit einheitliche Interpretation von Menschenrechten geben, da sich Länder in vielerlei Hinsicht stark voneinander unterscheiden. Die VR verlangt stattdessen, dass als Beurteilungskriterium für den Zustand der Menschenrechte ermittelt werden soll, wie stark ein Land den sozialen Fortschritt und damit eine Verbesserung der allgemeinen Lebenssituation der Bevölkerung vorantreibt (vgl. Heilmann 2002: 256 f.).

Eine weitere Besonderheit in puncto Menschenrechte in China ist die Ansicht der Gleichrangigkeit aller Menschenrechte. So hat etwa das Recht der Arbeit dieselbe Priorität bzw. Gültigkeit wie das Recht auf Meinungsfreiheit oder irgendein anderes Menschenrecht. Eine Art Abstufung zwischen den Menschenrechten gibt es in der chinesischen Verfassung nicht, da sich der chinesische Staat zu einer Unteilbarkeit und wechselseitigen Abhängigkeit aller Menschenrechte bekennt (vgl. von Senger 2006: 132).

Eine weitere Problematik hat die UNO in gewisser Weise selber zu verschulden. Was unter der Bevölkerung der westlichen Welt kaum bekannt ist und in der Öffentlichkeit kaum diskutiert wird, da Menschenrechte hier als „unantastbar“ gelten, ist das „Recht auf Einschränkung der Menschenrechte“, welches in UNO Dokumenten eindeutig niedergeschrieben und festgehalten ist. Auch in dem 1966 von der UNO verabschiedeten Pakt über bürgerliche und politische Rechte werden z.B. Einschränkungen auf freie Meinungsäußerungen gebilligt, wenn dies zum Schutz der nationalen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung notwendig ist. Diese belegten Fakten geben der chinesischen Regierung somit genügend Spielraum, eine für sie notwendige Beschränkung von Menschenrechte zu rechtfertigen (vgl. Senger 2006: 132 ff.).

Die Todesstrafe, die ebenso Folge einer Einschränkung der Menschenrechte ist, wird in China im Vergleich zu den anderen Ländern Todesstrafe überdurchschnittlich oft angewandt. Laut Amnesty International gab es im Jahr 2004 etwa 6.000 Todesurteile und 3.400 Hinrichtungen (vgl. Ullrich & Berié 2005: 17). 2001 wurden sogar fünfmal so viele Menschen, wie in allen anderen Ländern der Erde zusammen, hingerichtet. Westliche Experten schätzen aber, dass die Zahl der jährlich zum Tode Verurteilten viel höher ist und etwa 50.000 Todesstrafen im Jahr ausgesprochen werden. Ein Grund für die so hohe Anzahl an erlassenen Todesurteilen könnte sein, dass das Rechts- und Justizsystem in China hauptsächlich von langjährigen parteitreuen Personen besetzt wurde bzw. wird, welche die Todesstrafe als Mittel zur Disziplinierung und Einschüchterung der chinesischen Bevölkerung sehen (vgl. Blumer 2002: 54 f.).

Innerhalb der UNO sieht sich China, das sich selbst als das größte Entwicklungsland der Erde bezeichnet, im Bereich der Menschenrechte als Vertreter der Interessen der Entwicklungsländer. Deshalb stimmt die Volksrepublik in weiten Bereichen mit den Einstellungen der Entwicklungsländer der südlichen Hemisphäre, die das Thema

Menschenrechte betreffen, überein. Diese Strategie ist für China von großer Bedeutung, da in der UNO-Menschenrechtskommission von den 53 Mitgliedsstaaten 38 Drittweltländer 15 westlichen Ländern gegenüberstehen. In den letzten Jahren gelang es den Drittweltländern somit, alle Versuche, China wegen Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen, gemeinsam mit ihren Stimmen abzuwehren (vgl. Senger 2006: 138).

Nun stellt sich die Frage, warum sich in China keine Gegenbewegung zur Besserung der Menschenrechte organisiert. Die Problematik liegt darin, dass die Unterdrückung und Missachtung von Menschenrechte zwar mehr oder weniger offen kritisiert wird. Aufgrund der Angst vor persönlichen Konsequenzen sind tatsächliche Aktionen und die Bereitschaft, selbst für eine Besserung einzutreten, aber kaum vorhanden (vgl. Heilmann 2002: 197). Auf der anderen Seite sehen viele alte Menschen, vor allem Überlebende aus der Mao-Zeit die Situation der Menschenrechte in China als durchaus legitim an, da unter der Herrschaft von Mao viel brutalere Strafen und Verfolgungen seitens der Politik begangen wurden.

Bis heute besteht bspw. ein Verbot von Versammlungen auf öffentlichen Plätzen genauso, wie das Verbot auf freie Meinungsäußerung (vor allem gegen die Politik gerichtet) in der Öffentlichkeit. Die missliche Lage bzgl. der Religionsfreiheit wurde in den vorherigen Kapiteln schon ausführlich diskutiert (vgl. Blume 2005: 58 f.).

Damit Gleichberechtigung in China stattfinden kann, sieht Heberer einen zwingenden Zusammenhang zwischen Nationalitätenpolitik und Entwicklungspolitik. Die Nationalitätenpolitik sollte für eine Gleichberechtigung aller Nationalitäten innerhalb eines Staates sorgen, und zwar in allen Bereichen (Politik, Wirtschaft, Kultur, Bildung, etc.). Politische Gleichberechtigung kann aber nur dann erfolgen, wenn auch Fortschritte in der Entwicklung von Wirtschaft und Kultur aller Regionen, die in einem Staat im Vergleich zu anderen Regionen ein Defizit aufweisen (in China sind dies die Minderheitenregionen), ermöglicht wird. Kommt es zu keiner Weiterentwicklung in den benachteiligten Gebieten, so sind diese nach Heberers Ansicht weiterhin von Zuwendungen und Hilfszahlungen aus den entwickelten Teilen Chinas abhängig, womit die Minderheiten wiederum von den Entscheidungen der entwickelten Nationalitäten (in China von den Han) abhängig wären und somit Gleichberechtigung nie möglich wäre (vgl. Heberer 1984: 19).

Bleibt abschließend noch zu erwähnen, dass die VR bis heute keine der beiden Menschenrechtspakete der UNO („Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966“, sowie „Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966“) unterzeichnet hat (vgl. Lee 1993: 33).

11.2. Exemplarische Dokumentationen einzelner Unruhen und Gegenbewegungen in den Minderheitengebieten

Nachdem nun die Lage der Menschenrechtssituation in China erläutert wurde, widmet sich dieses Kapitel verschiedenen Protestbewegungen in den Minderheitsregionen. Diese Geschehnisse geben ein Bild davon, wie es die chinesische Regierung mit dem Einsatz von Gewalt gegen (ungewollte) Meinungsäußerungen und friedliche Demonstrationen hält, um die Sicherheit des Staates zu wahren. Anschließend wird ein Überblick über die aktuelle Lage in den Gebieten der Mongolen, Tibeter und Uiguren gegeben.

11.2.1. Widerstandsbewegungen im frühen China

Schon vor der Gründung der Volksrepublik China gab es immer wieder Widerstandsbewegungen von Seiten bestimmter Nationalitäten, im Rahmen derer mehr Rechte und Freiheiten gefordert wurden. Nachstehende Abbildung 28 zeigt dabei die Anzahl der Aufstände in Gebieten der Minderheiten im Zeitraum 704 vor Christus bis 1640 nach Christus:

Provinz	722 – 206 v.u.Z.	207 – 264 u.Z.	265 – 617	618 – 959	960 – 1279	1280-1367	1368-1640
Sichuan	0	2	1	0	46	0	3
Hunan	5	20	18	10	112	6	16
Guangxi	0	0	0	14	51	5	218
Guangdong	0	4	3	5	23	17	52
Yunnan	1	3	3	53	0	7	2
Guizhou	0	0	0	0	0	0	91

Abb. 28: Aufstände von Minderheiten in chinesischen Provinzen zwischen 722 v. Chr. und 1640 n. Chr.

Einerseits zeigt sich eine hohe Anzahl an Aufständen in der Provinz Hunan im Zeitraum 960 – 1279 n. Chr. (112 Aufstände). Auf der anderen Seite besteht in der Provinz Guangxi im Zeitraum 1368 – 1640 ein hohes Protestpotential, wobei 218 Aufstände bzw.

Widerstandsbewegungen dokumentiert wurden.

Aus dem 18. Jahrhundert liegen Berichte von Aufständen der Minderheit der Miao vor, die sich gegen die Han-Chinesen richteten. Die Proteste wurden von den Han blutig niedergeschlagen und endeten mit etwa 18.000 Toten auf der Seite der Miao. Die Konsequenzen waren, dass das fruchtbare Land der Miao von den Han beansprucht wurde und die Minderheit selbst in entlegene, unfruchtbare Berggebiete zurückgedrängt wurde (vgl. <http://www.boell.de/de/navigation/asien-nationalitaetenprobleme-china-tibet-11302.html>).

11.2.2. Eskalation der Unruhen in Tibet im März 2008

2008 stellte für China eines der schlimmsten „Unruhejahre“ in der jüngeren Vergangenheit dar, weshalb an dieser Stelle kurz auf diese Geschehnisse eingegangen werden soll.

Wohl wissend, dass in diesem Jahr die Olympischen Sommerspiele in Beijing stattfinden würden, wollten viele Tibeter die Gelegenheit nützen, um die Weltöffentlichkeit auf ihre missliche Lage und ihre Probleme aufmerksam zu machen (starker Han-Zuzug, Unterdrückung, Diskriminierung etc.). Diese Proteste waren von äußerst starker Gewaltbereitschaft seitens der Tibeter geprägt, was es bis dahin noch nicht gegeben hatte. Vor allem junge Tibeter verübten Angriffe auf Han-Chinesen, plünderten ihre Geschäfte oder setzten deren Autos in Brand (vgl. <http://www.economist.com/node/10870258>).

Die Proteste begannen am 10. März 2008, dem Jahrestag der „Tibetunruhen von 1959“, wobei etwa hundert tibetische Mönche in friedlicher Absicht für ein Ende der religiösen Unterdrückung und die Freilassung inhaftierter Mönche demonstrierten. Schon kurz darauf wurde der Protestzug von chinesischen Sicherheitskräften aufgehalten und etliche Mönche wurden verhaftet, was die Proteststimmung weiter verschärfte. In den darauffolgenden Tagen und Wochen breiteten sich die Proteste auf immer mehr umliegende Gebiete und Provinzen aus (Gansu, Qinghai, Sichuan, Yunnan) wobei die Situation weiter zu eskalieren drohte. Die Gewaltaktionen der Tibeter waren neu und überraschten: Sie begannen Han-Chinesen anzugreifen und zu attackieren. Gleichzeitig schickte die chinesische Regierung Sicherheitskräfte in die Unruheregionen, welche die

Proteste entsprechend scharf niederschlugen. Bei der Angabe der Todesopfer zeigten sich große Unterschiede. Während Chinas Regierung von 23 Opfern sprach, behauptete die tibetische Exilregierung, dass mindestens 203 Tibeter getötet wurden (vgl. Human Rights Watch 2008: 37f.).

Für die chinesische Regierung war sofort klar, wer der Urheber dieser gewalttätigen Aktionen sein musste. Nach Ansicht kommunistischer Parteimitglieder lag die Schuld beim Dalai Lama, der separatistische Sabotageakte gefördert haben soll, um somit die Unabhängigkeit Tibets voranzutreiben (vgl. <http://www.webcitation.org/5hDZPW3YJ>).

Wie schon bei früheren Demonstrationen und Ausschreitungen, wurden auch diesmal ausländische Journalisten aufgefordert Tibet zu verlassen, da ihnen „illegale Tätigkeiten“ vorgeworfen wurden. Eine unabhängige Berichtserstattung, direkt aus Tibet, war somit ein weiteres Mal (zu mindestens offiziell) nicht möglich (vgl. http://web.archive.org/web/20080408113253/http://www.thestandard.com.hk/news_detail.asp?pp_cat=30&art_id=63248&sid=18107553&con_type=1).

11.2.3. Heftige Unruhen in Ürümqi/Xinjiang im Juli 2009

Im Juli des Jahres 2009 kam es an mehreren Tagen in der Hauptstadt Xinjiangs, Ürümqi, zu teils gewalttätigen Ausschreitungen der uigurischen Minderheit. Die Ereignisse sollen hier nun kurz dargestellt werden, da bei diesen Unruheaktivitäten vor allem Han-Chinesen gezielt verfolgt und attackiert wurden und die Proteste eine hohe Mobilisierungskraft unter den Uiguren erreichten.

Die Demonstrationen begannen am 5. Juli 2009 mit einem friedlichen Protestzug von mehreren tausend Uiguren, die eine genaue Untersuchung von Todesfällen zweier Uiguren forderten. Diese waren bei einer Auseinandersetzung mit Han-Chinesen gestorben. Nachdem die chinesische Polizei und Sicherheitskräfte eingriffen und die Demonstration aufzulösen versuchten, eskalierte die Situation und es kam zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Uiguren und Han-Chinesen, die mehrere Tage andauerten (vgl. <http://www.china-zentrum.de/163-Chh-Unruhen-in-Urumqi.306.0.html?&L=0>).

In den folgenden Tagen spitzte sich die Lage immer weiter zu, wobei es zu Vandalismusaktionen von beiden Seiten kam, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, sowie dem harten Eingreifen chinesischer Sicherheitsleute mit Wasserwerfern, Tränengas und Schusswaffen. Des Weiteren kam es zu Massenverhaftungen unter der uigurischen Minderheit (vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/unruhen-in-xinjiang-han-chinesen-ziehen-bewaffnet-durch-ueruemqi-a-634711.html>).

Die Unruhen endeten erst nach mehreren Tagen. Die KPCh sah die uigurische Minderheit als Auslöser dieser gewalttätigen Prozesse und beschuldigte diese, mit ihren Aktionen terroristische und separatistische Tendenzen und Ziele fördern zu wollen (vgl. http://news.xinhuanet.com/english/2009-07/18/content_11727782.htm).

Die chinesischen Behörden sprachen im August 2009 schließlich von 197 Todesopfern, von denen 134 den Han-Chinesen, 11 den Hui, 10 den Uiguren und ein Todesopfer der Mandschu-Minderheit angehört haben sollen. Des Weiteren sollen mindestens 1.700 Menschen verletzt worden sein. Der „World Uighur Congress“ sprach aber von einer weit höheren Opferzahl, wobei alleine 1.000 Uiguren während der Proteste umgekommen sein sollen (vgl. <http://www.china-zentrum.de/163-Chh-Unruhen-in-Urumqi.306.0.html?&L=0>).

11.2.4 Die gegenwärtige Situation anhand der Fallbeispiele Innere Mongolei, Tibet und Xinjiang

Nachdem nun wichtige Ereignisse der Vergangenheit dargestellt wurden, soll abschließend ein Überblick über die aktuelle Lage hinsichtlich Unruhen und Eskalationen in den drei Minderheitengebieten der Mongolen, Tibeter und Uiguren gegeben werden.

11.2.4.1. Lage in der Inneren Mongolei

Wie schon in den letzten fünfzig Jahren ist die aktuelle Situation in der Inneren Mongolei relativ entspannt. Demonstrationen oder gar Ausschreitungen und Gewaltakte von Seiten der mongolischen Minderheit waren und sind die Ausnahme. Es ist aber der Zwang der chinesischen Regierung, mongolische Hirten zur Sesshaftmachung zu bewegen, der ein großes Problem darstellt. Der dadurch in der mongolischen Bevölkerung hervorgerufene Unmut, kann dabei zu (friedlichen) Demonstrationen führen. Im November des Vorjahres versuchten etwa mehrere mongolische Hirten friedlich die zwanghafte Enteignung von kaum mehr existierenden Weideland zu verhindern, woraufhin sie vor Gericht gestellt wurden (vgl. <http://www.reuters.com/article/2013/11/11/us-china-trial-idUSBRE9AA0DM20131111>).

Eine der schwersten Ausschreitungen der letzten Jahre fand im Jahr 2011 statt. Auch damals ging es um den Konflikt um Weideland, bei welchem ein Hirte getötet wurde. Anschließend formierten sich Gegenbewegungen in mehreren mongolischen Städten, bei denen Berichten von Amnesty International zufolge mindestens 18 Personen schwer verletzt wurden. Die eigentlich friedlichen Demonstrationen wurden schon nach kurzer Zeit durch Einsatz polizeilicher Gewalt aufgelöst (vgl. <http://www.epochtimes.de/China-unterdrueckt-Proteste-in-der-Inneren-Mongolei-a720793.html>).

Neben dem Konflikt um das Weideland, der vor allem auch deshalb stark kritisiert wird, da die Entschädigungen und versprochenen Förderungen, zu gering und bei weitem nicht ausreichend, sind es die schon mehrfach diskutierten anderen Auswirkungen der chinesischen Minderheitenpolitik, die für zusätzlichen Unmut und Zündstoff unter der mongolischen Bevölkerung sorgen. Es handelt sich dabei um den ständigen Han-Zuzug, verbunden mit Unterdrückung und Assimilierung durch die Han-Chinesen, sowie den „Missbrauch“ der Inneren Mongolei als Rohstofflieferant für den Osten Chinas.

Die Resultate der chinesischen Minderheitenpolitik sind bis heute dieselben: Armut, soziale Probleme, sowie das langsame Aussterben der mongolischen Traditionen und Kulturen. Eine Verbesserung ist nicht in Sicht. Wie auch in vielen anderen Teilen Chinas sind es vor allem junge, gebildete Mongolen, vornehmlich Studenten, die den Weg des Protests suchen, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen und Verbesserungen herbeizuführen (vgl. <http://www.nytimes.com/2011/06/11/world/asia/11mongolia.html?>

pagewanted=all&_r=1&).

Nach den Angaben von der Organisation Southern Mongolian Human Rights Information Center (SMHRIC) ist in naher Zukunft geplant, dass die Region Sichuan, die 2008 von einem Erdbeben nahezu vollständig zerstört wurde, von 50.000 Han-Chinesen neu besiedelt werden soll. Von Seiten der KPCh wird weiterhin auf Unterdrückung und Assimilierung gesetzt (vgl. <http://www.epochtimes.de/Innere-Mongolei-Chinas-Regime-schuetzt-Landraub-und-Gewaltakte-a1119178.html>, 11.03.14).

11.2.4.2. Lage in Tibet

Die aktuelle Lage in Tibet ist etwas ruhiger als in den vergangenen Jahren (insbesondere im Vergleich zum Jahr 2008). Es ist immer wieder von kleineren Demonstrationen, hauptsächlich aber von Selbstverbrennung tibetischer Mönche, zu lesen, große Demonstrationen oder Gewalteskalationen wurden seit mehreren Jahren nicht beobachtet oder dokumentiert.



Abb. 29: Selbstverbrennung eines Tibeters

An dieser Stelle sollen nun kurz Unruhen oder Geschehnisse bzgl. der tibetischen Minderheit dokumentiert werden, die sich seit Oktober 2013 in Tibet ereignet haben:

- Im Oktober 2013 wurde über den Einsatz von Schusswaffen von Seiten der chinesischen Polizei berichtet, die auf tibetische Demonstranten gerichtet gewesen sein sollen. Todesopfer gab es keine, mindestens 60 Menschen wurden aber verletzt. Des Weiteren gab es zahlreiche Festnahmen (vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/konflikt-mit-china-sicherheitskraefte-schiessen-auf-tibeter-a-926760.html>).
- Am 5. Dezember 2013 setzte sich ein Tibeter in Brand und forderte dabei die Freiheit von Tibet. Als Polizisten eingreifen wollten, kam es zu kleineren Auseinandersetzungen mit Anwohnern des Schauplatzes (vgl.

<http://www.zeit.de/news/2013-12/05/china-tibeter-setzt-sich-aus-protest-selbst-in-brand-05104016>).

- Insgesamt haben sich seit 2009 mehr als 120 Tibeter aus Protest bzw. um Aufmerksamkeit zu gewinnen, selbst verbrannt (vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/tibetische-exilregierung-fordert-von-china-intensiver-beschaeftigung-mit-selbstverbrennungen-1.1892863>).

- Im November und Dezember 2013 kam es zur Verhaftung vieler tibetischer Schriftsteller und Künstler, da diese regierungskritisches Material unter der Bevölkerung



Abb. 30: Beispielbild einer brutalen Unterdrückung in Tibet durch die chinesische Polizei

- verteilt. Unter anderem kam es zur Festnahme von Musikern, die in ihren Texten Gerechtigkeit und Freiheit für Tibet einforderten. Sie wurden zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die KPCh rechtfertigt dieses strenge Vorgehen, in dem sie die politische und soziale Stabilität der VR China zu erhalten versucht und deshalb jegliche Form des Separatismus und Terrorismus zu unterbinden versucht (vgl. <http://www.epochtimes.de/China-Mit-eiserner-Faust-gegen-Tibets-aufmuepfige-Kuenstler-a1116994.html>).
- Des Weiteren kam es seit den letzten Jahren in etlichen tibetischen Regionen zu großen „Umerziehungsmaßnahmen“ (Hissen der chinesischen Fahne, Bekenntnis zur VR China, etc.), die von der KPCh vorgegeben werden und von den Tibetern ausgeführt werden müssen. Werden die Befehle nicht befolgt, kommt es zu Verhaftungen oder zu Schließungen von Klöstern, wie ein Fall im tibetischen Bezirk Driru zeigt, wobei drei tibetische Klöster als Folge von Unfolgsamkeit geschlossen wurden (vgl. <http://www.china-observer.de/index.php/2014/01/29/chinesische-behorden-schliessen-drei-kloster-in-tibet/>).

Im Februar dieses Jahres kam es auch zu einem Treffen zwischen dem Dalai Lama und dem Präsidenten der USA, Barack Obama, bei welchem der Präsident den Tibetern „Unterstützung bei der Verteidigung der Menschenrechte, sowie den Erhalt der einzigartigen Religion, Kultur und Sprache“ zusicherte (vgl. <http://www.welt.de/newsticker/news1/article125093082/Obama-sichert-Tibetern-Unterstuetzung-zu.html>).

11.2.4.3. Lage in Xinjiang

Xinjiang und die dort lebende Minderheit der Uiguren sind der momentane Krisenherd Chinas. Nahezu monatlich oder wöchentlich liest man über neue gewalttätige Aktionen, die nach Angaben der chinesischen Regierung den separatistischen und gewalttätigen Gruppen der Uiguren-Minderheit zuzuschreiben sind.

Um einen Überblick über die aktuellen Geschehnisse und die aktuelle Lage zu bekommen, sollen an dieser Stelle die wichtigsten Ereignisse, die in der Region Xinjiang seit Oktober 2013 stattgefunden haben, kurz dokumentiert werden:

- Ende Oktober 2013 kam es am „Himmlichen Platz des Friedens“ zu folgenden Geschehnissen: Ein Auto fuhr ungebremst in eine Menschenmenge und ging danach in Flammen auf. Dabei wurden die Insassen des Wagens, sowie zwei Touristen getötet, des Weiteren wurden an die 40 Personen verletzt. Die chinesische Regierung sieht die Uiguren bzw. radikale uigurische Islamisten, als Drahtzieher (das betroffene Auto stammte aus Xinjiang) und bezeichnet diesen Vorfall als Terroranschlag (vgl. <http://derstandard.at/1381370594850/China-macht-Uiguren-fuer-Anschlag-auf-Tiananmen-Platz-verantwortlich>). Laut chinesischen Medien wurden im angesprochenen Auto Messer, Benzinkanister sowie „verbotene uigurische Flaggen“ gefunden. Außerdem wurden fünf Verdächtige festgenommen, da diese angeblich Zeichen des Heiligen Krieges bei sich trugen (vgl. <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/asien-und-ozeanien/Chinas-grosse-Angst-vor-einer-kleinen-Minderheit/story/15497371>).
- Am 16.11.2013 kam es zu einem Anschlag auf eine Polizeistation in Xinjiang, wobei zwei Polizisten und anschließend neun Täter getötet wurden. Während chinesische Medien die Uiguren als Schuldige bezeichneten, widersprachen Augenzeugen

diesen Anschuldigungen und behaupteten, dass demonstrierende Uiguren verhaftet worden seien (vgl. <http://orf.at/stories/2206718/>).

- Mitte Dezember kam es erneut zu Unruhen in Xinjiang. Dabei gab es gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Uiguren und Polizisten, wobei laut chinesischen Medienangaben 16 Menschen getötet wurden, darunter 14 Uiguren, die als Angreifer bzw. Terroristen identifiziert wurden. Die Polizei griff ein, da es sich bei den betroffenen Opfern um angeblich gewaltbereite Terroristen gehandelt haben soll, die separatistische Tendenzen aufzeigten (vgl. http://www.focus.de/politik/ausland/china-gewalteskalation-in-xinjiang-gewalteskalation-in-china-16-menschen-bei-ausschreitungen-getoetet_id_3484450.html). Etliche Bewohner des betroffenen Ortes berichteten aber über andere Geschehnisse: Laut ihren Darstellungen waren die 14 getöteten Uiguren bei Vorbereitungen für eine Hochzeit erschossen worden, unter anderem waren sechs der 14 Opfer Frauen (vgl. <http://www.tagesschau.de/ausland/xinjiang112.html>).
- Gegen Ende des Jahres 2013 wurden in Xinjiang erneut Uiguren - unter dem Vorwand Terroristen zu sein - getötet. Acht Uiguren haben angeblich eine Polizeistation mit Sprengsätzen beworfen, woraufhin Polizisten das Feuer eröffneten (vgl. <http://kurier.at/politik/ausland/china-angebliche-terroristen-in-unruheregion-erschossen/43.266.342>).
- Ende Jänner 2014, kam es nach Angaben chinesischer Medien in der Stadt Xinhe zu einem Terroranschlag, bei welchem sechs Menschen getötet wurden. Weitere sechs Menschen wurden anschließend von der Polizei erschossen. Auch diesmal galten uigurische Terroristen als Attentäter (vgl. <http://derstandard.at/1389858238358/Zwoelf-Tote-in-Chinas-Unruheprovinz-Xinjiang>).
- Mitte Februar 2014 kam es abermals zu einem Angriff auf eine Polizeistation, wobei elf Menschen getötet wurden: Drei durch eine selbst herbeigeführte Explosion, die anderen acht wurden von Polizisten erschossen. Laut Medien und Regierung handelte es sich abermals um „mit Messern und Sprengkörpern bewaffnete Terroristen“ (vgl. <http://www.n-tv.de/ticker/Blutige-Auseinandersetzungen-in-Uiguren-Provinz-article12278336.html>).
- Der heftigste Anschlag seit Jahren ereignete sich am 2. März 2014 am Bahnhof von

Kunming, der Hauptstadt der Provinz Yunan. Dabei attackierten die Angreifer, mit Messern bewaffnet, am Bahnhof wartende Menschen an, wobei 30 Menschen getötet wurden. Von der Polizei wurden mindestens vier angebliche Täter erschossen. Des Weiteren wurden nach Angaben der chinesischen Polizei 113 Menschen verletzt. Nach Angaben der chinesischen Behörden handelte es sich auch diesmal wieder um einen terroristischen Akt separatistischer Uiguren, da dies etliche Beweise am Tatort belegen (vgl. <http://www.zeit.de/gesellschaft/2014-03/china-kunming-angriff>).

- Auch für einen Anschlag auf einem Markt in der Stadt Changsha, Hauptstadt der Provinz Hunan, am 14.03.2014 werden die Uiguren verantwortlich gemacht. Bei einem Streit wurden fünf Menschen mit einem Messer erstochen, ehe der Täter von der Polizei erschossen wurde. Die chinesischen Medien sprechen diesmal von keinem terroristischen Attentat, jedoch soll der Täter wiederum ein Uigure gewesen sein (vgl. <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/sechs-tote-bei-messerattacke-auf-markt-in-china-12846546.html>).
- Sogar für das Verschwinden eines Flugzeuges der Malaysischen Airline werden Uiguren beschuldigt bzw. zumindest verdächtigt. Nachdem das Flugzeug seit Anfang März 2014 vermisst wird und als verschollen gilt, wird in verschiedenste Richtungen ermittelt (Unfall, Entführung, etc.). Auch die chinesische Politik hat sich in die Untersuchung des Falles eingeschaltet und sah Hinweise gegeben, die einen eventuellen Terroranschlag bzw. eine eventuelle Entführung durch an Board gewesene uigurische Separatisten nicht ganz ausschließen lassen (<http://www.zeit.de/gesellschaft/2014-03/malaysia-flugzeug-boeing>).

Bei den meisten „angeblichen“ Anschlägen müssen die Uiguren als „Sündenbock“ herhalten, obwohl es kaum handfeste Beweise für deren Schuld gibt. Die Folge von solchen Geschehnissen ist immer dieselbe: Die Regierung reagiert mit verstärkter Kontrolle der Uiguren, was zu Unmut und Diskriminierungsgefühlen unter diesen führt (vgl. <http://www.tagesschau.de/ausland/peking348.html>). Infolge der gehäuften Anschläge der letzten Zeit nutzt die Regierung die Geschehnisse, um die chinesische Bevölkerung weiter in Angst zu setzen. Sie warnt die Chinesen vor weiteren möglichen terroristischen Aktionen durch gewaltbereite, extremistische und separatistische Uiguren. Der Anschlag am Platz des Himmlischen Friedens habe gezeigt, dass sich die Anschläge nicht mehr nur auf die Uruheregion Xinjiang selbst konzentrieren. Nach chinesischen Angaben,

ereigneten sich alleine im Jahr 2012 ca. 190 terroristisch motivierte Anschläge in Xinjiang, die meist religiöse Motive haben und im Rahmen des Heiligen Krieges durchgeführt wurden. Die Regierung versprach daraufhin verstärkte Anti-Terror Maßnahmen, die unter anderem verstärkte Kontrollen in der „Unruheprovinz Xinjiang“ vorsehen (vgl. <http://www.wantchinatimes.com/news-subclass-cnt.aspx?id=20131129000016&cid=1101>).

Den Geschehnissen entsprechend, beschloss die KPCh Anfang des Jahres 2014 folgende Maßnahmen:

- Seit 1. Jänner 2014 gilt für Xinjiang und seine Krisenregionen die neue Kampagne „strike hard“, zu Deutsch „hart durchgreifen“, wobei es darum geht, Handys, Telefone und andere „verdächtige“ Materialien (vor allem unerlaubte DVDs und CDs) von Uiguren zu untersuchen. Man erhofft



Abb. 31: Schwer bewaffnete Polizei in Xinjiang

- sich daraus, Hinweise auf terroristische und gewalttätige Aktionen bzw. Pläne zu finden. Außerdem wird den Polizisten durch diese Kampagne, bezogen auf die Geschehnisse der letzten Zeit (Angriffe auf Polizeistationen) eine erleichterte Befugnis des Waffeneinsatzes gegeben. Kooperieren betroffene Uiguren nicht und leisten Widerstand, so darf sofort eine Waffe zur Verteidigung eingesetzt werden. Viele Beobachter befürchten aber, dass solche Aktionen die Lage nur noch weiter verschlimmern werden (vgl. <http://www.rfa.org/english/news/uyghur/strike-hard-01092014172927.html>).
- Des Weiteren wurde vom regionalen Parlament in Xinjiang beschlossen, die Ausgaben für den Kampf gegen Terrorismus zu verdoppeln, um die Sicherheit und Stabilität in Xinjiang gewährleisten zu können. Durch diese Maßnahmen soll es unter anderem auch gelingen, „religiösen Extremismus“ zu verhindern und zu reduzieren (vgl. <http://english.peopledaily.com.cn/90785/8515157.html>).

12. Die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten und internationalen Bedeutungsmöglichkeiten der VR China

Das China auf dem Weg ist, international eine bedeutend starke Position einzunehmen, wird kaum mehr von einem Land bestritten. Vorrangig der wirtschaftliche Aufschwung in den letzten Jahrzehnten wird von der chinesischen Regierung genutzt um zu verdeutlichen, dass China auf dem Weg ist, international an Bedeutung zu gewinnen. Die Zusage eines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat ermöglicht dem Land bereits heute eine sehr starke internationale politische Position. Ohne der Zustimmung Chinas ist es kaum bis gar nicht möglich, wichtige internationale Problemfelder unter Kontrolle zu bringen. Die chinesische Politik beabsichtigt dabei, China zu einem mächtigen Staat weiter zu entwickeln, damit es selbst in der Lage ist, nicht nur den Regeln des Westens zuzustimmen, sondern eigene international gültige Regeln aufzustellen (vgl. Heilmann 2002: 239).

Seit der Öffnungspolitik in den neunziger Jahren ist China vielen internationalen Organisationen beigetreten und hat auch zahlreichen internationalen Verträgen zugestimmt. Der Hintergedanke dabei war, dass die Beitritte ein Mittel zur Verfolgung eigener nationaler Interessen sind und dem internationalen Mitspracherecht dienen. Nur durch internationale Kooperation sieht die VR die Möglichkeit, China zu einem Staat zu machen, der ein gleichberechtigtes Mitspracherecht in der Weltpolitik erhält (vgl. Heilmann 2002: 253).

China selbst hat heute folgendes Bild von sich:

- Es sieht sich bis heute als Reich der Mitte, welches auch verdient, eine angemessene, zentrale Position in den internationalen Beziehungen zugesprochen zu bekommen.
- Aus chinesischer Sicht hat China seinen „Zenit der Macht“ noch lange nicht erreicht, weshalb Fragen, die etwa den Bereich der nationalen Souveränität betreffen, nur mit minimalen, taktischen Zugeständnissen beantwortet werden sollen.
- Gleichzeitig betreiben „internationale feindliche Kräfte“ noch immer den Versuch,

die aufstrebende Macht Chinas zu verhindern und klein zu halten

- Die Wahrung der nationalen Souveränität und Sicherheit Chinas ist deshalb sicherzustellen.
- Außerdem sollen die Bemühungen, China ein positives internationales Image zu verpassen, um als kooperationsbereite und verantwortungsbewusste Macht wahrgenommen zu werden, vorangetrieben werden. Internationale Isolierung sowie „dauerhafte Frontenbildungen“ sollen dementsprechend verhindert werden.

(vgl. Heilmann 2002: 242)

Dementsprechend lässt sich folgende typische und taktische chinesische Vorgehensweise in der Außenpolitik ableiten und beobachten:

- Dauerhafte internationale Bindungen sollen weitestmöglich vermieden werden, um Platz für „politische Spielräume“ und „diplomatische Hintertüren“ offen zu halten.
- Vorteile, die internationale Kooperationen bieten, sollen aber weitestgehend ausgenutzt werden.
- Sollte China in internationalen Foren (z.B. UNO) in Bedrängnis geraten, muss eine schnelle Unterstützung durch Entwicklungsländer sichergestellt sein.
- Kommt es mit westlichen Staaten zu Diskussionen und Auseinandersetzungen um Themenbereiche wie ethnische Moral, so soll diesen mit dem Argument der westlichen Kolonialpolitik und deren historischen Demütigungen entgegnet werden.
- Kommt es zu gegensätzlichen Auffassungen in westlichen Diskussionen über China, so sollen diese genauestens analysiert und dokumentiert werden, um Argumente für die Verteidigung der chinesischen Interessen zu sammeln.
- Das Eintreten Chinas in internationale Abkommen ist zu begrüßen, um anschließend internationale Finanzhilfen und Beratungen zu erhalten.

(vgl. Heilmann 2002: 243)

Allgemein sieht Heilmann zwei realistische zukünftige Entwicklungsszenarien für die VR China:

- Szenario I: Die KPCh versucht weiter, die verschiedenen Krisenherde innerhalb des Landes (Umweltzerstörung, Korruption, ethnische Spannungen, etc.) unter

Kontrolle zu halten. Unter solchen Umständen scheint eine echte Modernisierungspolitik unmöglich. In dieser Situation wird die KPCh versuchen, sich mit Hilfe ihrer populistischen-nationalistischen Rolle als „Hüterin der nationalen Würde Chinas gegenüber dem Ausland“ zu profilieren, um sich so an der Macht halten zu können.

- Szenario II: Innerhalb der KPCh kommt es zu Spannungen und Ungehorsam, was zu einer inneren Revolte und somit zu einem Zusammenbruch der KPCh und somit zum Ende des Einparteienstaates führen würde. Dabei wäre zu befürchten, dass es zu einer weiteren Verstärkung der regionalen Disparitäten, ausgelöst durch Massenwanderungen sowie starken Protestbewegungen kommen würde. In solch einer Lage würden auch die Minderheiten zu stärkeren Gegenbewegungen und Freiheitsforderungen tendieren. Weiters wären Rückschläge für die chinesische und somit auch die ausländische Wirtschaft zu befürchten, da unter solchen Bedingungen keine durchgängige Wirtschaftsleistung aufrechtzuerhalten ist.

(vgl. Heilmann 2002: 278 f.)

Eine Verbesserung der Menschenrechtssituation und mehr Demokratie scheinen ebenfalls schwierig erreichbar zu sein. Die große Ungleichheit in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Politik scheinen dabei das größte Problem zu sein. Unter solchen Umständen scheint am ehesten eine „Scheindemokratie“ nach russischem Vorbild möglich, mit eingeschränktem, aber vorhandenem politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb, bei gleichzeitig noch immer vorhandenen regionalen und sozialen Disparitäten. Außerdem fehlt es an politischen und gesellschaftlichen Gruppen, die Kraft und Möglichkeit einer Demokratisierung auch tatsächlich vorantreiben könnten (vgl. Heilmann 2002: 286).

In welche Richtung sich China in den nächsten Jahren und Jahrzehnten tatsächlich entwickeln wird, ob es eine Bedrohung für die westliche Welt darstellen wird, oder ein wichtiger Kooperationspartner in internationalen Fragen sein, ob es endlich wichtige Fortschritte in der Menschenrechtssituation gibt usw. ist nach heutigem Stand nicht eindeutig zu beantworten. Das primäre Ziel der chinesischen Politiker scheint es aber wie bereits erwähnt zu sein, China zu solch einem mächtigen Staat zu entwickeln, der in der Lage ist, nicht immer nur den Regeln des Westens zuzustimmen, sondern selbst international gültige Vorschriften aufstellen zu können (vgl. Heilmann 2002: 244).

13. Resümee und Ausblick

Zusammenfassend können drei große Konfliktpunkte bzw. Konfliktbereiche genannt werden, die zu den Unruhen und Aufständen in den Minderheitengebieten führen:

- 1) Politik: Auch heute noch fehlt es an ausreichendem Mitspracherecht der Minderheiten sowohl auf staatlicher Ebene als auch im Bereich der autonomen Regionen (Bsp.: Selbstbestimmungsrechte)
- 2) Wirtschaft: Die Minderheitengebiete dienen hauptsächlich als „Rohstoffexporteure“ für den energiehungrigen (gut entwickelten) Osten Chinas, ohne dass sie ein Mitspracherecht haben und ohne Profit erzielen zu können. Im Jahr 2000 lebten etwa achtzig Prozent der Minderheitenangehörigen unter der Armutsgrenze. Obwohl die Regierung immer wieder von Förderungen mittels Finanzhilfen spricht, ist es kaum zu Verbesserungen der Situation gekommen, da diese Mittel primär nach Interessen der Han eingesetzt werden (vor allem zur Förderung der Infrastruktur für die Erschließung von Rohstoffquellen). Zweifelsohne ist es zu einer verbesserten Situation der Infrastruktur gekommen, was auch neue Arbeitsplätze geschaffen hat, aber gleichzeitig hat auch der Bevölkerungsanteil der Han-Chinesen in den Minderheitengebieten sehr stark zugenommen, was den Angehörigen der Minderheiten wiederum einen Wettbewerbsnachteil bringt, da die Han-Bevölkerung über ein besseres Bildungsniveau verfügt. Der infrastrukturelle Ausbau hat aber nicht nur positive Auswirkungen: Die Regierung baut riesige Projekte, ohne auf Umwelt und Gesundheit in den Gebieten zu achten (Wasserverschmutzung, Abholzungen um Weideflächen zu gewinnen, Austrocknung von Flüssen, um Wasser für die Felder zu gewinnen, usw.) was zu erhöhten Krankheitsfällen in den Minoritätengebieten führt. Beispielsweise ist die Lebenserwartung der Miao-Minderheit deutlich niedriger als jene der Gesamtbevölkerung. Außerdem wird vielen Bauern durch die Prozesse der Urbarmachung ihre Existenzgrundlage genommen, da kein Platz mehr für Weideflächen bleibt. Das Resultat sind hohe Migrationsbewegungen - vor allem von jungen Minderheitenangehörigen - in Richtung der Städte, in der Hoffnung, dort ein besseres Leben führen zu können. Dort werden sie dann aber für einen Anstieg der Kriminalität oder des Drogenkonsums verantwortlich gemacht.

- 3) Kultureller Erhalt und kulturelle Existenzbedrohung: Durch die ständig steigende Zahl des Zuzuges von Han-Chinesen in die Gebiete der Minderheiten sowie der Abwanderung vor allem der jungen Generationen, sehen sich viele der Minderheitenvölker in ihrer Existenz bedroht. Immer weniger Kinder verstehen die Sprache ihrer Eltern und sehen auch keinen Sinn darin diese zu lernen, da sie in Schule, Ausbildung und Beruf nicht benötigt wird, während das perfekte Beherrschen des Chinesischen ein Um und Auf für einen guten beruflichen Werdegang ist. Auch viele Eltern bevorzugen aus diesem Grund das Chinesische gegenüber der ursprünglichen Sprache.

(vgl. <http://www.bpb.de/apuz/32501/zwischen-kultureller-anpassung-und-autonomie-nationale-minderheiten-in-china?p=all>)

Problematisch ist die Situation des ungerechten Justizwesens in China, da hierbei nicht nur die Minderheiten ungerecht behandelt werden, sondern auch die Han-Bevölkerung. Alle Nationalitäten haben deshalb Probleme, die angeblich gewährten Justizrechte tatsächlich zu nützen, was eine schwierige Situation für gesamt China darstellt (vgl. Schmitz 1998: 275).

Wie schon Heberer in den achtziger Jahren erkannte, sind heute folgende drei Maßnahmen unbedingt erforderlich, um eine deutliche Verbesserung der Situation der Minderheiten zu erreichen und somit die Konflikte und Unruhebewegungen zu beenden:

- politische Autonomie: Eine tatsächliche Selbstverwaltung der Minderheitsgebiete muss endlich gewährt werden, wodurch die Entwicklung dieser Gebiete den Bedürfnissen und Umständen entsprechend erfolgen kann und Minoritäten tatsächlich die Möglichkeit haben über ihre Rechte, Gesetze usw. selbst entscheiden zu können.
- wirtschaftliche Autonomie: Eigene wirtschaftliche Entwicklungskonzepte planen und umsetzen zu können, genauso wie das selbstständige Verwalten der Natur- und Rohstoffressourcen in den Gebieten.
- kulturelle Autonomie: Selbstentscheidung über den Erhalt bzw. die Reform eigener Sitten und Bräuche, sowie über die Bereiche Bildung und des Gesundheitswesens).

(vgl. Heberer 1984: 203)

Durch die Unzufriedenheit und um einen Weg zu finden, auf ihre missliche Lage aufmerksam zu machen, suchen die Angehörigen vieler Minderheiten den Weg der friedlichen Demonstration. Die chinesischen Medien und die Regierung stellen diese aber meistens als „gewaltsame Krawallproteste“ dar. Wenn es tatsächlich zu heftigen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und den Sicherheitsleuten kommt, ist dies meist das Verschulden der Polizei, da Sicherheitskräfte und Militär gezielt provozieren, bzw. friedliche Proteste gewaltsam auflösen oder unterdrücken (vgl. Bovingdon 2010: 128).

Die Volksrepublik China hat somit noch eine Reihe von Problemen zu lösen. Wenn es aber weiter zur Missachtung von Menschenrechten sowie der Unterdrückung der Minderheiten kommt, droht die KPCh die eigene Bevölkerung gegen sich aufzubringen, was einer Bedrohung des Machterhalts gleichkommen würde.

Es ist somit spannend und interessant zu verfolgen, welchen Weg China in Zukunft tatsächlich einschlagen wird: Den Weg der weiteren Unterdrückung und Ignorierung diverser gesellschaftlicher Probleme, oder den Weg des Aufeinander-zu-gehens in Form von Gesprächen und Zugeständnissen an die Bevölkerung und die Minderheiten, um eine Deeskalation zu erzielen und eine friedliche Lösung zu finden.

14. Literatur- und Abbildungsverzeichnis

- ADLER J. (2007): Chinesische Religionen. Religiöse und ethische Ideale einer großen Kultur. - Breisgau. Verlag Herder Freiburg.
- ARNOLD R. (1987): Staatslexikon Recht, Wirtschaft, Gesellschaft – Freiburg.
- AUMÜLLER J. (2009): Assimilation. Kontroversen um ein migrationspolitisches Konzept.- Bielefeld. Transcript Verlag.
- BAUER W. (1980): China und die Fremden. 3000 Jahre Auseinandersetzung in Krieg und Frieden. - München. Verlag C.H. Beck oHG
- BIANCO L. (1999): China. - Bergisch Gladbach. Verlagsgruppe Lübbe.
- BLUME G. (2005): Der Kampf gegen den Genickschuss. In: Ullrich V. & Berié E. Der Fischer Weltalmanach Weltmacht China. - Frankfurt am Main. Fischer Taschenbuch Verlag.
- BOMMES M. (1995): Migration und Ethnizität im nationalen Sozialstaat. In: Kößler R. & Schiel T. . Nationalstaat und Ethnizität. - Frankfurt/Main. Verlag für interkulturelle Kommunikation.
- BOVINGDON G. (2010): The Uyghurs. Strangers in their own land.- New York. Columbia University Press.
- CAN W. (2004): Nationalitäten in China. - China International Press.
- CLART P. (2009): Die Religionen Chinas. Studium Religionen. - Göttingen. Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG.
- DITTRICH E. & LENTZ A. (1995): Die Fabrikation von Ethnizität. In: Kößler R. & Schiel T. . Nationalstaat und Ethnizität. - Frankfurt/Main. Verlag für interkulturelle Kommunikation.
- GANGL M. (2012): Jahr 2020: China – Ein Land ohne Frauen? Analyse zu den Auswirkungen und Konsequenzen der chinesischen Ein-Kind-Politik in Hinblick auf das Geschlechterverhältnis.- Universität Wien. Diplomarbeit.
- GINGRICH A. (2008): Ethnizität für die Praxis. Drei Bereiche, sieben Thesen und ein Beispiel. In: Wernhart Karl R. & Zips W. . Ethnohistorie - Rekonstruktion und Kulturkritik. Eine Einführung. - Wien. Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H. .
- GROBE-HAGEL K. (1991): Hinter der großen Mauer. Religionen und Nationalitäten in China. - Frankfurt am Main. Vito von Eichborn GmbH & Co Verlag KG.
- GYALTAG G. (1993): Souveränität contra Suzeränität. In: Steckl H.: Tibet. Eine Kolonie Chinas. Ein buddhistisches Land sucht die Befreiung.- Hamburg. Olaf Hille Buchverlag.
- HAAS S. (1997): Die Tibetfrage. Eine Analyse der Gründe und der Rechtmäßigkeit des

chinesischen Einmarsches in Tibet 1950/51.- Münster. LIT Verlag.

HARTMANN J. (2006): Politik in China. Eine Einführung. - Wiesbaden. GWV Fachverlage GmbH.

HEBERER T. (1982): Nationalitätenpolitik der KP China.- Frankfurt am Main. Sandler Verlag GmbH.

HEBERER T. (1984): Nationalitätenpolitik und Entwicklungspolitik in den Gebieten nationaler Minderheiten in China.- Bremen. Zentraldruckerei der Universität Bremen.

HEBERER T. (1990): Tibet-Frage und chinesischer Nationsbegriff. In: Kelly P., Bastian G. & Ludwig K. . Tibet klagt an. Zur Lage in einem besetzten Land.- Wuppertal. Peter Hammer Verlag GmbH.

HEILMANN S. (2002): Das politische System der Volksrepublik China. - Wiesbaden. Westdeutscher Verlag GmbH.

HEMMER H. (1995): Die Bevölkerungsentwicklung der Volksrepublik China 1949-1994.- Universität Wien. Diplomarbeit.

HÖLLMANN T. (2001): Unter dem Diktat des Vorurteils. China und seine ethnische Minderheiten.- München. Verlag C.H. Beck oHG.

HOFFMANN-NOWOTNY H. (1991): Bevölkerungsentwicklung und Familienplanungspolitik Chinas. Eine sozio-ökonomische Makroanalyse über Geschichte, Gegenwart und Zukunft. - Zürich. Administration & Druck AG.

HROCH M. (1999): Minderheiten als Problem der vergleichenden Nationalismusforschung. In: Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert - Berlin. Akademie Verlag.

IREDALE R., BILIK N., et al. (2003): China's minorities on the move. Selected Case Studies.- New York. M.E. Sharpe, Inc.

JANSEN C. & BORGGRÄFE H. (2007): Nation – Nationalität – Nationalismus. - Frankfurt/Main. Campus Verlag GmbH.

KERR B. (1990): Abtreibung und Zwangssterilisation – der schleichende Völkermord. In: Kelly P., Bastian G. & Ludwig K. . Tibet klagt an. Zur Lage in einem besetzten Land.- Wuppertal. Peter Hammer Verlag GmbH.

KOLLMAR-PAULENZ K. (2006): Kleine Geschichte Tibets.- München. Verlag C.H. Beck oHG.

KÖSSLER R. & SCHIEL T. (1995): Nationalstaaten und Grundlagen ethnischer Identität. In: Kößler R. & Schiel T. . Nationalstaat und Ethnizität. - Frankfurt/Main. Verlag für interkulturelle Kommunikation.

- LEE S. (1993): Die chinesische Tibetpolitik unter besonderer Berücksichtigung von Menschenrechtsverletzungen.- Münster. Philosophische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität.
- LUDWIG K. (2009): Vielvölkerstaat China. Die nationalen Minderheiten im Reich der Mitte. - München. Verlag C.H. Beck oHG.
- MAHLMANN G. & HERMANN B. (2005): Sagt aller Welt, was hier passiert. In: Ullrich V. & Berié E. Der Fischer Weltatlas Weltmacht China. - Frankfurt am Main. Fischer Taschenbuch Verlag.
- MEINDERSMA C. (1990): Augenzeugenberichte von den Unruhen am 10. Dezember 1988, dem Tag der Menschenrechte. In: Kelly P., Bastian G. & Ludwig K. . Tibet klagt an. Zur Lage in einem besetzten Land.- Wuppertal. Peter Hammer Verlag GmbH.
- MEINDERSMA C. (1990): Sinisierung und Diskriminierung – der Alltag in Tibet. In: Kelly P., Bastian G. & Ludwig K. . Tibet klagt an. Zur Lage in einem besetzten Land.- Wuppertal. Peter Hammer Verlag GmbH.
- NAMGYAL T. (1990): Chinesische Sinisierungspolitik. In: Kelly P., Bastian G. & Ludwig K. . Tibet klagt an. Zur Lage in einem besetzten Land.- Wuppertal. Peter Hammer Verlag GmbH.
- NASS M. (2005): Ein Regime verliert sein Gesicht. In: Ullrich V. & Berié E. Der Fischer Weltatlas Weltmacht China. - Frankfurt am Main. Fischer Taschenbuch Verlag.
- SCHIFFL T. (2012): Chinas langer Marsch zum Global Player – Sicherheitspolitische Konsequenzen am Beispiel des Engagements in Afrika sowie der Minderheitenproblematik in der Provinz Xinjiang.- Universität Wien. Diplomarbeit.
- SCHMIDT-GLINTZER H. (2008): Das alte China. Von den Anfängen bis zum 19. Jahrhundert. - München. Verlag C.H. Beck oHG
- SCHMIDT-LAUBER B. (2007): Ethnizität und Migration. Einführung in Wissenschaft und Arbeitsfelder. - Berlin. Dietrich Reimer Verlag GmbH.
- SCHMITZ G. (1998): Tibet und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.- Berlin. Walter de Gruyter GmbH & Co. .
- SHAUGNESSY E. (2007): China. Weltgeschichte. - Köln. Taschen GmbH.
- SINOR D. (1987): Inner Asia. History-Civilization-Languages.- Bloomington. Indiana University.
- STAIGER B. (2000): Länderbericht China. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. - Darmstadt. Primus Verlag.
- TOGGENBURG G. & RAUTZ G. (2010): ABC des Minderheitenschutzes in Europa. -

Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG.

VAN ESS H. (2008): Die 101 wichtigsten Fragen. China. - München. Verlag C.H. Beck oHG.

VAN WALT M. (1990): Tibet – Ein besetztes Land. In: Kelly P., Bastian G. & Ludwig K. . Tibet klagt an. Zur Lage in einem besetzten Land.- Wuppertal. Peter Hammer Verlag GmbH.

VON SENGER H. (2006): Die VR China und die Menschenrechte. In: Rehbein B. . Identitätspolitik in Asien: ein multidisziplinäres Mosaik. - Münster. LIT Verlag.

WEGGEL O. (1993): Mit zweierlei Maß. Wie China seine Souveränität über Tibet zu rechtfertigen versucht. In: Steckl H.: Tibet. Eine Kolonie Chinas. Ein buddhistisches Land sucht die Befreiung.- Hamburg. Olaf Hille Buchverlag.

WEGGEL O. (1984): Xinjiang/Sinkiang: Das zentralasiatische China. Eine Länderkunde.- Hamburg. Institut für Asienkunde.

WICKERT E. (1990): Tibet – Zweifel und Hoffnungen. In: Kelly P., Bastian G. & Ludwig K. . Tibet klagt an. Zur Lage in einem besetzten Land.- Wuppertal. Peter Hammer Verlag GmbH.

Berichte:

Department of Information & International Relations (DIIR) (2009): Die Minderheitenpolitik der VR China: Eine kurze Übersicht.

Human Rights Watch (2008): China's Forbidden Zones. Shutting the Media out of Tibet and Other „Sensitive“ Stories.

Internetquellen

<http://www.boell.de/de/navigation/asien-nationalitaetenprobleme-china-tibet-11302.html>, 22.12.2013

<http://www.bpb.de/apuz/32501/zwischen-kultureller-anpassung-und-autonomie-nationale-minderheiten-in-china?p=all>, 19.12.2013

<http://www.china-observer.de/index.php/2014/01/29/chinesische-behorden-schliessen-drei-kloster-in-tibet/>, 14.03.14

<http://www.china-observer.de/index.php/2014/01/01/neue-zahlen-zur-gewalt-im-nordwesten-chinas/>, 15.03.14

<http://www.china-zentrum.de/163-Chh-Unruhen-in-Urumqi.306.0.html?&L=0>, 14.03.14

<http://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL>, 04.12.2013

<http://derstandard.at/1381370594850/China-macht-Uiguren-fuer-Anschlag-auf-Tiananmen-Platz-verantwortlich>, 15.03.14

<http://derstandard.at/1389858238358/Zwoelf-Tote-in-Chinas-Unruheprovinz-Xinjiang>, 15.03.14

<http://www.duden.de/rechtschreibung/Weiszbuch>, 23.12.2013

<http://www.economist.com/node/10870258>, 13.03.14

<http://english.peopledaily.com.cn/90785/8515157.html>, 15.03.14

<http://www.epochtimes.de/China-unterdrueckt-Proteste-in-der-Inneren-Mongolei-a720793.html>, 11.03.14

http://www.focus.de/politik/ausland/china-gewalteskalation-in-xinjiang-gewalteskalation-in-china-16-menschen-bei-ausschreitungen-getoetet_id_3484450.html, 15.03.14

<http://www.epochtimes.de/China-Mit-eiserner-Faust-gegen-Tibets-aufmuepfige-Kuenstler-a1116994.html>, 14.03.14

<http://www.epochtimes.de/Innere-Mongolei-Chinas-Regime-schuetzt-Landraub-und-Gewaltakte-a1119178.html>, 11.03.14

<http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/sechs-tote-bei-messerattacke-auf-markt-in-china-12846546.html>, 15.03.14

http://german.china.org.cn/pressconference/2011-02/14/content_21916648.htm,
23.12.2013

<http://kurier.at/politik/ausland/china-angebliche-terroristen-in-unruheregion-erschossen/43.266.342>, 15.03.14

http://news.xinhuanet.com/english/2009-07/18/content_11727782.htm, 14.03.14

<http://www.n-tv.de/ticker/Blutige-Auseinandersetzungen-in-Uiguren-Provinz-article12278336.html>, 15.03.14

http://www.nytimes.com/2011/06/11/world/asia/11mongolia.html?pagewanted=all&_r=1&,
11.03.2014

<http://orf.at/stories/2206718/>, 15.03.14

<http://www.reuters.com/article/2013/11/11/us-china-trial-idUSBRE9AA0DM20131111>,
11.03.14

<http://www.rfa.org/english/news/uyghur/strike-hard-01092014172927.html>, 15.03.14

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/konflikt-mit-china-sicherheitskraefte-schiessen-auf-tibeter-a-926760.html>, 14.03.14

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/unruhen-in-xinjiang-han-chinesen-ziehen-bewaffnet-durch-ueruemqi-a-634711.html>, 14.03.14

<http://www.sueddeutsche.de/politik/tibetische-exilregierung-fordert-von-china-intensiver-beschaeftigung-mit-selbstverbrennungen-1.1892863>, 15.03.14

vgl. <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/asien-und-ozeanien/Chinas-grosse-Angst-vor-einer-kleinen-Minderheit/story/15497371>, 15.03.14

<http://www.tagesschau.de/ausland/peking348.html>, 15.03.14

<http://www.tagesschau.de/ausland/xinjiang112.html>, 15.03.14

<http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Sinisierung.html>, 02.02.2014

http://userpage.fu-berlin.de/~corff/im/Landeskunde/inner_m.html, 04.01.2014

<http://www.wantchinatimes.com/news-subclass-cnt.aspx?id=20131129000016&cid=1101>,
15.03.14

[http://web.archive.org/web/20080408113253/http://www.thestandard.com.hk/news_detail.a
sp?pp_cat=30&art_id=63248&sid=18107553&con_type=1](http://web.archive.org/web/20080408113253/http://www.thestandard.com.hk/news_detail.asp?pp_cat=30&art_id=63248&sid=18107553&con_type=1), 13.03.14

<http://www.webcitation.org/5hDZPW3YJ>, 13.03.14

[http://www.welt.de/newsticker/news1/article125093082/Obama-sichert-Tibetern-
Unterstuetzung-zu.html](http://www.welt.de/newsticker/news1/article125093082/Obama-sichert-Tibetern-Unterstuetzung-zu.html), 15.03.14

<http://de.wikipedia.org/wiki/Tibet#Geographie>, 12.01.2014

http://en.wikipedia.org/wiki/Xi_Jinping, 05.01.2014

[http://www.zeit.de/news/2013-12/05/china-tibeter-setzt-sich-aus-protest-selbst-in-brand-
05104016](http://www.zeit.de/news/2013-12/05/china-tibeter-setzt-sich-aus-protest-selbst-in-brand-05104016), 14.03.14

<http://www.zeit.de/gesellschaft/2014-03/china-kunming-angriff>, 15.03.14

<http://www.zeit.de/gesellschaft/2014-03/malaysia-flugzeug-boeing>

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Zeittafel China. Aus: STAIGER B. (2000): Länderbericht China. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. - Darmstadt. Primus Verlag.

Abbildung 2: Natürliche Wachstumsrate der chinesischen Bevölkerung 1950 – 1990. Aus: HOFFMANN-NOWOTNY H. (1991): Bevölkerungsentwicklung und Familienplanungspolitik Chinas. Eine sozio-ökonomische Makroanalyse über Geschichte, Gegenwart und Zukunft. - Zürich. Administration & Druck AG.

Abbildung 3: Bevölkerungszunahme in den einzelnen chinesischen Provinzen zwischen 1982 und 1990. Aus: HOFFMANN-NOWOTNY H. (1991): Bevölkerungsentwicklung und Familienplanungspolitik Chinas. Eine sozio-ökonomische Makroanalyse über Geschichte, Gegenwart und Zukunft. - Zürich. Administration & Druck AG.

Abbildung 4: Altersstruktur der chinesischen Bevölkerung in den Jahren 1953, 1964, 1982, 1990 in Prozent . Aus: HOFFMANN-NOWOTNY H. (1991): Bevölkerungsentwicklung und Familienplanungspolitik Chinas. Eine sozio-ökonomische Makroanalyse über Geschichte, Gegenwart und Zukunft. - Zürich. Administration & Druck AG.

Abbildung 5: Altersstruktur nationaler Minderheiten. Aus: HOFFMANN-NOWOTNY H. (1991): Bevölkerungsentwicklung und Familienplanungspolitik Chinas. Eine sozio-ökonomische Makroanalyse über Geschichte, Gegenwart und Zukunft. - Zürich. Administration & Druck AG.

Abbildung 6: Die autonomen Regionen in China. Aus:
http://images.flatworldknowledge.com/berglee/berglee-fig10_012.jpg, 05.05.14

Abbildung 7: Entwicklung des Gesundheitswesens im Bezirk Liangshan zwischen 1952 und 1980. Aus: HEBERER T. (1984): Nationalitätenpolitik und Entwicklungspolitik in den Gebieten nationaler Minderheiten in China.- Bremen. Zentraldruckerei der Universität Bremen.

Abbildung 8: Monatliches Pro-Kopf Einkommen in China im Jahr 2007 in Euro. Aus: SCHIFFL T. (2012): Chinas langer Marsch zum Global Player – Sicherheitspolitische Konsequenzen am Beispiel des Engagements in Afrika sowie der Minderheitenproblematik in der Provinz Xinjiang.- Universität Wien. Diplomarbeit.

Abbildung 9: Minderheiten in China in Zahlen Teil I. Aus: LUDWIG K. (2009): Vielvölkerstaat China. Die nationalen Minderheiten im Reich der Mitte. - München. Verlag C.H. Beck oHG.

Abbildung 10: Minderheiten in China in Zahlen Teil II. Aus: LUDWIG K. (2009): Vielvölkerstaat China. Die nationalen Minderheiten im Reich der Mitte. - München. Verlag C.H. Beck oHG.

Abbildung 11: Entwicklung der Minderheiten zwischen 1953 und 1990 Teil I. Aus: HÖLLMANN T. (2001): Unter dem Diktat des Vorurteils. China und seine ethnische Minderheiten.- München. Verlag C.H. Beck oHG.

Abbildung 12: Entwicklung der Minderheiten zwischen 1953 und 1990 Teil II. Aus: HÖLLMANN T. (2001): Unter dem Diktat des Vorurteils. China und seine ethnische Minderheiten.- München. Verlag C.H. Beck oHG.

Abbildung 13: Verbreitungsgebiete der Minderheiten in China. Aus: LUDWIG K. (2009): Vielvölkerstaat China. Die nationalen Minderheiten im Reich der Mitte. - München. Verlag C.H. Beck oHG.

Abbildung 14: Minderheitenverteilung nach Regionen in Zahlen und Prozent. Aus: IREDALE R., BILIK N., et al. (2003): China's minorities on the move. Selected Case Studies.- New York. M.E. Sharpe, Inc.

Abbildung 15: Autonome Region der Mongolen, Innere Mongolei. Aus: <http://www.taishan.com/english/families/mongol.htm>, 05.05.14

Abbildung 16: Entwicklung der Han-Bevölkerung und der Mongolen-Bevölkerung in der Hulun Buir Region zwischen 1950 und 1970. Aus: DAVIS S. (2000): Changing Inner

Mongolia. Pastoral Mongolian Society and the Chinese state.- New York. Oxford University Press Inc. .

Abbildung 17: Bevölkerungszusammensetzung der Inneren Mongolei 1990 in Prozent im Vergleich zu 1982: Aus: GROBE-HAGEL K. (1991): Hinter der großen Mauer. Religionen und Nationalitäten in China. - Frankfurt am Main. Vito von Eichborn GmbH & Co Verlag KG.

Abbildung 18: Verteilung der mongolischen Bevölkerung über China 1949. Aus: IREDALE R., BILIK N., et al. (2003): China's minorities on the move. Selected Case Studies.- New York. M.E. Sharpe, Inc.

Abbildung 19: Anteil der Mongolen unter der urbanen Bevölkerung in Prozent, zwischen 1947 und 1995. Aus: IREDALE R., BILIK N., et al. (2003): China's minorities on the move. Selected Case Studies.- New York. M.E. Sharpe, Inc.

Abbildung 20: Autonome Region der Tibeter, Tibet. Aus:
http://www.tibetadvisor.com/tibet_travel/where_is_tibet.html, 05.05.14

Abbildung 21: Großtibet vor der Teilung. Aus: <http://tibetantrekking.com/tibet-maps/>,
05.05.14

Abbildung 22: Autonome Region der Uiguren, Xinjiang. Aus:
<https://www.wsws.org/de/articles/2009/07/uigu-j10.html>, 05.05.14

Abbildung 23: Bedeutung Xinjiangs für China. Aus:
<http://ngm.nationalgeographic.com/2009/12/uygurs/uygurs-map>

Abbildung 24: Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Minderheiten zwischen 1949 und 1997 in 10.000 und Prozent. Aus: IREDALE R., BILIK N., et al. (2003): China's minorities on the move. Selected Case Studies.- New York. M.E. Sharpe, Inc.

Abbildung 25: Verteilung der Nationalitäten auf einzelne Berufsbranchen 1982 und 1990. Aus: IREDALE R., BILIK N., et al. (2003): China's minorities on the move. Selected Case

Studies.- New York. M.E. Sharpe, Inc.

Abbildung 26: Verteilung der Nationalitäten nach Regionen in 10.000 und Prozent 1982 und 1997. Aus: IREDALE R., BILIK N., et al. (2003): China's minorities on the move. Selected Case Studies.- New York. M.E. Sharpe, Inc.

Abbildung 27: Dokumentierte Unruhen und Proteste in Xinjiang zwischen 1949 und 2005: Aus: BOVINGDON G. (2010): The Uyghurs. Strangers in their own land.- New York. Columbia University Press.

Abbildung 28: Aufstände von Minderheiten in chinesischen Provinzen zwischen 722 v. Chr. und 1640 n. Chr. . Aus: HEBERER T. (1982): Nationalitätenpolitik der KP China.- Frankfurt am Main. Sandler Verlag GmbH.

Abbildung 29: Selbstverbrennung eines Tibeters. Aus:
<http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/tibet/9168885/Dalai-Lama-behind-Tibet-protest-self-immolation-says-China.html>, 05.05.14

Abbildung 30: Beispielbild einer brutalen Unterdrückung in Tibet durch die chinesische Polizei. Aus: <http://www.theepochtimes.com/news/8-4-13/69108.html>, 05.05.14

Abbildung 31: Schwer bewaffnete Polizei in Xinjiang. Aus:
https://uyghuramerican.org/sites/default/files/field/image/Chinese_riot_polic_1438290i.jpg, 05.05.14

Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Anteil der Han-Chinesen und Angehörigen von Minderheitengebieten in den Autonomen Regionen im Jahr 2000: Can W. 2004: 31 f. .

Lebenslauf

Name: Christoph Ermischer

Geburtsort: Wien

Ausbildung und akademischer Werdegang

1996 – 2000: Volksschule in Alt Erlaa, Wien

2000 – 2008: Bundesrealgymnasium GRG 23 Alt Erlaa, Wien;
Abschluss mit ausgezeichnetem Erfolg

2008 – 2009: Zivildienst bei Kinderfreunde Wien

2009 – 2010: Diplomstudium Lehramt Biologie und Umweltkunde & Lehramt
Englisch an der Universität Wien

2010 – 2014: Diplomstudium Lehramt Biologie und Umweltkunde & Lehramt
Geographie und Wirtschaftskunde an der Universität Wien